

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Inserats- und Verkaufsanzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kontingenz: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Nach sieben Jahren.

Vom 4. Februar 1890 bis zum 11. und 13. Dezember 1897 ist eine gar kurze Spanne Zeit für die Entwicklung eines Staates. Im vollsten Frieden sind für uns diese Jahre verfloßen und auch im Leben der Parteien, wie in der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich in dieser kurzen Spanne der Zeit nichts ereignet, was irgendwie das Staatsgebäude erschüttern konnte, was Meinungsänderungen der Staatsmänner erzwingen mußte. Die Männer, die den Kaiser vor dem 4. Februar beraten haben, die nachher Reichskanzler, Staatssekretäre und Minister waren, werden sich kaum das Zeugnis ausstellen lassen wollen, daß sie eine grundsätzliche Aenderung in der Parteikonstellation oder gar in der Weltanschauung der Arbeiterklasse erwartet haben. Gerade Herr v. Berlepsch, der ja als Ausführer der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 zur Leitung des Handelsministeriums und vor allem zur Vertretung dieser Politik im Bundesrathe und Reichstag berufen wurde, hat in den letzten Wochen mehrfach Anlaß genommen, zu betonen, daß er auch heute die Politik jener Tage für die einzig richtige halte. Und doch tönt schon seit langem eine andere Sprache vom Bundesrathstische als am 4. Februar 1890 aus den Spalten des „Reichs-Anzeigers“; aber immer suchte man doch noch irgend eine Plausibel, und sei es auch nur eine zollbreite, von der Brücke zu erhalten, die von der faktisch ausgeübten Sozialpolitik zu der nie förmlich verlegneten der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 führt.

Nun scheint aber jede Rückficht gefallen zu sein. Schon früher lehrte man sich am Bundesrathstische, wo doch nur die ausgesuchtesten Monarchisten sitzen, nicht nach der für solche doch heilige Maxime: „An einem Kaiserworte soll man nicht drech'n noch deuteln“. Man geht jetzt viel weiter, man schweigt die Kaiserworte todt, man redet im Namen der kaiserl. Regierung so, als ob nicht am 4. Februar 1890 der Kaiser im Gegenseite zu dem damaligen Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten, als seine ureigenste Politik jene sozialpolitischen Grundsätze niedergelegt hätte, als ob damals der deutsche Kaiser und der König von Preußen nicht ohne jeden Vorbehalt dem deutschen Volke ein noch nicht eingelöstes Versprechen gegeben hätte, als ob damals nicht in der feierlichsten Weise durch unsere diplomatischen Vertreter bei den fremden Regierungen der kaiserliche Wille notifiziert worden wäre. Den naiven, den öffentlichen Angelegenheiten fern stehenden Bürger muß es doch noch merkwürdig berühren, daß diejenigen, welche Deutschlands Ehre, Deutschlands Ansehen, unseren guten Namen so oft in den Mund nehmen, so gänzlich gleichgiltig bleiben, wenn die feierlichste, dem Inlande wie dem Auslande gegebene Versprechung des Repräsentanten des Deutschen Reiches und Preußens unerfüllt der Vergessenheit überantwortet wird.

Und Berlepsch ging und Bötticher folgte ihm, Herr Dingeldey, an dessen Antheil an der Fassung der Erlasse man allgemein glaubt, weist schon lange fern von Berlin. Freilich, die Erlasse bestehen weiter, die feierliche Kundgebung, welche sie aus der Welt schafft, ist — wir bedauern dies aus mehrfachen Gründen — nicht erschienen.

Damals, kurz nach dem 4. Februar 1890, begeisterte sich Krethi und Plethi in der Bourgeoisie für die Erlasse des Kaisers; wie ein Donner Schlag werden dieselben die deutsche Sozialdemokratie treffen, durch dieselben werden ihr die Lebenselemente entzogen werden, so verkündete die nationalliberale Presse im Chor mit der liberalen und konservativen. Wir aber sind stärker denn je; die kaiserlichen Erlasse haben uns, als jeder Mann verpflichtet war, ihre Durchführung für selbstverständlich zu halten — dies zeigen die Wahlen vom Jahre 1890 — nicht geschadet, und das Unterlassen ihrer Durchführung, ihr Todschweigen schadet sicher, aber ebenso sicher ist es, daß dies nicht uns schadet.

Herr v. Berlepsch vertritt nicht mehr die Sozialpolitik Preußens, Herr v. Bötticher ist nicht mehr Chef des Reichsamtes des Innern und Generalbevollmächtigter des Reichskanzlers, Herr v. Nottenburg ist schon lange nicht mehr Chef der Reichskommission für Arbeiterstatistik, an stelle dieser „Handlanger eines höheren Willens“ sind nun andere getreten, die sich durch Reminiscenzen an den ominösen 4. Februar 1890 gar nicht mehr gebunden fühlen. Der Graf von Posadowsky, dessen höchster Ehrgeiz zu sein scheint, Herrn v. Miquel in dem Entgegenkommen an die Agrarier zu überflügeln, der nicht wie Berlepsch aus dem hochindustriellen Westen, sondern aus dem Großgrundbesitzer-Dorado des Ostens nach Berlin kam, ist heute verantwortlich für die Ausführung und Fortbildung der ihm innerlich fremden Sozialgesetzgebung; der von Herrn v. Stumm empfohlene Bressfeld leitet das preussische Handelsministerium und ein Geheimrath aus dem niemals arbeiterfreundlich gewesenen Eisenbahnministerium ist der Nachfolger der Nottenburg und Lohmann im Vorsteher der Reichskommission für Arbeiterstatistik. Aber nicht nur die Männer haben gewechselt, auch die Grundsätze. Vergessen sind alle Versprechungen, nicht bloß die vom 4. Februar 1890. Heute noch ist das sicherlich das Unternehmertum in der Ausbeutungsfreiheit der Arbeiter fast gar nicht beschränkende Arbeiterschutz-Gesetz vom 1. Juni 1891 für ganze Kategorien von Arbeitern, so z. B. für die Riegelarbeiter, noch nicht ausgeführt; selbst ein Posadowsky muß zugestehen, daß die Ausführung des Gesetzes schon wegen der ungenügenden Zahl von Aufsichtsbeamten im Argen liegt.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der Bäckergehilfen nicht empfängt, begreift es den Bäckermeistern gegenüber nicht, daß ein Bundesrathsbeschluß, wie die — Wäckerordnung zu stande kommen konnte. Das den Konfektionsarbeitern in feierlichster Weise versprochene Schutzgesetz, das dem Reichstage in seiner letzten Session vorgelegt, aber von ihm nicht durchberathen wurde, ist dem Parlamente diesmal nicht einmal vorgelegt worden. Selbst vor den Nationalliberalen müssen die Herren am Bundesrathstische erstöhnen, denn selbst diese mit dem Kapitalismus und der Großindustrie am meisten verwachsene Partei giebt sich wenigstens den Schein, als hätte sie eine Weiterentwicklung der sozialen Gesetzgebung für erforderlich. Graf Posadowsky glaubt freilich mit dem Hinweis auf die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, wie weiland Fürst Bismarck, die unbehaglichen Mahner an die sozialen Pflichten des Reiches zurückweisen zu können. Trotz seines auffälligen Mangels an sozialpolitischer Bildung dürfte er doch folgenden Satz kennen: „Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetze sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeaufsicht über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um auf diesem Gebiet den Klagen und Wünschen, soweit sie berechtigt sind, gerecht zu werden.“

Der Herr Staatssekretär des Reichsamtes des Innern kann sich wahrlich nicht damit ausreden, daß durch das ja eingestaubenermaßen nicht zu befriedigender Durchführung gelangte Gesetz vom Jahre 1891 diesem Willen des Kaisers entsprochen wurde. Er frage nicht sozialdemokratische Arbeiter, er lese die Aeußerungen und Beschlüsse der Vertreter der katholisch oder evangelisch organisierten Arbeiter auf dem internationalen Arbeiterschutz-Kongresse zu Zürich, er lese die Petitionen der lauswärtigen Hirsch-Lunder'schen Arbeiter, und er wird sehen, daß man „Klagen und Wünschen, soweit sie berechtigt sind“ noch lange nicht gerecht geworden ist. In demselben vom Kaiser gezeichneten und seinen persönlichen Willen ausprechenden Erlasse heißt es nach der eben angeführten Stelle:

„Es sei die Aufgabe der Staatsgewalt, die Zeitdauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gleiche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“

Graf Posadowsky mag eine andere Lektüre den Protokollen der Reichskommission für Arbeiterstatistik oder den Berichten der Fabrik-Aufsichtsbeamten vorziehen; aber sein erst kürzlich erhöhtes Gehalt scheint zu der Forderung zu berechtigen, daß er sich auch um diese Dinge kümmere, sowie daß er den Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung sich vor Augen halte.

Thut er dies, dann wird er erfahren, daß im Gegensatz zu Oesterreich und der Schweiz die Zeitdauer und Art der Arbeit für die an Zahl größte Schicht der Arbeiter, die erwachsenen Männer und die nicht in Fabriken beschäftigten industriellen Arbeiterinnen, noch immer nicht geregelt ist, und eine schon flüchtige Durchsicht der ihm empfohlenen, zu seiner Veruhigung mit dem Reichsadel gezeichneten Schriften wird ihn belehren, daß den Rücksichten auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter noch lange nicht genug Augenmerk geschenkt wird.

Auf die wichtigen Angriffe eines Rebel weiß Herr v. Posadowsky nur die sonderliche Ausflucht, daß ihm und seinen Kollegen die Forderungen der sozialen Frage viel zu ernst seien, sie wollen sie nur in langsamer Kulturarbeit fördern. Wie mag sich da der Regisseur hinter den Kulissen, der König Stumm, gefreut haben, als diese Worte gefallen waren. Dem König Stumm freilich liegt nur daran, daß seine und der anderen Großindustriellen Selbstherrlichkeit durch staatliche Eingriffe in das Arbeitsverhältnis nicht geschwächt werde. Eine andere Aufgabe fällt freilich dem Reichskanzler und seinen Staatssekretären zu, sie sollen andere Gesichtspunkte haben, wie die Großindustriellen, sie sollen andere Ziele des Ehrgeizes haben, als die Direktoren und die Ingenieure der Stumm'schen Werke, deren Stellung, Einkommen und Fortkommen von dem Eifer abhängt, mit dem sie den Intentionen des Werkbesizers entsprechen.

Im ganzen Lande wird man die Worte des Staatssekretärs als einen reberischen Lusthieb einschätzen, auf viel Glauben an den Ernst seiner Worte wird er nicht gestossen sein. Und in seiner heutigen Rede hat er sich schon gründlich rektifiziert. Heute waren ihm die Forderungen der sozialen Frage nicht mehr viel zu ernst, nein, heute erachtete er wie die Lasler, Delbrück, Michaelis ehemals und wie heute die wenigen noch existierenden Eugen Richter die Berücksichtigung dieser Forderung als ein Einschlagen der Wege zum Polizei-Zwangstaat. Es ist merkwürdig, daß die Herren, die als Agrarier so sehr über das elende Manchesterium lachen und höhnen, zu diesen längst widerlegten Lehren zurückkehren, wenn es sich um die ihnen so am Herzen liegende Abweisung sozialpolitischer Forderungen handelt. Und diese Furcht vor dem Polizeistaat! Nichts merkwürdiger bei einem ehemaligen Landesdirektor von Posen, bei einem feudalen Grafen und aktiven preussischen Staatsminister und Staatssekretär des Reichs! Hatte Graf Posadowsky Bedenken gegen den Polizeistaat, als die lex Rede eingebracht wurde, wird er eine Spur solcher Bedenken gezeigt haben, als die Umfuryvorlage dem Bundesrathe vorlag, wird er solche Bedenken äußern, wenn man an die Zerstörung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gehen wird?

Von 1890 bis 1897 hatten wir eine lange Periode erfreulichsten wirtschaftlichen Aufschwunges. Der Kapitalismus hatte kolossale Gewinne, nie geheftete Erfolge zu verzeichnen, es war eine Zeitepoche, wo das Unternehmertum ohne jeden Schaden für die Industrie sich auf einen vernünftigen Arbeiterschutz einrichten konnte. Man läßt diese Zeit verstreichen, und kommt die unvermeidliche Epoche der Krisen, dann wird man mit Berufung auf den niedrigen Stand unserer Industrie den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung für unmöglich erklären.

Man mag in Regierungskreisen sehr erfreut sein, daß man sich um die Erfüllung von Versprechungen herumbrückt, man wird erfreut sein, den Weisall jener zu finden, mit denen man sich im Offizierskasino, im Salon, beim Fußball und auf der Reimbahn trifft, man vergißt aber ganz, daß man die Arbeiter immer mehr verbittert, daß man die Kunst, die das Proletariat von den übrigen Gesellschaftsklassen trennt, nur vertieft, daß man weite Kreise des Volkes in ihrem festgewurzten Mißtrauen bestärkt, daß man die letzten gläubigen und hoffenden Proletarier in unsere Reihen treibt.

Wir bedauern es aufs tiefste, wenn man die Lage der Arbeiter in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht zu bessern sucht, wenn man dem Proletariat gegenüber eingegangene Verpflichtungen nicht erfüllt. . . . Aber wir wissen auch, daß diese Politik die Machtentfaltung der Arbeiterklasse fördert und ihren schließlichen Sieg erleichtert.

Politische Uebersicht.

Berlin, 13. Dezember.

Aus dem Reichstage. Sechsbunddreißig Stunden Zeit hat der Staatssekretär Graf v. Posadowsky zur Vorbereitung seiner Antwort auf die Rede Rebel's vom letzten Sonnabend gehabt und man dürfte wohl darauf gefaßt sein, wie der Herr Minister diese Pause ausgenutzt haben wird, um an unserem Wortführer die angeforderte Vernichtung zu vollziehen. Gleich zu Beginn der heutigen Sitzung erhob sich denn auch der Herr Graf, um die angekündigte Straßpredigt loszulassen, deren Stichworte er sich auf einen mächtigen Vogen weißen Papierses notirt hatte. Besonders auf der rechten Seite schien man ein „reines Gemüth“ zu erwarten; aber diese Erwartung wurde arg getäuscht. Da haben die Herren von Stumm, von Kardorff und wie sie sonst heißen, die Herren Sozialistenvertilger, doch gelegentlich schon ganz anders losgewettert, ohne daß sie dazu irgend welche Vorbereitung notwendig hatten. Zwar suchte der Herr Minister heute sehr den Schneidigen herauszubeißen, wie sich denn die neuen Minister alle bestreben, einen möglichst schneidigen Ton anzuschlagen — das scheint jetzt Mode zu werden — aber was er sachlich gegen unsere Partei vorzubringen wußte, hielt sich ungefähr auf dem Niveau der Hülfschen Jungblätter gegen die Sozialdemokratie, deren Empfehlung durch das Reichsamt des Innern der Herr Minister auch offiziell zugestand. Im übrigen behandelte der Redner die Arbeiterfrage ganz im Sinne und Geiste des Herrn v. Stumm, sogar die Redewendung von den „unbewußten Miltärsen“ der Sozialdemokratie hatte er von diesem seinem Vorbilde entlehnt.

Wie wenig der Herr Graf seiner Aufgabe gewachsen war, dafür spricht wohl am besten die Thatsache, daß weder aus den Reihen des Zentrums noch selbst von den Nationalliberalen ein Beifallsruf laut wurde, als er seine Rede schloß.

Nach dem Staatssekretär des Innern kam der sächsische Bundesrathsbefehlsmächtige Graf Hohenlohe, um ebenfalls sich mit der Rebel'schen Rede zu beschäftigen. Da später der Handelsminister dasselbe that, so haben bisher sechs Mitglieder des Bundesraths sich bemüht, um den Eindruck der Rede unseres Genossen abzuwehren. Ein Beweis, wie dieselbe gefessen hat. Uebrigens wird Rebel die Antwort nicht schuldig bleiben, so weit eine solche überhaupt notwendig ist.

Nachdem der Pole Dziewbowski (Pomian) in längerer Rede die Schmerzen seiner Landsleute vorgetragen, erhielt Eugen Richter das Wort. Wir glauben dem freisinnigen Führer nicht Unrecht zu thun, wenn wir sagen, daß wir schon bessere Gattreden von ihm gehört haben, wie seine heutige. Zwei Umstände scheinen da mit Schuld zu sein: einmal die Thatsache, daß derselbe Redner gelegentlich der Floitendebatte bereits eine Reihe von Fragen berühren mußte, welche auch mit dem Etat zusammen hängen, und dann schien der Redner heute auch körperlich nicht so disponirt gewesen zu sein, daß das an ihm gewohnte Temperament hätte zur Geltung kommen können. Trotzdem fehlte es der Rede nicht an trefflichen Partien und besonders der Schluß, wo er die resignirte Stimmung, in der sich wohl der Herr Reichskanzler befindet, schilderte, wurde mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen.

Kurz vor 5 Uhr nahm noch Herr v. Kardorff das Wort, um über die sozialdemokratische Pesti, die Noth der Landwirtschaft, die Handelsverträge, Doppelwährung, Viehsuchen und der Himmel weiß was sonst noch, über eine Stunde das Haus zu übermüden.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. —

Eine reichsgesetzliche Aufhebung des Verbots des Inverbindlichhaltens von Vereinen ist bekanntlich durch die Stellung des Zentrums und der Nationalliberalen

verhindert worden. Beide Parteien stimmten am 27. Juni 1896 gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Die landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Inverbindung-treten von Vereinen, welche politische Zwecke verfolgen, verbieten, werden aufgehoben.

Jene Parteien entschuldigten ihre Abstimmung später mit der glaubhaften Behauptung: sie hätten dem nach ihrer Ansicht im Namen der verbündeten Regierungen abgegebenen Versprechen des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe Glauben geschenkt, daß die Aufhebung des Verbotes seitens der in betracht kommenden zwölf Landesregierungen erfolgen würde und zwar ohne daß irgendwelche Kompensationen reaktionärer Art daran geknüpft würden werden.

So ist es infolge der Vertrauensseligkeit jener Parteien geschehen, daß in Preußen durch die lex Reiche der Versuch einer völligen Knebelung des Vereins- und Versammlungswesens gemacht werden konnte und daß sich jetzt ähnliches in Sachsen wiederholen zu sollen scheint.

Nun hat der Reichskanzler am Sonnabend und Montag im Reichstage Erklärungen abgegeben, nach denen an eine alsbaldige Annahme des Nothvereinsgesetzes durch den Bundesrath nicht zu denken ist, nach denen vielmehr die Wiederkehr eines Gesetzentwurfes nach Art der lex Reiche im preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht steht.

Unsere Parteigenossen in der Kommission zur Vorberatung über den Gesetzesentwurf betreffend die freiwillige Gerichtsbarkeit haben jetzt in diesem zur Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgelegten Entwurf von neuem Aufhebung des landesgesetzlichen Verbots des Inverbindung-tretens gestellt.

Dadurch wird dem Zentrum und den Nationalliberalen bald Gelegenheit gegeben sein, den begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Ober werden diese Parteien durch Winkelzüge und Ausflüchte sich jetzt ihrer Pflicht entziehen? —

Das Reichs-Marine-Amt und die Werftarbeiter.

Der neue Herr Staatssekretär ist sehr für das Wohl der auf den kaiserlichen Werften beschäftigten Proletarier besorgt. Nicht als ob er eine Befestigung der mannigfaltigen Mißstände, unter denen jene Arbeiter leben und leiden, in Angriff genommen hätte; zu solchem nebensächlichen Zweck ist er ja auch nicht berufen, er hat nur die eine große Aufgabe, die große Flotte „durchzubringen“. Immerhin findet er und sein Marine-Amt Zeit, auch etwas für die Werftarbeiter zu thun. Was das ist, geht aus nachfolgendem Schriftstück hervor, das letzthin unter den Meistern und Werkführern der kaiserlichen Werften zirkulirt hat. Das Schriftstück ist zwar nicht für und bestimmt, aber da es den Eifer des Marine-Amts für das Wohlergehen der in seinen Betrieben beschäftigten Arbeiter beweist, wollen wir es wörtlich wiedergeben:

Berlin, den 26. Nov. 1897.

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts.

Der kaiserl. Werk theils ich mit, daß vom 4. Dezember ein neues Blatt, „Der Werk- und Hafenbote. Vaterländische Zeitung für Angehörige von Werften und Hafenbetrieben und verwandten Berufszweigen“ erscheinen wird.

Dieses Blatt hat sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen der Arbeiter der deutschen Schiffbau-Industrie im allgemeinen und der kaiserl. Werften im besonderen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und vaterländischen Gesinnung zu vertreten.

Das Erscheinen eines solchen Blattes ist mir sehr gelegen und kann ich ihm nur die weiteste Verbreitung wünschen, so lange sich der Inhalt auf den vorbenannten Grundlinien bewegt.

Das Blatt ist ferner dadurch zu unterstützen, daß aus dem Bereiche der kaiserl. Werften dem Blatte Nachrichten zugeführt werden, die Interesse für die Leser des Blattes haben und deren Verbreitung auf der kaiserl. Werft erwünscht erscheint.

In dem Annoncenheft sollen solche Annoncen Aufnahme finden, die für Arbeiter Interesse haben. Dahin gehören namentlich auch den Arbeitsmarkt betreffende Anzeigen. Derartige Annoncen dem Blatte zuzuwenden, ist erwünscht.

Während die für das Blatt bestimmten Nachrichten und Mittheilungen unmittelbar an den Redakteur, Herrn Bahr, Berlin SW., Schützenstr. 11/12, zu richten sind, empfiehlt es sich, das Blatt nicht unmittelbar von der Post zu bestellen, sondern durch die örtlichen Expeditionen, damit diesen die Expeditionsgebühr zugewendet wird. Ebenso werden eventuelle Annoncen bei der Expedition aufzugeben sein.

In Vertretung des Staatssekretärs: G. S. d.

An die kaiserliche Werft zu Kiel.

So betreibt das Reichs-Marine-Amt eine Reklame für eine Zeitung. Das geht denn doch noch über die amtliche Empfehlung der Pastor Halle'schen Schriften. So wird vom Reichs-Marine-Amt für eine Zeitung Reklame gemacht, die einen geradezu anreizenden Charakter annimmt. So will man die Werftarbeiter durch bekanntesten sanften Druck seitens ihrer Vorgesetzten zur Unterstüßung und zum Besen eines Blattes zwingen, welches die Interessen der Arbeiter vom Standpunkt der bestehenden Gesellschaftsordnung und vaterländischen Gesinnung vertreten soll. Was dies bedeutet, weiß man zur genüge; die Werftarbeiter sollen beschwächt werden, daß neue Schiffbauten ihnen Arbeit geben, daß sie also nur Abgeordnete in das Parlament wählen, welche Schiffbauten bewilligen.

Die Werftarbeiter in Kiel und Wilhelmshaven haben, obwohl ihnen solche sanften Melodien schon immer gefungen wurden, sozialdemokratisch gewählt. Trotz der „Autorität“ des Marine-Amts, trotz des Zwanges, dem man, mit König Stumm weise, die Werftarbeiter unterwerfen will, werden diese die Hoffnungen des Herrn Tirpitz nicht erfüllen. Welche Stimmung unter den kaiserl. Werftarbeitern gegenüber dem Flotten-gesetz herrscht, zeigt ein kleiner Bericht über zwei Versammlungen in Ellerbeck und Gaarden jenseits des Kieler Hafens, der uns heute zugeht:

In beiden Versammlungen sprach der Reichstags-Abgeordnete Legien über die Marinevorlage. Einige Marine-Enthusiasten von Kummerfeld, einer Kolonie des von der kaiserl. Werft protegirten „Arbeiter-Vereins“, versuchten für die Marinevorlage Propaganda zu machen, konnten jedoch nichts erreichen und fast einstimmig sand in beiden Versammlungen die Annahme einer Resolution statt des Inhalts, daß die Versammelten sich vollständig mit dem Verhalten Legien's in der Marinevorlage einverstanden erklären und für seine Wiederwahl eintreten werden.

Herr Tirpitz wird also noch viel zu thun haben, bis die Arbeiter der kaiserlichen Werften seinen Wünschen und Verheißungen Glauben schenken. —

Ueber die Zuckerprämien äußerte sich der Reichs-Schatzsekretär am Freitag in seiner Stabsrede. Seine Mittheilungen kamen wohl für niemanden unerwartet, der mit einiger Aufmerksamkeit den öffentlichen Vorgängen in Deutschland zu folgen gewohnt ist. Freilich müssen wir gleich hinzufügen und der Schatzsekretär betonte das auch selber: der Glaube an die inter-

nationale Einigung der Interessenten zur Abschaffung aller Zuckerprämien ist, besonders infolge der Haltung Frankreichs, kein sehr starker; wir sind daher stets für die Zulässigkeit auch eines isolirten Vorgehens Deutschlands auf diesem Gebiete eingetreten.

Auf der anderen Seite haben wir seit mehr als einem Jahre wiederholt darauf hingewiesen, daß einige neue Faktoren stärker früher auf eine günstige Entscheidung hinarbeiten. Mit der Dingley-Tarif nach seiner parlamentarischen Erledigung harrete und die englische Untersuchungskommission ihr Urtheil über die Beförderung des englischen Kolonialzuckers noch nicht abgegeben hatte, war bereits deutlich wahrzunehmen, daß schon durch die näher rückende Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Gegenmaßnahmen der Einfuhrländer „auf dem Kontinent die Bewegung für eine internationale Abschaffung der Prämien mächtig gefördert“ worden sei; unsere Abfahrtsmärkte drohen mit verstärkter Abperrung, es ist kein Wunder, daß die Stimmung unter den Subventionirten selber umzuschlagen beginnt und daß gerade in diesen Kreisen vielfach bereits die internationale Abschaffung der Prämien gefordert wird.

Als dann der Dingley-Tarif wirklich Gesetz wurde, erfuhr diese günstige Stimmung vorübergehend einen Rückschlag, weniger in den Kreisen der eigentlichen Zuckerindustrie, sondern vielmehr unter unseren Wohlthätig-Agrariern. Wenn man einen Vorwand zu einem Zollkriege suchte, so war die Aufhebung eines Zucker-Zuschlags seitens Amerika's allerdings der denkbar beste, denn es haben selbst amerikanische Präsidenten und Kammern anerkannt, daß es sich dabei um eine Verletzung und einen Bruch des bestehenden, bindenden Meistbegünstigungsvertrages handelte. Ueber diese rechtlich-formelle Beurteilung der Frage ist unseres Wissens auch niemals eine Meinungsverschiedenheit in Deutschland aufgetaucht. Wir haben jedoch sofort hervorgehoben, daß gegenüber anderen Dingley-Zöllen der Zuckerzoll materiell so ziemlich der allerharmloseste sei. Unsere Stellung unter den konkurrierenden Prämienländern hatte sich gegen früher sogar verbessert, weil an stelle des vordem gleichen Zuschlagszölles eine Abkühlung getreten war, bei der Deutschland mit seiner kleinsten Prämie auch den kleinsten Zuschlag zahlt: „Das wissen unsere Zuckerindustriellen auch ganz genau, sie haben es selber oft genug zugestanden; wenn sie daher jetzt über „prohibitiv“ Zölle schreiben, so spekuliren sie dabei auf sehr ungeschickliche Gemüther. . . . Unsere Zuckerindustriellen fürchten offenbar nicht die amerikanischen Zuckerzölle an sich, sondern ihre mehr mittelbare Wirkung auf die ganze Prämienpolitik. . . . Wenn England auch noch den Spuren der Vereinigten Staaten folgen sollte, unseren Segen hätte es dazu. Wir würden die Zuckerprämien endlich los werden.“

In den letzten Monaten ist in der That in Versammlungen sowohl von Landwirthen wie von Zuckerindustriellen die Zuckerprämie mehr und mehr als eine überlebte und schädliche Einrichtung behandelt worden. Der eifrige Förderer des Zuckerartikels schrieb im Oktober, wahrhaftig nicht kampfslüchtig: „Die deutsche Zuckerindustrie kann dann von der Geseßgebung die Abschaffung der Prämie verlangen und dafür die Vortheile eintauschen, die in der zinsfreien Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach Nordamerika liegen. Wir können auch verrathe, daß dieser Punkt in den Vorverhandlungen, die zwischen den Vertretern aller Landestheile über das Kartell stattfanden, eine erhebliche Rolle gespielt hat.“ Und sogar der konservative Parteitag für die Provinz Brandenburg hat vor acht Tagen unter der Führung des Wändlersführers Ring und des „Kreuz-Zeitungs“-Chefs Kropatschke eine Heilung der Schäden unserer Nothzuckerindustrie nur in Abschaffung der Prämien auf internationalen Wege gesehen.

Man sieht, die Mittheilung des Reichs-Schatzsekretärs entspricht heute bereits den Anschauungen eines einflussreichen Theiles der Interessenten selber. Wir hoffen, daß sie sich erfüllen wird, wiederholen aber, daß unser Gedächtnis das Scheitern einer internationalen Verständigung des Vorgehens auf diesem Gebiete nicht zum Stillstand bringen darf. Weiter heben wir noch einmal hervor, daß ein Zuckerartikell zur Hebung des Inlandpreises und zur Subventionirung der Ausfuhr genau so schlimm ist wie die heutige Geseßgebung. Mit der Aufhebung der Prämien hat die Regierung also ihre Pflicht gegen die Konsumenten noch lange nicht erfüllt, wenn sie gesetzliche Bestimmungen aufrecht erhält, die geradezu einen Nährboden für Kartellbestrebungen bilden müssen. —

Die Protestbewegung gegen die Vernichtung des Vereinsrechts zieht in Sachsen immer weitere Kreise. Es wird uns aus Dresden dazu berichtet:

Zahlreiche Protestversammlungen gegen die geplante Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts werden in allen Landesstellen abgehalten. Am Sonntag erob die arbeitende Bevölkerung in Chemnitz, Zwickau, Lobau, Radberg, Werdau, Zschopau und anderen Orten ihren Protest gegen die Absichten der Reaktionsparteien. Eine größere Aktion durch Verbreitung eines Flugblattes über ganz Sachsen ist in Vorbereitung. —

Kaiser-Hyperus. Die auffälligen Worte, welche der Kaiser über die inneren Angelegenheiten Ungarns gegenüber dem Grafen Tichy nach ungarischen Blättermeldungen gemacht haben soll, werden bisher nicht dementirt. Dieselben scheinen danach doch auf Wichtigkeit zu beruhen; auch der „Pester Lloyd“ behandelt die Äußerungen des Kaisers, an die wir erst nicht glauben konnten, mit vollem Ernst, und Wiener Zeitungen widmen denselben ganze Leitartikel. In den österreichischen und ungarischen Blättern wird dazu noch einiges andere aus der Unterhaltung des Kaisers mit dem Grafen Tichy mitgetheilt. Da soll der Kaiser in dem Gespräch, das von einem Dinge zum anderen flog, auch auf die ihm jetzt sehr am Herzen liegende China-Angelegenheit zu sprechen gekommen sein und soll scherzend zu dem Grafen, der eine Reise nach China zu unternehmen im Begriffe steht, gesagt haben:

Wenn Sie nach China kommen, dann gehen Sie zu meinem Bruder Heinrich, der wird bis dahin schon zum Kaiser von China angereist sein. Zwei Kompanien deutsche Soldaten haben genügt, die Chinesen ohne Schwertreich in die Flucht zu jagen.

Wenn dem „Sohn des Himmels“ dieser Scherz überbracht wird, so dürfte er doch einige ernste Falten ziehen. Chinesische Mandarinen werden erstaunt hören, daß man im glücklichen Europa asiatische Kaiserthrone für sicher und fest genug hält, um solche Scherze ertragen zu können.

Aber auch auf literarische Angelegenheiten kam das Gespräch. Der Kaiser meinte:

„A propos! Da lese ich eine kurze Nachricht in den Wätern. Man sagt, der ungarische Kultusminister habe Lessing's „Nathan“ in den Schulen verboten. Das ist unverständlich.“

Und als Graf Tichy erklärte, keine Kenntniß von der Sache zu haben, die auch recht unglaubwürdig klinge, gab sich der Kaiser zufrieden.

Es ist recht erfreulich, wenn dem Kaiser das Verbot des „Nathan“ in den Schulen geradezu unverständlich erscheint. Aber dann, so sollte man meinen, müßte es noch viel unverständlicher erscheinen, wenn in Deutschland sogar die Aufführung literarischer Werke verboten wurde und noch verboten wird, die vielleicht späteren Generationen als nicht unwürdige Nachfolge des Lessing'schen Werkes erscheinen. Wie würde wohl Lessing, wenn er heut lebte und dichtete, vor der Polizeigenfur bestehen!

Es giebt in Deutschland des Unverständlichen gar viel. Man muß nicht erst nach Ungarn gehen, um solches zu finden! —

„Die freie Geistesarbeit und das freie unabhängige Schriftstellertum“ hat bei einem Bankett, das am Sonntag zur Feier von Karl Frenzel's 70. Geburtstag abgehalten wurde, kein anderer als der Kultusminister Dr. Boffe hochleben lassen. Weiter that der Herr Minister bei dieser Gelegenheit den merkwürdigen Auspruch, die Regierung schähe und respektire auf höchste die Freiheit und Unabhängigkeit wie der Wissenschaft so auch des Schriftstellers. Frenzel sei zum Professor ernannt worden, doch müsse jeder Schatten des Verdachts energisch zurückgewiesen werden, als hätte die Regierung durch die Verleihung des Professor-titels an den Gefeierten seine Freiheit und Unabhängigkeit zu alteriren und ihn sich dienstbar zu machen beabsichtigt. Diese Verleihung sei nichts anderes als die Anerkennung der Meisterschaft und der Ausdruck der Dankbarkeit für das, was Frenzel zum geistigen Kapital der Nation beigetragen hätte.

Zu dieser königlich preussischen Freiheits- und Unabhängigkeits-Rede bemerkt der vor einigen Jahren gleichfalls aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages zum Professor ernannte Fest-reporter der „Vosschen Zeitung“ L. Pietsch mit wüthendem Entzücken, daß die alten todten Herren Minister, v. Wittgenstein, v. Rochow, v. Raumer und der selige Wieternich, sich hätten im Grabe umdrehen müssen, wenn diese Rede eines preussischen Ministers an ihre Geisteserben gedungen wäre.

Wunder harmlose Leute als Professor L. Pietsch werden um die gestörte Grabesruhe der toten Reaktionsminister nicht besonders besorgt sein. Es hat selten einem preussischen Minister an schönen Worten gefehlt, wenn sie nichts kosteten, und der Tölpel unter ihnen soll erst kommen, der im Namen der Freiheit und Unabhängigkeit des Geistes nicht die tollste Reaktionsarbeit vollbrachte. Das war immer so preussische Art. Warum soll nicht auch Herr Dr. Boffe sich solcher Dekorationsstücke bedienen? Pölgensee bleibt darum doch eine feste Burg und das kunstvoll interpretirte Strafgesetz bietet stets gute Wehr und Waffen, um einen Schriftsteller, der die Geistesfreiheit anders als im kultusministeriellen Polizeisinn auffaßt, auf Monate und Jahre unschädlich zu machen! —

Ueber den englischen Maschinenbauer-Streit wird morgen, Dienstag, die Entscheidung gesprochen werden. Im Westminster Hotel zu London versammeln sich die Vertreter der beiden Parteien und es wird von der Haltung der Unter-nnehmer abhängen, ob diese Zusammenkunft zu weiteren Verhandlungen über die Bedingungen eines loyalen Friedens führen soll oder ob die Konferenz alsbald nach ihrer Eröffnung sofort wieder abgebrochen werden wird.

Halten die Fabrikanten an ihrem Ultimatum“ fest, dann würden die Arbeitervertreter die Konferenz sofort verlassen.

Geschieht dies, dann dürfte ein Kampf entbrennen, noch weit gewaltiger als der bisherige. Denn wie es den Anschein hat, fassen die englischen Gewerkschaften das Vorgehen der Fabrikanten als eine Kriegserklärung auf, gerichtet gegen den Trade-Unionismus überhaupt. Schon die Sonnabend-Nummer der „Daily Chronicle“ weiß von zahlreichen Rundgebungen der Gewerkschaften zu Gunsten der Maschinenbauer zu berichten. So erklärten die Londoner Buchdrucker, die Gewerkschaft der Gasarbeiter und mehrere Branchen des Textilarbeiter-Verbandes auf das in unserer Sonntagsnummer im Auszug wiedergegebene Rundschreiben des Generalsekretärs Barnes, daß sie bereit seien, in den Kampf für die Verteidigung des Gewerkschaftsprinzips mit einzutreten.

Auch die Resultate der Abstimmungen in den einzelnen Lokalvereinen des Metalarbeiter-Verbandes beginnen bekannt zu werden. Danach scheint die Abstimmung unter ungewöhnlich großer Beteiligung vor sich zu gehen und die Annahme, daß die Bedingungen der Unternehmer mit überwältigender Mehrheit von den Arbeitern verworfen würden, wird durch die bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnisse vollkommen bestätigt. Es sei bemerkt, daß die Abstimmung durch Stimmzettel, den jedes einzelne Mitglied selbst abgiebt, vorgenommen wird, sobald jede Beeinflussung nach der einen oder anderen Seite hin ausgeschlossen ist. So hat der Zweigverein Woolwich des Maschinenbauer-Verbandes mit 1848 gegen nur 8 Stimmen, der Zweigverein in Bolton mit 1694 gegen 4 Stimmen die Bedingungen der Unternehmer verworfen.

Sidney und Beatrice Webb, die Historiker der englischen Gewerkschaftsbewegung, äußern sich über die Vorschläge der Unternehmer in einem Brief an „Daily Chronicle“ wie folgt:

„Wenn das, was die Unternehmer in ihren letzten Entschlüssen niedergelegt haben, aufrecht erhalten bleiben soll, dann steht jedem einzelnen derselben zu, die Arbeitsbedingungen — Lohn, Arbeitszeit, Ueberzeitarbeit — mit jedem seiner Arbeiter individuell festzusetzen. Es kommt nicht darauf an, was der eine oder der andere der Unternehmer sich unter den Bestimmungen vorstellt, wie er sie zu handhaben gedenkt, sondern darauf kommt es an, wie schlupflose Fabrikanten sie anlegen können.“

Nach unserer Meinung ist das Ultimatum gleichbedeutend mit der vollständigen Verneinung des gewerkschaftlichen Prinzips. Was auch immer den Maschinenbauern schließlich geschieht, gegenwärtig ist es eine Sache der sämmtlichen Gewerkschaften. Keine andere Gewerkschaft wird sicher sein, daß so lange nicht die von den Maschinenfabrikanten gestellten Bedingungen von den Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit zurückgewiesen sind, nicht auch ihr ähnliche Zumuthungen gemacht werden.

Sollte es nicht möglich sein, daß die großen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammenzutreten, sei es in London, sei es in Manchester, um den Fehdehandschuh, den die Unternehmer ihnen hingeworfen haben, aufzuheben?

Dieselben würden sich gar nicht mit der Frage des Abstimmungs-tages oder mit sonstwelchen Einzelheiten des gegenwärtigen Kampfes zu befassen haben. Die Regelung der Details mag Sache der Maschinenbauer und deren Prinzipale bleiben. Eine solche Konferenz hätte nur darauf zu sehen, wie die recht mäßig in Funktion zu der Gewerkschaften aufrecht erhalten werden können. Eine formelle Erklärung über diesen Punkt, über diesen Punkt allein, muß von Seiten der großen Arbeiter-Unionen erfolgen. Geschieht dies, so wird das Land vielleicht bewahrt vor langen industriellen Kämpfen, die andernfalls leicht hervorgerufen würden durch das Bestreben der Unternehmer anderer Gewerbe, die Arbeiterverbände ihres Berufs zu derselben Ohnmacht herabzubringen, wie es jetzt die Maschinen-Industriellen versuchen. —

Deutsches Reich.

— Unangenehm für die Agrarier. Die „Deutsche Wein-Zeitung“, das offizielle Publikationsorgan für die Befürworter der Spektations-, Speicher- und Keller-Verwüsthenshaft, untersucht in ihrer letzten Nummer die Wirkung der Handels-Verträge auf den deutschen Weinverkehr. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen:

Nach alledem glauben wir heute weiterer Ausführungen für die Ansicht, daß die Handelsverträge der deutschen Weinproduktion im allgemeinen nicht von Nach-

theil sind, entbunden zu sein und hoffen, daß diese Auslassung zur Bekämpfung unserer Auffassung in weiteren Kreisen beiträgt.

— Vom Börsenkrieg. Die Handelskammern sind von den Oberpräsidenten erucht worden, sich gutachtlich über Vorschläge, betreffend Preisbestimmungen für Getreide zu äußern.

— Herr Dr. Lieber und den Flottenfreunden des Zentrums gewidmet! Ähnliche Zuschriften erhielten wir in den letzten Tagen zahlreiche, besonders aus dem Rheinland:

„Die ultramontane Köln. Volks-Zeitung“ spricht ihren Kerger darüber aus, daß der „Vorwärts“ die Zentrumspartei wegen ihrer Stellungnahme zum Flottengesetz mit „Judas“ bezeichnet hat. Wir Katholiken Kölns verdoppeln, verdundert und vertausendfachen diese Bezeichnung. Ja, Judas ist die richtige Bezeichnung für Leute, die so ihr Wort zu brechen bereit sind, Nordialen Gm. Im Auftrage vieler Katholiken...

Herr Lieber erhält in dieser Zuschrift noch einige Benennungen so kräftiger Art, daß wir sie hier haben auslassen müssen.

— Vom Nord-Ostsee-Kanal. Aus Kiel wird uns geschrieben: Der Kreuzer I. Kl. „Deutschland“, das Flaggschiff der 2. Division des ostasiatischen Geschwaders ist zur Verordnungsänderung seiner Ausrüstung in Kiel eingetroffen. Die Fahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal, die schon in 8-9 Stunden gemacht worden ist, hat 19½ Stunden gedauert. Nicht weniger wie sechs Mal hat die „Deutschland“ festgelesen. Hier in Kiel hat „Deutschland“ sofort das Trockendock aussuchen müssen, weil das Schiff am Boden an Sandborste mehrere Platten eingebaut hat, davon zwei Stück derartig, daß das Wasser in den Doppelboden des Schiffes dringt. Schon vergangene Nacht und auch in den folgenden Nächten wird an dem Schiffe nun auch auf der hiesigen Kaiserl. Werft — das Schiff hat eben erst die Wilhelmshavener Werft verlassen — gearbeitet, um möglichst das Schiff zum festgesetzten Tag der Ausreise (16. Dezember) auch klar zu haben. Geht die Rückfahrt des Schiffes unter denselben ungünstigen Verhältnissen vor, dann fängt die Fahrt gut an. Die Schuld des Anlaufens des Schiffes wird dem großen Tiefgang desselben — 7,7 Meter — beigemessen. Nach unserer Meinung ist der Kanal 9 Meter tief, oder ist er etwa flacher? —

— Im Landes-Eisenbahnrath erklärte auf eine Anfrage der Unterstaatssekretär Fied, daß die Mitteilungen der Presse über eine allgemeine Eisenbahn-Tarifreform vollkommen irrig seien. Vom Reichs-Eisenbahnrath sei nur bei den Staatsbahnverwaltungen angeregt worden, die Tarife für das ganze Reich möglichst einheitlich zu gestalten. Die Sache befindet sich aber noch im allerersten Stadium der Erwägungen.

— Behördliche Bekämpfung des Kontraktbruchs. Nach dem Vorgang der Regierungspräsidenten in Magdeburg und Erfurt hat auch der Herr Regierungspräsident in Wetzlar die Behörden angewiesen, zwecks Ermittlung unbekannter Aufenthaltsorte von kontraktbrüchigen Personen, umgefammt einen öffentlichen Aufruf in dem Regierungs-Amtsblatte und in den Publikations-Organen für den Kreis zu veranlassen.

Also ein Steckbrief gegen Arbeiter, die versuchen, ihren Peinigern zu entkommen, die das Joch der Großgrundbesitzer und Zückerbarone nicht ertragen können. Auch ein Stück „Arbeiterfreundlichkeit“!

— Die Achtung der welfischen Bewegung wird in Braunschweig fortgesetzt. Wie berichtet wird, soll dem Rechtsanwalt v. Daeßne, Vorsitzender der Vaterländischen Vereinigung in Braunschweig, vom Bezirkskommando anheim gegeben sein, in seiner Eigenschaft als Offizier des Beurlaubtenstandes seine Entlassung nachzusuchen. Nach unserer Ansicht fehlt für die Berechtigung dieser Maßnahmen, die jetzt wiederholt in Anwendung gekommen sind, jede gesetzliche Grundlage. Oder will man sagen, die welfische Bewegung sei unvereinbar mit den Aufgaben eines preussischen Offiziers? —

— Wachen, 11. Dez. (Fig. Ber.) Genosse Segig ist heute in die Kammer eingetreten. — In Fortsetzung der General-Diskussion über die Bodenzinsvorlage vertrat heute unser Freund Scherz in trefflicher Rede den Standpunkt der sozialdemokratischen Gruppe mit großem Geschick. Er konstatierte vor allem den Widerspruch in der Haltung des Finanzministers zwischen einst und jetzt. Vor vier Jahren noch habe der Minister die Abschaffung der Bodenzins als unendlich und ungerecht bezeichnet. Damals sei man sich auch im Finanzausschusse über die Bodenzinsfrage durchaus nicht klar gewesen und habe man deshalb den bezüglichen Antrag Dr. Hahinger's glatt abgemurrt. Jetzt aber möchte das Zentrum aller Gesplogenen gemäß das Verdienst ganz für sich in Anspruch nehmen. Die Triebfeder sei aber in Wirklichkeit die Bauernbündler-Bewegung gewesen, denn erst durch die bauernbündlerische Agitation im Lande sei die Frage in Fluss gekommen. Die Regierungsvorlage habe sich auf die Beschlässe des letzten Landtags gestützt, der Ausschussantrag gebe aber von ganz anderen Gesichtspunkten aus. Den nothleidenden Bauern wird die Vorlage wenig nützen, den größten Vorteil werden vielmehr die größten Grundbesitzer haben. (Fürst Thurn und Taxis gewinnt z. B. ca. 60 000 M.) Die Ablösung soll bis zu einem bestimmten Termine festgesetzt und die Ueberschüsse zur Tilgung verwandt werden, als ob immer in der Ueberschusswirtschaft fortgewirkt werden soll. (Glocke des Präsidenten.) Von den schweren staatsrechtlichen Bedenken wegen der Verfassungsänderung höre man kein Wort mehr. Es fehle auch jede Klarheit darüber, ob unter den Privatbodenzinsen, die auf den Staat übernommen werden sollen, auch solche sind, die zu unecht bestehen. Die Vorlage sei so ganz anders ausgefallen, als man ursprünglich annahm und fordere deshalb zu schweren Bedenken heraus, über die wegzugehen, mit der Abgeordnetenschaft nicht vereinbar ist. Wenn der Minister nicht eine Lösung findet, die eine gerechtere Verteilung ermöglicht, wenn insbesondere die reichen Großgrundbesitzer zu gunsten der nothleidenden Bauern von dieser Nothstands-vorlage nicht ausgeschlossen werden, dann ist sie unannehmbar und wir machen daher unsere Abstimmung gerade von dieser Bedingung abhängig. (Bravo bei den Bauernbündlern und Sozialdemokraten.)

— Aus Baden, 12. Dezember. (Fig. Ber.) Die Kammerdebatten der letzten Tage wirbeln im ganzen Land erheblich Stand auf; wenn man gegenwärtig die nationalliberalen und ultramontanen Blätter zur Hand nimmt, dann hat man den Eindruck, als ob man vor dem Beginn einer neuen Kulturkampfperiode stände. Die verbindlichen Formen werden sollen gelassen und anstatt sich gegenseitig mit vergifteten Lebenswürdigkeiten zu dienen, reden die Organe der beiden großen Parteien des „Insterlandes“ Pratur. Die national-liberalen Blätter nennen die Kastrung der Wahl von Görz-Kand einen Gewaltstreik, reden von Wacker, dem Zentrumsführer, als einem „schönen Priester“, wogegen der Wacker'sche „Beobachter“, welchen Herr Fieker mit Bezug auf das päpstliche Verbotsgesetz in Rom den Osservatore bendenico nannte, den Führer der Nationalliberalen in zwei Zeitartikeln als Orlando furioso behandelt und ihn einen „brutalen Kameraden“ und ein „parlamentarisches Maulbein erster Güte“ nennt. Der dritte Unbetheilte, der sich bei dieser Kulturkampfserien Kauferei freut, ist natürlich die Sozialdemokratie, und es ist hundert gegen eins zu wetten, daß den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion angehängt des Fieker-Wacker'schen Liebesworts im Kreisruher Hondeb — wie man den badischen Landtag nennt — die Heine'schen Verse ins Gedächtnis kamen:

Und es will uns schier bedünken,

Daß sie alle beide stinken.

Nicht ohne Humor ist die Art und Weise, wie sowohl die nationalliberalen wie die liberalen Blätter die Haltung der Sozialdemokraten und speziell die Rede unseres Genossen Adolf Beck besprechen, nämlich durchaus günstig. Der liberale „Beobachter“ freut sich darüber, daß Herr Fieker auf seine Einladung hin, in la Händ gegen das Zentrum loszugehen, in nicht missversteckender Weise abgewunken hat, und die nationalliberalen „Badische Landeszeitung“ erkennt ebenso freudig an, daß Beck be-

tonnte, die Sozialdemokraten seien nicht mit einem fertigen Urtheil in die Verhandlungen getreten, sie wollten nicht durch eine Wahl-laktion Erfolge haben, die ihnen in offener Feldschlacht versagt geblieben seien, und vor allem sei es ihnen nicht darum zu thun, Nachse für Konnenweier zu nehmen, wo vor zwei Jahren die Wahl des Demokraten Heimburger durch die Nationalliberalen laffirt worden sei. Beck hatte den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dahin präzisirt, daß sie überall, wo eine der beliebtesten „Eisenlohrreden“, d. h. die Verwendung des Einflusses der Beamten im Wahlkampf, entdeckt würde, rücksichtslos für Kastrung der Wahl stimmen würde, um doch einmal mit den Gesplogenen des „Wahlweisers“ Eisenlohr endgiltig Schluß zu machen.

Zu der Kullage, welche die „Neue Badische Schulzeitung“ gegen die Direktion des Neersburger Lehrerseminars wegen schwerer, dort herrschender Mißstände, Prügelstrafen, Ausbeutung der Seminaristen u. s. w. erhoben hat, erklärt die Direktion des Instituts, daß jene Anschuldigungen zum theil unwahr, zum theil übertrieben seien. Etwas scheint also doch nicht in Ordnung zu sein. Wird die eingeleitete amtliche Untersuchung hierüber Klarheit verschaffen? —

— Aus Hessen, 11. Dezember. (Fig. Ber.) Landtag. Zu Beginn der Sitzung wurde das Mandat des Abg. Weidner (Schotten-Laubach) wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl einiger Wahlmänner laffirt. Sodann kamen eine Reihe von Interpellationen wegen Bahnanlegenheiten zur Verhandlung. Von allen Seiten wurden Klageklagen angebracht über die Verkehrsstörungen, Verpätungen und sonstigen Mißstände, die seit der Uebersiedlung der hessischen Bahnen in die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft aller Orten sich zeigen und den Unwillen der gesammten Bevölkerung erzeugen. Insbesondere brachten die antisemitischen Abg. Köhler, Bähr und Schmalbach eine große Zahl von Beschwerden vor. Am empfindlichsten scheint ihr „hessisches Nationalgefühl“ durch den vertragswidrigen Schwarz-weißen Anstrich der Barrieten, sowie durch preussische Knöpfe an den Uniformen hessischer Beamten und ähnliche äußerliche Verletzungen der ausübenden Hoheitsrechte gekränkt worden zu sein. Darüber kann man lächeln. Der berechtigte Kern aber, der darin liegt, ist der gesunde Widerwille des hessischen Volkes gegen die mit der preussischen Eisenbahn-Oberhoheit sich immer fühlbarer machende Verpötung unserer Verkehrsverhältnisse, die in sehr vieler Hinsicht nicht weniger als einen Kulturfortschritt für uns bedeutet.

— Zu Beantwortung der Interpellation des Abg. Schmitt wegen der Verwendung von Militärwärtern im Kommunaldienste, erklärte die Regierung, im Bundesrathe auf möglichste Einschränkung hinzuwirken zu wollen. Die Besprechung wurde vertagt. Ebenso die Besprechung der Interpellation der Abg. Haas und David wegen Herbeiführung eines einheitlichen Adressschlusses an Sonntagen. Auch die Verhandlung über den sozialdemokratischen Antrag auf Errichtung einer Landes-Zungen-bellaustalt wurde wegen zu knapper Zeit auf Ersuchen Ulrich's vertagt. Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen der seinerzeit vom Finanzminister Miquel in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses gemachten Mittheilung betr. Oberaufsicht des Frankfurter Polizeipräsidenten über die politische Polizei, fast durch ganz Süddeutschland“ erklärte der Staatsminister Finger, daß für Hessen dem Frankfurter Polizeipräsidenten keinerlei Aufsichtsbefugnisse zuständen. Nach dieser erfreulichen Mittheilung eröfnete sich eine längere Debatte. Abg. David wies nochmals kurz auf jene Mittheilung Miquel's als die Veranlassung zu unserer Interpellation hin; er freute sich zu hören, daß Hessen nicht zu den unter preussischer Polizeiaufsicht stehenden süddeutschen Staaten gehöre. Vielleicht geben unser Genossen im bayerischen, badischen und württembergischen Landtage nunmehr weiter nach, um schlußstellen, was zu dem Miquel'schen „fast ganz Süddeutschland“ gehört. — Die Kammer vertagte sich sodann bis Anfang Januar.

— Straßburg i. E., 11. Dezemb'rr. (Fig. Ber.) Wie ich Ihnen seinerzeit mittheilte, ist die am 31. Oktober und 1. November d. J. stattgehabte Landeskonferenz der Sozialdemokratie Mißgeschickens durch das Eindringen der Polizei widerrechtlich unterbrochen und in ihren Verhandlungen gestört worden. Der eindringende Kommissar blieb auch dann noch im Besammlungsraum anwesend, nachdem er den Charakter der Konferenz als gesetzlich erlaubte Privatvereinigung festgestellt und konstatiert hatte, daß jeder Teilnehmer im Besitze einer schriftlichen Einladung zu der Besammlung war. In Ausführung eines Beschlusses der Landeskonferenz, die nach eingeholter Entscheidung der Polizeidirektion ihre Verhandlungen ruhig ohne Ueberwachung hatte fortsetzen können, wurde gegen den betr. Polizeikommissar seitens des Besammlungs-bureaus eine Denunziation wegen Vergehens gegen den § 342 des Reichs-Strafgesetzbuches (Hausfriedensbruch, verübt durch einen Beamten in Ausübung seines Amtes) bei der kaiserl. Staats-anwaltschaft eingereicht, auf welche nunmehr der folgende Entwurf eingetroffen ist:

Mit Bezugnahme auf Ihre Anzeige vom 29. Novbr. d. J. gegen Polizeikommissar Rood oder dessen Vorgesetzten wegen Hausfriedensbruchs theils ich Ihnen mit, daß ich die Verfolgung der Sache ablehne.

Zunächst muß es als ausgeschlossen gelten, daß dem Beausgeigten (1) das Bewußtsein innegeohnt habe, das Eintreten sei ein widerrechtliches und es mangle an der Befugnis zum aufforderungs-widrigen Verweilen. Abgesehen davon ist aber die Anwendbarkeit der §§ 129 und 342 R. St. G. B. schon deshalb ausgeschlossen, weil der von Ihnen unter andern Mitgliedern Ihrer Partei benutzte Raum in der Wirthschaft Schwab weder als Wohnung noch als Geschäftsräume oder befriedetes Bestthum der Versammelten anzusehen ist.

Der kaiserl. Erste Staatsanwalt: (gez.) Hünten.

Durch diese seltsame Entscheidung bleibt also im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ das Vorgehen eines Polizeibeamten ungefährt, das von der vorgefassten Behörde selbst als gegen die Landesgesetze verstößend anerkannt wurde. Der Herr Staats-anwalt wird unseren Genossen wohl den Versuch gestatten, durch eine Beschwerde bei seiner vorgesetzten Behörde eine Korrektur dieser eigenthümlichen Auffassung herbeizuführen. —

Oesterreich.

— Prag, 13. Dezember. Anlässlich der letzten Erzfesse wurden weitere Verhaftungen vorgenommen; durch das Strafgericht wurden noch mehrere Personen, die an den Ausschreitungen theilgenommen hatten, abgeurtheilt. Unter dem Verdacht, die Massen zur Plünderung und anderen Exzessen aufgefordert zu haben, ist hier eine Anzahl angesehener geistlicher Bürger verhaftet worden. — In Chrudi in zogen die Teilnehmer an der Versammlung eines politischen Vereins, welche von der Behörde aufgelöst worden war, durch die Straßen und schlugen die Fenster in mehreren Gebäuden ein. Die Gendarmerie stellte die Ruhe wieder her und ermittelte die Namen einiger Teilnehmer an den Exzessen. —

— Lemberg, 13. Dezember. Die Demonstrationen für den Grafen Baden! sollen so lange und in steigendem Maße in ganz Galizien fortgesetzt werden, bis ihr Zweck, die Wiedererhebung Baden's zum Statthalter von Galizien, erreicht sein wird. Wenn Baden! so sagt ein Mitglied des Parlaments aus Ost-Galizien, wieder unser Statthalter ist, dann kann Baron Gautsch das Haus auflösen, so oft er will; wir fürchten keine Neuwahlen.

Ja, einen rücksichtslosen, brutalen, lediglich das Interesse der Schlachta im Auge habenden Wahlmacher und Statthalter wie den Baden! wünschen sich die Herren. Die Wahlen in der fünften Kurie haben aber gezeigt, daß die Politik des Polenklubs nicht die des polnischen und ruthenischen Volkes in Galizien ist. Sollte die Schlachta demonstrieren wollen, so wird sie bloß Volkstundgebungen hervorrufen, die die Schwäche ihrer Position, den Egoismus ihrer Politik aufdecken. —

Ungarn.

— Budapest, 13. Dezember. Von den gestern hier abgehaltenen acht sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen, in welchen in schärfster Weise gegen das gegenwärtig im Abgeordnetenhause zur Verhandlung stehende Gesetz, betreffend den Nachschuß der land-wirtschaftlichen Arbeiter, Stellung genommen wurde, wurden drei polizeilich aufgelöst. Nachmittags fand ein großer Arbeitererfess hat, welcher durch die Polizei mit blanker Waffe gesprengt werden mußte. Ueber 100 Verhaftungen wurden vorgenommen und zahlreiche Personen verwundet. Am Abend fand in der Andrássystrasse eine große Arbeiterdemonstration statt, bei welcher fortgesetzt die Rufe ertönten: „Abzug Sansfy! Abzug Sasanyi!“ Schließlich wurden noch 68 Verhaftungen vorgenommen. —

— Budapest, 11. Dezember. Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses erledigte heute Abend den Gesuch-entwurf betreffend die selbständige provisorische Regelung des Zoll- und Handelsbündnisses und der Bankfrage mit Oesterreich. Im Namen der Nationalpartei brachte der Abg. Gullner einen Abänderungsantrag ein, nach welchem in dem Gesuchentwurf ausgesprochen werden soll, daß die Besetzung auf dem Verordnungswege, welchen die Vorlage der Regierung einräumt, falls die wirtschaftliche Resiprozität mit Oesterreich vor Ablauf eines Jahres ausbleibt, dem Parlament binnen vierzehn Tagen und falls das Parlament nicht versammelt sei, demselben gleich nach seinem Zusammentritt zur Genehmigung vorzulegen sei; auch dürfe diese Besetzung keineswegs länger, als bis zum 31. Dezember 1898 in Kraft bleiben. Der Ministerpräsident Baron Sansfy erklärte, er nehme diese Abänderung an, da sie im Sinne der Regierungsvorlage sei. Koloman Tisza und der Finanzminister u. Lukacs hoben hervor, ein selbständiges Zollgebiet und eine selbständige Notenbank würden die beiden Staaten schwer schädigen und sie seien nur für den äußersten Nothfall ins Auge zu fassen. Für die Vorlage stimmten die Mitglieder der liberalen Partei, der Nationalpartei und der Volkspartei; dagegen stimmte die äußerste Linke. —

Frankreich.

— Paris, 13. Dezember. Der jüngst aus Rom zurückgekehrte Akademiker Brunetiere benachrichtigt dem „Gaulois“ zufolge, die Zeitung der „Revue des Deux Mondes“ aufzugeben und ins politische Leben einzutreten. Er werde angeblich die Führung der katholischen Partei in Paris übernehmen. —

— Paris, 12. Dezember. Nach einer Meldung des „Figaro“ werden der Handelsminister und der Finanzminister im Parlament eine Vorlage einbringen, betreffend die Schaffung eines nationalen Amtes für den auswärtigen Handel. Dieses Amt soll dazu bestimmt sein, den Handeltreibenden geeignete Auskünfte zur Erhöhung der Ausfuhr zuzuführen zu lassen. —

England.

— Eine irische sozialistisch-republikanische Partei hat sich gebildet und erklärt in der neuesten Nummer der „Londoner „Justice“ einen Aufruf an die Iren, sich ihr anzuschließen. Jeder Ire, gleichviel wo er wohnt, kann Mitglied werden gegen einen Jahresbeitrag von 1 Schilling. Sekretär der Partei ist O'Brien in Dublin. —

Italien.

— Rom, 13. Dezember. Die Meinungsverschiedenheit zwischen di Rudini und Zanardelli wurde hervorgerufen durch die Frage des Unterstaatssekretärs des Innern. Di Rudini brieft alsdann den Ministerrath und schlug ihm vor, daß sämtliche Minister ihre Portefeuilles behalten und nur an stelle des Kriegsministers Pelloux San Marzano und an stelle des Ministers für öffentliche Arbeiten Prinetti Pavoncelli trete. Guicciardini lehnte indessen ab und daher begab sich di Rudini zum König, um ihn über den Stand der Angelegenheit zu unterrichten. Dem „Messaggero“ zufolge ist Zanardelli von seinem Abkommen mit di Rudini infolge der gegnerischen Haltung Giolitti's und Cavallotti's zurückgetreten. Das Blatt hält eine Kabinettsbildung mit Visconti Venosta und Brin für möglich. —

Spanien.

— General Weyler, der jetzt in Madrid eingetroffen ist, bemüht sich nach Kräften, an der spanischen Regierung, die ihn von Ruba abberufen hat, Nachse zu nehmen, indem er dem liberalen Kabinet möglichst viele Schwierigkeiten bereitet. Er erklärte einem Reichstageskollegen gegenüber, die Kundgebungen, deren Gegenstand er sei, seien ein Beweis für den in Spanien stets lebendigen Patriotismus. Mit Bezug auf Ruba und die Wolschaft Mac Kinley's erklärte Weyler, Canovas habe seinerzeit dem Kabinet in Washington zu verstehen gegeben, daß Krieg bis aufs äußerste, Zerstörung der Hilfsquellen der Aufständischen, Vereinigung der Landleute in den Städten und Verfolgung der Freideuter bis zur vollständigen Unterwerfung der Aufständischen und ohne einer Intervention der Vereinigten Staaten zuzustimmen, die besten Mittel zur Pazifizierung der Insel seien. Die Vereinigten Staaten hätten hierzu gegen keinen Einspruch erhoben heute, wo man ein anderes System befolge, beizutreten die Vereinigten Staaten Spanien und seine Arme. Er (Weyler) sei entschlossen, zu verlangen, daß die Regierung die Note Canovas' an die Vereinigten Staaten veröffentliche, gegen die Wolschaft Mac Kinley's Einspruch erhebe, Spanien und der Arme gegenüber den Angriffen der Vereinigten Staaten Genugthuung verschaffe und die Androhung einer Intervention zurückweise. Weyler hofft bei seinem Vorgehen die Unterstützung aller konservativen Elemente zu finden.

Ueber die Demonstration beim Empfange Weyler's in Madrid meldet eine Depesche von gestern:

„Auf dem Bahnhof erwarteten ihn die Generale Acarraga und Borrero sowie eine Anzahl Republikaner, Carlisten, Konservative und Romeristen. Bei Anknunft des Juges wurden zahlreiche Hochrufe ausgebracht, Weyler wurde auf die Schultern gehoben und bis zum Ausgang des Bahnhofs getragen, wo er seinen Wagen bestieg. Es hatten sich nur wenige Reizgerige eingefunden, die sich vollkommen theilnahmlos verhielten; während der Fahrt ereignete sich kein Zwischenfall. Etwa hundert Reizgerige, die vor Weyler's Hause Aufstellung genommen hatten, gingen bald auseinander. Einige karlistische und republikanische Abgeordnete und Romero Robledo begleiteten den General in seine Wohnung.“

Aus den zahlreichen, von den Kolonial-Kriegsschauplätzen eingetroffenen Nachrichten heben wir die folgenden hervor: Eine Depesche aus Havana meldet, die Aufständischen in dem östlichen Theile von Kuba hätten sich nach Madrid gewandt, um Mittheilungen über den Umfang des Autonomiedekrets. Diese Nachricht würde, wenn sie richtig ist, befähigen, daß die Aufständischen zur Herbeiführung des Friedens geneigt seien.

Während der letzten zehn Tage hatten die Aufständischen auf Kuba einen Verlust von 113 Todten und 35 Gefangenen; 343 Aufständische unterwarfen sich. Die Spanier hatten 14 Todte und 121 Verwundete. Rivas Rivera, der Nachfolger Macacos, ist als Gefangener an Bord eines Schiffes gebracht worden, um nach Cadix geschickt zu werden.

Amlich wird von den Philippinen gemeldet: Die spanischen Truppen bemächtigten sich der Minapas-Berge; sie hatten dabei 3 Todte und 22 Verwundete; die Verluste der Aufständischen sind beträchtlich. —

Rußland.

— Petersburg, 12. Dezember. Wie der „Regierungsbote“ meldet, hat der Minister des Innern den Wärrern „St. Petersburgs Zeitung“, „Mirowje Orogolost“, „Narod“ und „Syn Ojtschestswo“ den Druck von Privat-Annoncen wieder gestattet, denselben hingegen dem „Petersburgskij Bistok“ entzogen. —

— Studentenunruhen und Studentenerhaffungen in verschiedenen Städten Rußlands. Der Aufruf, in welchem die Worschauer Studenten das unwürdige Verhalten von sechs Professoren bei Gelegenheit der Inangriffnahme des Baues des Denkmals von Murawjew gezeißelt haben, wurde — mit einem reaktionären Kommentar versehen — in der

Zeitung „Swet“ zum Abdruck gebracht. Dieser Kommentar hat aber die Zeitung nicht vor einer Verwarnung seitens der Regierung bewahrt. — Unruhen haben auch stattgefunden in den Universitäten Odessa und Kiew. Anlauf zu Unruhen in dieser letzteren Stadt soll dadurch gegeben worden sein, daß die Gendarmen einen Studenten während eines Verhörs, welchem er unterzogen wurde, thätlich mißhandelt haben. In Moskau hat das Komitee des geheimen Studentenbundes einen Ruf an die Studenten gerichtet, in welchem es zur Veranstaltung von „Unruhen“ auffordert. Der Ruf hat auf die Studenten keinen großen Eindruck gemacht, jedoch gab er Anlaß zu einem behördlichen Einschreiten gegen die Studenten. In der Nacht vom 19. auf den 20. November sind gegen 50 Studenten verhaftet worden. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen sind auch in den folgenden Nächten vorgenommen worden. Alle befinden sich bis jetzt noch in der Haft und wurden angeklagt, einer Studentenorganisation angehört zu haben. Unter den Verhafteten befinden sich Studenten, welche prinzipielle Gegner von „Studentenunruhen“ sind. Die Verhandlung gegen die Studenten wird in einem ungewöhnlich raschen Tempo geführt. Die Akten sollen aus der Moskauer Sicherheitsabteilung — unter Umgehung aller Zwischeninstanzen — direkt dem Ministerium des Innern eingesandt werden. Die Moskauer Behörden scheinen die ganze Sache aufgebauscht zu haben, um noch zu dem diesjährigen Weihnachtsfeste Gratifikationen für ihre Tätigkeit zu erzielen. —

Afien.

— Ein Kanal durch Malakka. Das Pariser Blatt „Lanterne“ veröffentlicht einen Bericht des Abgeordneten Rouquet an den König von Siam über die Bildung einer französisch-englischen Gesellschaft zur Erbauung eines Schiffahrts-Kanals durch die Halbinsel Malakka. —

Amerika.

Rio de Janeiro, 12. Dezember. Die Regierung hat durch ein Dekret verfügt, daß das Kriegrecht bis zum 31. Januar 1898 in Geltung bleiben soll. —

Partei-Nachrichten.

Zu der **Eintragung des Parteikassiers**, die in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, muß es bei der Position „Bedding und Dramenburger Vorstadt“ heißen: Polarlicht 220 W. (nicht 2,20.)

Als **Reichstagskandidat** für den 8. württembergischen Wahlkreis Freudenstadt-Horb ist der Parteigenosse G. Reichel aus Stuttgart aufgestellt.

Am 11. sächsischen Kreise Wurzen-Oschah-Grimsa kandidiert der Parteigenosse M. Lipinski aus Leipzig. Bei der letzten Wahl wurden in diesem Kreise für Thiele (Soz.) 7164, für Nauffe (Kauf.) 10 996, ferner 1799 nationalliberale und freisinnige Stimmen abgegeben.

Der Parteigenosse v. Vulkmar laboriert, wie die „Münchener Post“ mitteilt, schon seit einigen Wochen an einem Infektions-Krankheit. Sein Befinden hat sich durch eine Agitationstournee leider derart verschlimmert, daß er für einige Zeit außer Stand gesetzt ist, sich an den Landtagsarbeiten zu beteiligen.

In **Neu-York** erscheint von jetzt an ein sozialistisches Blatt in italienischer Sprache. Es führt den Titel „Il Proletario“ und wird aller 14 Tage herausgegeben.

Volksversammlungen, Gerichte etc.

— Zwei Volksversammlungen in **Zwickau i. S.**, die auf vorigen Sonntag einberufen waren und den Zweck hatten, Protest einzulegen gegen die von den Konservativen verlangte Verschärfung des ohnehin höchst fragwürdigen sächsischen Vereins- und Versammlungsrechts; sind vom Stadtrat auf Grund von § 5 des Gesetzes verboten worden. Mit Hilfe dieses Paragraphen, der das Verbot solcher Versammlungen vorschreibt, die den Zweck haben, Gesetzesverletzungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, läßt sich, bei einiger Phantasie, ja jede beliebige Versammlung jeder beliebigen Partei, einschließlich jener der Konservativen, verhindern; charakteristisch ist es aber für die Zustände Sachsens, daß man sogar nicht davor zurückschreckt, jene Versammlungen auf Grund des § 5 zu verbieten, die lediglich bezwecken, den Landtag zu bestimmen, daß er eine Regierungsvorlage (nämlich die betreffende Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine) ohne Verschlechterung annehme. Wegen des Verbots der beiden Versammlungen herrscht unter den Arbeitern Zwickaus begrifflicherweise eine äußerst harte Erregung.

— Der Parteigenosse **Schöpfkin**, Redakteur der „Volkstimme“ in Burgstädt i. S., hat das Gefängnis nach Verurteilung der einmonatigen Strafe verlassen, die ihm wegen Verleumdung des Mittelweider Stadtrats auferlegt war.

— Dr. **Adler**, Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, hat in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in der Josefstadt am 8. November eine Rede gehalten, worin er sagte: „Badeni steht an der Spitze von Verbrechern und man muß eine solche verbrecherische Regierung hassen.“ Der überwachende Polizeikommissar demüthigte ihn wegen dieser Aeußerung des „Verbrechens der Anreizung zu Haß und Verachtung gegen die Staatsverwaltung.“ Die Staatsanwaltschaft fand sich aber nicht veranlaßt, die Auffassung des noch sehr grünen Beamten zu theilen und meinte: Besser eine sichere Ehrenbeleidigung, als die schändliche Anreizung zu Haß und Verachtung, die aber vor die Gerichte zu führen muß. Es wurde also nach bewährter Praxis vorgegangen und Dr. Adler wegen Verleumdung von Behörden vor das Bezirksgericht gestellt. Dort machte er alle Anstrengung, um zu verhindern, daß er seinem ordentlichen Richter, in diesem Falle dem Schwurgericht, entzogen werde, und stellte gleich zu Beginn der Verhandlung fest, daß er unverhohlen dem Haß und der Verachtung gegen die Regierung Badeni Ausdruck gegeben habe. Er habe in seiner Rede die Sünden dieser Regierung ausführlich dargestellt und schließlich wörtlich resumiert: „Die Regierung, an deren Spitze Badeni steht, hat sich somit einer Reihe von Verbrechen schuldig gemacht.“ Nun erfolgte eine Mahnung des Regierungsvorsetzers, worauf er fortfuhr: „Ja, ohne Zweifel, jeder, der die Thaten Badeni's kennt, muß Haß und Verachtung gegen diese Regierung empfinden.“ Sowohl der Polizeikommissar wie der Vorsitzende der Versammlung als Zeugen bestätigten, daß Dr. Adler sich im wesentlichen so ausgedrückt hatte, wie er sagte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft aber erklärte, daß diese in den im kriminellen Worten keine Anreizung finden könne, und sagte hinzu: „Warum sie das nicht kann, weiß ich nicht, sie hat es aber jedenfalls genau angegeben.“ Der Richter, der die Staatsanwaltschaft dem auch den Gefallen, die vom Verteidiger verlangte Verweisung der Sache vor die Geschworenen abzulehnen, indem er vorgab, er könne den Akt nicht zurückstellen, da die Staatsanwaltschaft die Untersuchung in Beziehung auf das Verbrechen der Anreizung eingeleitet habe. Die Geschworenen hätten Dr. Adler selbstverständlich freigesprochen, denn daß die von ihm gegebene Charakteristik des inzwihschen zum Teufel gejagten Badeni'schen Regiments zutrifft, darüber ist alle Welt einig. Die Verhandlung vor dem Bezirksgericht war also eine großartige Komödie. Sie endete damit, daß Dr. Adler wegen Verleumdung von Behörden zu einer durch einmaliges Fassen verschärften vierzehntägigen Arreststrafe verurteilt wurde. Dr. Adler hat gegen das Urtheil Berufung angemeldet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Für die **ausgesperrten englischen Maschinenbauer** gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beträge ein: Drehschleiferwerkstatt von Jahnke, Bülowstraße 6. — Tischlerei Göttenberg, Kroll u. K., Königswaldenstraße 29, 70. — Steinerei Berlin (auf Viken) durch Gumbel u. S. — Bilderrahmenmacher Berlin (auf Viken), darunter Bilderrahmenfabrik Schöner, Altstraße 15, 10 und b. Adolphthal 2, 90. 18, 30. Arbeiter der Nähmaschinenfabrik und Fahrradfabrik Wehr. Rothmann in

Hildorf 10. — Möbelpolierer von F. A. Treus, Stenertzt. 44 10. — Zapfenwerk von Hlatow u. Erlamer 15. — Kürschner Berlin 3. Kote 50. — Maschinen und Geizer Berlin durch D. C. (auf Viken) 32, 50. — Tischlereiwerkstatt Dietmar, Spanbauerstraße 7, 80. Arbeiter der Schirmfabrik Benbeck, Alexanderstraße 22 10. — Lohndreher in der alten Wagenhofer Tonne, Reichenbergerstraße, 2 Kote 6, 40. — Rothe Hütte im Saarrevier, 2 Kote 15, 50. — Wälzer in Straßburg i. Elsaß 20. — Von den an Buch- und Schweißdruckerei beschäftigten Arbeiterinnen Berlin, 2 Kote 40, 25. — Möbelhändler Böhme, Bebergr. 62, 3 Kote 5, 50. — Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchhandlung Marx Bading 10. — Maler Berlin (auf Viken) durch Hink (darunter Wertheit K. Schwarz von den Rentiers 1, 90. und Hefflat Bademann und Reiner 6, 50.) = 13, 60. — Kran- und Instrumenten-Arbeiter Berlin durch Krenndt (auf Viken) 130, 40, darunter Arbeiter Friedrichs, 4 Kote 10, 50. — Arbeiter Reichsbergerstraße 18. — Arbeiter Hürtenberg 6, 30. — Arbeiter Hojane u. Sitt nebst zwei Budicern 5, 95. — Arbeiter Pfeiffer 10, 90. — Arbeiter Wende 6, 50. — Arbeiter Wagner 18, 20. — Arbeiter Wollmannstraße 14, 20. — Arbeiter Schmidt, Mariannenslag 4. — Arbeiter Klingmann 12, 65. — Arbeiter Doel u. S. 7, 50. — Arbeiter Laurinat, 6 Kote 17, 25. — Arbeiter Seidel 9, 85. — Arbeiter Kabischauerin „Kalle“ in Pirchow 7, 70. — Gesammelt im Ostal von Emil Rebe, Schlemmerstraße 48 9, 10. — Ladierer Berlin b. Reß (auf Viken) 61, 55. — Tischlereiwerkstatt Wille Süd, am 9. Dez. 0, 05. — Brauerei Berlin b. Brehm 55, 02. — Brauerei Schloßbrauerei Schöneberg 9, 40. — Brauerei Pilsenerdorf 14, 90. — Brauerei Hohen-Schönhausen 28, 72. — Brauerei Radowitz 2. — Klavierfabrik von Buchholz 7. Kote 15, 70. — Gelegener Verein „Hahnung“ im hohen Norden 10. — Weitere Beiträge nimmt das Gewerkschaftsbureau (R. Hilberg, Annenstr. 18, 1 Tr.) entgegen.

Deutsches Reich.

Der **Streik in der Meyer'schen Schuhfabrik in Bremen** dauert unverändert fort. Von den Streikenden sind bis jetzt ca. 20 Mann abgereist; nächste Woche folgen weitere nach, und es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Betrieb wieder aufgenommen wird, die Zahl der Zwicker bis auf einige zusammenschmolzen sein wird. Durch die Zurückweisung der Verhandlungen liegt für die Streikenden jetzt kein Grund vor, abermals solche anzubahnen, und ist der Streik dadurch zu einer Nachfrage geworden.

Der **Kampf der Metallarbeiter in Torgelow**, denen in übermäßiger Weise von Seiten der Fabrikanten zugemuthet wurde, ihr Koalitionsrecht aufzugeben, wird mit Energie und Ausdauer von den Arbeitern fortgesetzt. Im Auslande befinden sich noch 241 Mann. Vor einigen Tagen fand in Basel eine gut besuchte Versammlung statt, die insofern recht interessant verlief, als ein aus Stettin gekommenes Mitglied des Gewerksvereins erklärte, daß, wenn die Ausführungen des Referenten Masfatsch zuträfen, er zugebe, daß das Verhalten der Mitglieder seiner Gewerkschaft in diesem Streik entschieden verurtheilt werden müsse. Die Versammlung hatte auch insofern einen guten Zweck erfüllt, als in einem dortigen Lokalblättchen in der schäblichsten Weise die Ursache des Streiks entstellt wurde und natürlich die Fabrikanten als die unschuldigen Dämmer geschilbert wurden. Dieses Truggebilde gestörte der Redner in treffender Weise und fand in der Versammlung lebhaftest Zustimmung.

Katholische Arbeitervereine. Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Soeben lese ich in Ihrem Blatte von der Maßnahme der Paulusbruderschaft in Trier, seine Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes zu beschlagnahmen. Es ist bemerkenswerth, daß in genannter Druckererei auch ein „Gewerkschaftsblatt“, nämlich das Organ des altkatholischen Verbandes Deutscher Eisenbahn-Handwerker gedruckt wird. Es ist das dasselbe Blatt, welches sich im Januar d. J. einen recht heftigen Ausfall gegen den Verband der Eisenbahner Deutschlands leistete. Was es mit der Arbeiterfeindschaft der Herren Kaplanen z. auf sich hat, läßt folgende Stelle aus diesem „Gewerkschaftsblatt“ erkennen: „Die höchst belagerten Arbeiter, die unglückliche Noth und vielen Entbehrungen, sowie die grenzenlose Erbitterung, welche sowohl der Streik der Bergarbeiter im Saar- und Ruhrgebiet, als auch derjenige der Hafenarbeiter und Seelenste in Hamburg verursachten und welche allein nur auf die vorwerflichen Vorgehens sozialdemokratischer Agitation zurückzuführen sind, müssen eine Mahnung sein, derartige Propaganda mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.“ — Es wird wohl dieser „Arbeiterorganisation“, die sich rühmt über 20 000 Mitglieder zu zählen, davon angeblich ca. 800 allein in Berlin, schwerlich einfallen, Solidarität gegen den Buchdruckerverband zu üben und ihr Blatt da drucken lassen, wo die Arbeiterrechte respektiert werden.

Das **Zücker-Gewerkschaftskartell** hat beschlossen, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu ersuchen, die örtlichen Gewerkschaftskartelle Deutschlands in allen Parteiblättern zu veranlassen, über die Handhabung der Untermehrnachweise eingehende Erhebungen anzustellen und das Ergebnis dieser Erhebungen zu bearbeiten.

Der **Verein der Hamburger Steuer** hat folgendes **Kirkular** verschickt:

Hamburg, den 8. Dezbr. 1897.

P. P.

Nachstehend geben wir Ihnen die Namen von 23 Schauerleuten bekannt, welche in den Betrieben der Herren C. Ziehm, Eugen Keller, C. Mieden und E. Pehly plötzlich am Tage die Arbeit niedergelegt haben unter der Begründung, mit „Streikbrechern“ nicht mehr länger zusammen beschäftigt sein zu wollen.

Um den betreffenden die Folgen ihres Vorgehens, welches uns viele Unannehmlichkeiten bereitet, recht fühlbar vor Augen zu führen, und um weiteren derartigen Fällen vorzubeugen, ersuchen wir Sie hiermit höflich, die in Rede stehenden Leute in Ihrem Betriebe nicht einzustellen, sofern sie bei Ihnen um Beschäftigung nachfragen sollten.

Hochachtungsvoll

Der Verein der Steuer von Hamburg-Altona von 1886.

(Folgen die Namen von 23 Schauerleuten.)

Damit wären die schwarzen Listen auch bei den Steuerern zu Ehren gekommen und die großkapitalistischen Märrer von den kleinen Steuergrößen nachgeahmt. Es wird ihnen nur nichts nützen, da die Arbeiter durch solche Einschüchterungsversuche auch nicht gefügig werden.

Die **städtischen Arbeiter der Gasanstalt in Cannstatt** haben auf ihr Gesuch anstandslos eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag erhalten und die 24 stündige Wechsellöhne ist in eine 18 stündige umgewandelt.

Unternehmer-Verbände.

Der **Verband deutscher Industriellen** beschloß unter Vorhild des Herr Körting, Hannover, der Gesamtverband möge davon hinwirken, daß die einzelnen Verbände der Metallindustrie Arbeitsnachweisstellen errichten und in Berlin eine Zentralstelle geschaffen werde, welche die Zwecke des Unternehmens durch Sammlungen statistischer Materials und Auskunftsvertheilung fördern sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Institut, das die schwarzen Listen wirkungsvoll handhaben soll und bei Streiks nach dem betreffenden Ort Arbeitskräfte senden wird. Für die Arbeiter wieder ein Ansporn, in der Organisation ihre Kräfte zu sammeln.

Der **Verein deutscher Düngersabrikanten** hat an den Bundesrath eine Petition gerichtet, in der verlangt wird, daß die von inländischen Düngersabrikanten zur Herstellung von Säcken verwendete Packseilwand aus Jute oder Manihafas sowie die diesen gleichstehenden Spinnstoffen (Flachs ausgenommen) unter Kontrolle der Verwendung zollfrei eingeführt werden.

Soziales.

Befragungen auf Grund der sozialen Gesetze. In den sogenannten sozialen Gesetzen, wie dem Arbeiterschutzgesetz und den Arbeiterversicherungs-Gesetzen, sind bekanntlich auch Strafen für Übertretungen der betreffenden Gesetze ausgesetzt, welche Strafandrohungen sich wesentlich gegen die Unternehmer richten. Das kaiserliche statistische Amt veröffentlicht nun kriminalstatistische Zahlen, woraus zu ersehen ist, wie sich die Verurtheilungen gegen jene Gesetze im Deutschen Reich gestaltet haben, oder richtiger: wie viel Befragungen wegen solcher Verurtheilungen in den letzten Jahren

erfolgt sind, — denn der Verurtheilungen sind natürlich auf diesem Gebiet weit mehr, als die erfolgenden Anzeigen und schließlichen Verurtheilungen.

Zeider muß nun konstatiert werden, daß auf der ganzen Linie eine Tendenz zur fortwährenden Steigerung jener Straftaten vorhanden zu sein scheint. So wurden auf Grund des § 146 Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung, der die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften betreffend die Böhnung der Arbeiter mit Strafe bedroht, verurtheilt 1891: 86, 1892: 58, 1893: 103, 1894: 113, 1895: 122 und 1896: 56. Sehr bedeutend ist die Steigerung der Vergehen gegen § 146 Ziffer 2, worin die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern mit Strafe bedroht werden. Es wurden danach verurtheilt 1891: 355 Personen, 1892: 845, 1893: 741, 1894: 891, 1895: 887 und 1896: 985. Die durch § 146 Ziffer 8 mit Strafe bedrohte Eintragung eines Wettkamfs in das Arbeitsbuch führte zu Verurtheilungen in den genannten sechs Jahren 14, 13, 15, 10, 14 und 6 mal. Auffallend groß waren sowohl die absoluten Zahlen, wie auch die Steigerung der Verurtheilungen gegen die Sonntagsgesetze. Bestimmungen für die Industrie und das Handelsgewerbe, welche Verurtheilungen durch § 146 a der Gewerbe-Ordnung mit Strafe bedroht werden. Wegen dieser Delikte erfolgten Verurtheilungen 1892: 1590, 1893: 4964, 1894: 5696, 1895: 6723 und 1896: 8179. Außerordentlich zahlreich waren auch die Verurtheilungen auf Grund des § 147 der Gewerbe-Ordnung, durch den Zuwiderhandlungen gegen die Konzeptionspflicht, sowie gegen behördliche Anordnungen betreffend die Sicherheitsvorrichtungen bei gewerblichen Anlagen bedroht werden. Es wurden verurtheilt 1891: 5296, 1892: 5550, 1893: 5964, 1894: 7336, 1895: 8399 und 1896: 9282 Personen. Auch die bedeutende Steigerung dieser Zuwiderhandlungen, bei denen es sich, soweit die Sicherheitsvorrichtungen in Frage kommen, meist um Kopf und Kragen der Arbeiter handelt, ist sehr beachtend.

Was die Verurtheilungen auf Grund der Arbeiterverpflichtungsgesetze anbelangt, so bedrohen die §§ 82 und 82a des Krankenversicherungsgesetzes Vergehen der Arbeitgeber, wie vorsätzliche Juvianrechnung von Versicherungsbeiträgen des Arbeiters bei der Lohnzahlung, geschweidriges Unterlassen der Lohnabzüge und der Abführung an die berechtigten Kassen, Ausschließung des Arbeiters durch Vertrag zc. Wegen solcher Vergehen wurden verurtheilt 1891: 31, 1892: 29, 1893: 35, 1894: 148, 1895: 94, 1896: 90 Personen. Wegen Hinterziehung abgesetzener Krankenkassenbeiträge wurden auf Grund des § 82b des Krankenversicherungsgesetzes bestraft 1893: 14, 1894: 179, 1895: 231 und 1896: 188 Personen. Vergehen gegen die §§ 147 bis 151 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, die mit Strafe bedrohen die Ausschließung des Arbeiters durch Vertrag, wissenschaftliche Juvianrechnung an Markenbetrag durch den Unternehmer, widerrechtliche Vorenthaltung der Anstellungskarte, wissenschaftliche Verwendung solcher Marken, endlich unzulässige Eintragungen und Vermerke in den Anstellungsarten, führten zu Verurtheilungen: 1891: 91, 1892: 246, 1893: 297, 1894: 311, 1895: 278 und 1896: 269 Personen. Der § 154 desselben Gesetzes bedroht die Fälschung von Versicherungsmarken und das Festhalten bereits verwendeter Marken. Diese Delikte, an denen der Natur der Sache nach auch Arbeiter theilhaftig sein können, hatten Verurtheilungen im Gefolge 1891: 1, 1892: 19, 1893: 50, 1894: 59, 1895: 91 und 1896: 82.

Zum **Schluß** seien noch die Zahlen der im Deutschen Reich erfolgten Verurtheilungen auf Grund des § 158 der Gewerbe-Ordnung wiedergegeben. Nach diesem Paragraphen werden Arbeiter bestraft, die durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, Erverletzung oder durch Verurtheilung andere zur Theilnahme an Streiks und dergleichen zu bestimmen suchen. Verurtheilungen deswegen erfolgten 1891: 117, 1892: 74, 1893: 88, 1894: 47, 1895: 98 und 1896: 252. Das Fallen der Ziffern in den ersten Jahren und das Steigen derselben 1895 und 1896 hängt zweifellos mit der wirtschaftlichen Konjunktur zusammen. Die ungünstige Wirtschaftslage der ersten Jahre dieses Jahrzehnts bot den Arbeitern wenig Gelegenheit zu Streiks. Mit den in Folge der wirtschaftlichen Besserung in den Jahren 1895 und 1896 zahlreicher erfolgenden Streiks wuchs dann natürlich auch die Gelegenheit, gegen den § 158 zu verstoßen.

Wie **notwendig zur Ausführung von Arbeiterschutz-Gesetzen die Mitwirkung der Arbeiter selbst** ist, dafür wurde jüngst in der Schweiz wieder ein Beweis geliefert. In den Jahren 1880 und 1881 gestaltete der Bundesrath einigen Seiden-spinnerereien im Kanton Tessin als Uebergangsstadium zur neuen, durch das Fabrikgesetz geschaffenen Ordnung die Beschäftigung von Kindern vom 12. Altersjahre an, während das Gesetz das 14. Altersjahr vorschreibt. Diese provisorisch gestattete Ausnahme war in Vergessenheit gerathen. Erst die seit einem Jahre im Kanton Tessin erstandenen Arbeiterorganisationen machten die Behörden dadurch aufmerksam, daß entgegen den Vorschriften des Fabrikgesetzes die Kinder vom 12. Altersjahre an beschäftigt wurden und daß es auch sonst in diesem Kanton schlecht mit der Ausführung des Gesetzes steht. Der Bundesrath berückte sich, die 17 Jahre währende Ausnahmestellung aufzuheben und die Tessiner Kantonsregierung traf die entsprechenden Verfügungen.

Arbeiter-Risiko. In den Bergwerken von Epinae in Frankreich ereignete sich ein schreckliches Unglück. Beim Einfahren in den Schacht kippte der Förderkasten, worin sich 5 Bergleute befanden, aus bisher noch unangefahreter Ursache um. 3 Bergleute stürzten 200 Meter tief hinunter und waren auf der Stelle todt. Die beiden anderen hatten Glücksgewandtheit genug, sich an die Rettungsleiter anzuklammern, und entgingen so dem Tode.

Deutschen und letzte Nachrichten.

Karlsruhe, 13. Dezember. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte Abgeordneter Dug namens der Budgetkommission an die großherzogliche Regierung die Anfrage, ob die Gerichte, welche eine Gefährdung der Selbstständigkeit Badens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in sich schließen, begründet sind. Minister v. Brauer erwiderte, daß mit Preußen wegen Ueberrahme der Main-Neckarbahn Verhandlungen stattgefunden hätten. Ebensovien hätten Verhandlungen stattgefunden betreffend die badijschen Bahnen. Die großherzogliche Regierung habe nicht die Absicht, die Selbstständigkeit der großherzoglichen Staatsbahnen in irgendwelcher Form aufzugeben.

Budapest, 13. Dezember. (W. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus beriet heute die Vorlage betreffend Regelung des Verhältnisses der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeitgeber. Graf Alexander Karolyi sprach sich für die Vorlage aus und empfahl die Einführung von Schiedsgerichten und Ersetzung der Wirksamkeit der Arbeitsgenossenschaften gegen die Auswanderung der Kleingrundbesitzer. Stefan Kokovszky brachte einen Vorschlagsantrag ein, die Regierung möge einen dringlichen Gesühentwurf betreffend die obligatorische Arbeiterversicherung vorlegen. Baron Daranyi begrüßte die Vorlage, welche geeignet sei, dem Umsichgreifen von Schmittestreifen Einhalt zu thun. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Brag, 13. Dez. (W. Z. B.) Am 9. Dezember wurde während der Abendvorstellung im kgl. deutschen Landestheater gegen Schluß des dritten Aktes von Sicherheitsorganen an der Kulisse gegenüberliegenden Ausgongstür eine aus einer Blechbüchse bestehende Bombe gefunden. Dieselbe war an der Mündung der Thür befestigt; am Boden befand sich eine schmale ca. 1 cm lange Blechhülse, durch welche die Leuchte geführt war. Letztere brannte zur Zeit der Auffindung und wurde von den Sicherheitsorganen ausgelöscht. Nach Auslage von Sachverständigen war die Bombe geeignet, im Falle der Explosion bedeutenden Schaden herbeizuführen. Das zahlreich im Theater anwesende Publikum hatte von dem Vorfalle keine Kenntnis. Selbstverständlich wurden sofort die strengsten Vorsichtsmaßnahmen bei beiden deutschen Theatern eingeführt, so daß einer Wiederholung ähnlicher Vorfälle vorgebeugt zu sein scheint.

Reichstag.

9. Sitzung vom Montag, den 13. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Hohenlohe, Graf Sadowitz, v. Gopler, Zirbig, v. Zitelmann, v. Bülow.

Die erste Beratung des Stats wird fortgesetzt. Staatssekretär des Innern Graf Sadowitz: Der Abgeordnete Bebel hat sich so von seinem Gegenstande fortzuziehen lassen, daß es nicht leicht sein wird, auf alle seine Angriffe zu erwidern. Auf die Hauptpunkte kann ich ihm aber die Antwort nicht schuldig bleiben. Er hat es so dargestellt, als wenn alle unsere Ausgaben für die Landesverteidigung nur den besitzenden Klassen zu gute kämen und hat auf die indirekten Steuern hingewiesen, die hauptsächlich von den Arbeitern aufgebracht werden. In einer Beziehung muß ich ihm beipflichten. Man muß mit der stärkeren Belastung der notwendigen Verbrauchsgüter vorsichtig sein. Aber die Arbeiter haben unter der bisherigen Politik doch nicht gelitten. Die Preise der notwendigen Verbrauchsgüter sind ausnahmslos gesunken, die Löhne aber sind gestiegen. Ist denn die Armut nur zum Schutze der Reichen da? Hat denn der Arbeiter bei uns kein Vaterland? Auch der Arbeiter ist nach Sprache, Geburt und Heimath ein Deutscher. Wenn man sich die Sache aber so vorstellt, daß die Arbeiterklasse ganz außerhalb des jetzigen Staats steht, dann müßten die Arbeiter konsequenter Weise von der allgemeinen Wehrpflicht befreit werden, wie sie schon jetzt von den direkten Steuern befreit sind. Dann aber wäre auch die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Führen wir einen englischen Krieg, so wird Handel und Wandel gestört, die Industrie liegt brach. Wie sollen dann die Arbeiter leben? Die besitzende Klasse kann zusehen, nicht aber der Arbeiter, der von der Hand in den Mund lebt. Bebel hat dann weiter eine Exkursion auf das landwirtschaftliche Gebiet unternommen. Er hat uns in Aussicht gestellt, daß die Sozialdemokratie in den Einzelanlagen für Kanäle, Eisenbahnbauten, Landesmeliorationen zu stimmen bereit wäre. Ich bedaure nur, daß Herr Bebel hier im Reichstage nicht beim Wort genommen werden kann. Ich frage aber, was nützen Eisenbahnen, Kanäle und Meliorationen, wenn die Landwirtschaft ein Gewerbe geworden ist, das nicht mehr gewinnbringend ist. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat ferner auf die Möglichkeit einer Krisis hingewiesen und er hat davor gewarnt, auf die fehlenden Einnahmen künftige Ausgaben zu begründen. Ich will ihm nur wirtschaftspolitisch antworten. Allerdings ist es möglich, daß wir einen rapiden Rückgang, eine Handelskrise erleben. Ihre Wirkung aber wäre, daß hunderttausende von Arbeitern aus Pflaster geworfen werden. Wie außerordentlich gefährlich ist es da, zu sehr den Zuzug der Arbeiter vom platten Lande zu den Städten zu begünstigen. Schon jetzt sind im Osten die Landwirthe gezwungen, um nicht die heimische Scholle brach liegen zu lassen, große Massen von Ausländern heranzuziehen. Natürlich ist keine Noth davon, die Freizügigkeit anzuhängen und die Arbeiter in ihrer Möglichkeit, Erwerb zu finden, zu beschränken. Aber wenn der Landwirtschaft gerathen wird, den Abzug der Landarbeiter dadurch zu verhindern, daß sie ihre Lebenshaltung erhöhen, so ist das ein sehr guter Rath, aber um das zu können, muß die Landwirtschaft doch in einem gesunden und blühenden Zustande sein. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Richter hat mir bei anderer Gelegenheit vorgeworfen, ich sei ein Hochschulhüter und der wirtschaftliche Ausschuss theile diese Ansicht. Auch der Abg. Richter ist in gewissen Sinne Schulhüter, denn ich glaube nicht, daß er den Muth haben würde, den Freihandel bei uns glatt durchzuführen, jezt, wo sich die anderen Staaten mit Schutzmauern umgeben haben. Dafür kann die Regierung doch nicht Vorwärtse erwarten, daß sie sich frühzeitig auf die Handelsverträge vorbereitet. Handelsverträge sind ein zweiseitiges Geschäft, und wir wollen dafür sorgen, daß wir die beste Bilanz für uns haben und daß eine Mittellinie gefunden wird, die allen Erwerbszweigen das Leben garantiert, und verhindert, daß gewisse Erwerbszweige geschädigt werden zu Gunsten dritter Personen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Herr Bebel hat ferner auf die technischen Fortschritte im Schiffbau hingewiesen. Wenn es so wäre, wie er sagt, müßten wir überhaupt auf jede Flotte verzichten. Aber die neuen Schiffe werden ebenso gebaut werden, wie es dem jetzigen Stande der Technik bei ihrer Bauzeit entspricht. Bebel hat anerkannt, daß Deutschland bis zu einem gewissen Grade einer Flotte bedarf. Warum hat er und seine Freunde dann nicht den Ausbau der Flotte mitgearbeitet, als es sich darum handelte, sie auf den gegenwärtigen Zustand zu bringen? (Sehr richtig! rechts.) Jezt ist es leicht, sich auf den laudator temporis acti (Lobredner der guten alten Zeit) aufzuspielen. Bebel hat es so dargestellt, als wenn Deutschland von England, Rußland und dem Panamerikanismus vollkommen eingeschloffen wäre. Wenn er damit Recht hätte, was zerbrechen wir uns da den Kopf wegen neuer Handelsverträge. Ich gebe aber eine andere Konsequenz aus dieser möglichen Entwicklung der Weltmächte. Wir müssen gerade deshalb schon jezt neue Handelsgebiete aufsuchen und dem Handel erhöhten Schutz gewähren. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Bebel hat weiter schwere Beschuldigungen gegen Regierungen der Einzelstaaten erhoben und gedroht, den Reichstag zu einer Art Revisioninstanz für die Maßnahmen der Einzelstaaten zu machen. Ich hoffe, daß ihm die Majorität hierin nicht folgen wird. Es wäre doch sehr bedenklich, die Kompetenzen in dieser Art zu verwischen. (Abg. Singer: Bismarck wollte das Umgekehrte.) Bebel hat es so dargestellt, daß eigentlich in Preußen für die Schule nichts geschehe und der engverzigte Fiskalismus herrsche. Im Jahre 1871 betrug der preussische Kultusetat 4 1/2 Millionen; im Jahre 1878 51 Millionen, im Jahre 1897 aber 125 Millionen und für das Jahr 1898/99 wird er 138 Millionen betragen. (Hört! hört! rechts und in der Mitte.) Für das gewerbliche Unterrichtswesen leistete Preußen an die Kommunen 1890 1,8 Mill., 1897/98 aber 8 Mill. (Hört! hört!) Bebel sagte, für die Ueberweisung von Mitteln würde nichts getan. Es sind aber aus Privatmitteln 2 Mill., aus Staats- und Provinzialmitteln aber weitere 2 Mill. aufgebracht worden. Von betheiligter Stelle ist diese Summe als ausreichend zur Linderung der ersten Noth bezeichnet worden. Zu weit mit Unterstellungen zu gehen, ist sehr gefährlich. Man reizt damit vollkommen unberechtigte Begehrllichkeit. Die dauernden Schäden der Ueberschwemmung sind jezt abgeschätzt und dem Landtage wird eine Vorlage gehen, die die Bewilligung der Mittel zum Ausgleich der Schäden der Ueberschwemmung verlangt.

Das Leitmotiv der Bebel'schen Rede war der Satz: Die Arbeiter finden bei uns keine genügende Berücksichtigung. Und das sagt Bebel in der Volksvertretung eines Reiches, das für die soziale Gesetzgebung in einer Weise gesorgt hat, wie noch kein Staat der Welt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Keinem Staate der Welt ist es gelungen, uns das nachzumachen, was wir für die Arbeiter gethan haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Hört! Hört! rechts.) Seit Bebel den sozialpolitischen Gesetzgebung haben die Arbeitgeber fast eine Milliarde hierfür aufgebracht. Täglich wird für diese Zwecke rund eine Million zum Besten der Arbeiter ausgegeben. (Hört! hört!) Deutschland ist seit 25 Jahren ein reiches Land, um so mehr haben die reichen Klassen die Pflicht, von ihrem Ueberflusse für die arbeitenden Klassen abzugeben. Die besitzenden Klassen beschweren sich auch nicht über die materiellen Opfer, (Widerspruch d. d. Sol.) sondern über die drückenden persönlichen Arbeitsleistungen in den öffentlich-rechtlichen Funktionen, die sie zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung

übernehmen müssen. Für die Arbeiter ist auch insofern gesorgt, als die Einzelstaaten die arbeitenden Klassen von den direkten Steuern befreit haben. Bebel behauptete, die Kommission für Arbeiterstatistik würde nur immer kurz vor Zusammentritt des Reichstages zusammenberufen und triefte ein Scheinleben. Sie hat aber im Jahre 1894 dreimal getagt, und zwar 8, 4 und 11 Tage, 1895 wegen der schweren Erkrankung ihres Vorsitzenden zweimal, 1896 viermal und 1897 dreimal, und zwar im ganzen 8 Tage. An die beendete Erhebung über die Mäler werden sich Erhebungen über die Lage der Angestellten in der Gastwirtschaft und in der Binnenschiffahrt anschließen. Ich selber habe bei den verbündeten Regierungen eine Enquete über die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder angeregt, und auch damit wird die Kommission beauftragt werden. Natürlich folgen auf solche Enqueten nicht sofort Gesetze. Erst muß die Ueberzeugung vorhanden sein, daß wirklich dringende Mängel bestehen, bevor eingegriffen wird. Sozialpolitische Maßregeln auf diesem Gebiete haben ihre Grenze. Wir können nicht alle Erwerbszweige polizeilich regeln. Eine „Juvilerregierei“ auf diesem Gebiete fällt schließlich dem deutschen Volke auf die Nerven. (Sehr richtig!) Wird der Bogen überspannt, so sprielen schließlich Arbeiter und Unternehmer unter einer Decke, um die Gesetze zu umgehen. Zunächst muß für strenge Durchführung der bestehenden Gesetze gesorgt werden. Ich habe daher auch den Wunsch, daß die Einzelstaaten in größerem Umfange als bisher Gewerbe-Inspektoren einstellen. Ein zu schneller Gang der Gesetzgebung, dem die Bevölkerung nicht folgen kann, ist verhängnisvoll. Dies Uebermaß von Gesetzen bewirkt auch, daß innerhalb und außerhalb dieses hohen Hauses das lebhafteste Interesse an den Parlamentsverhandlungen nachläßt.

Der Abgeordnete Bebel hat ferner über die Folgen der Konfektions-Verordnung gesprochen; sie hätte die bisherigen Fabrikarbeiter in die Hausindustrie hineingetrieben. Wenn das wahr ist, was folgt daraus? Vom Standpunkt des Abg. Bebel müßte man doch sagen, daß man sehr vorsichtig mit solchen Verordnungen sein muß. Ich glaube freilich nicht, daß er recht hat, sondern, daß die Verordnung sehr günstig gewirkt hat. Soweit kann doch die Gesetzgebung nicht gehen, daß wir kontrollieren sollen, was in den einzelnen Familien vorgeht; dann hätten wir wirklich den Geselbststaat fertig. Bebel's Bemerkung, daß die Bäcker und Fleischer nach der Statistik in ihrer Zahl nicht zurückgegangen sind, ist deshalb nicht begründet, weil die Verordnung noch nicht ergangen war, als die Statistik aufgenommen wurde und ein Erfolg aus ihr noch gar nicht hervorgehen konnte. Fleischer und Bäcker arbeiten für den lokalen Bedarf und deshalb hat die Konzentration zum Großgewerbe hier ihre natürlichen Grenzen. — Wir sollten uns überhaupt im Reichstage beschränken, nicht fortwährend neue sozialpolitische Gesetze geben, sondern die vorhandenen weiter ausbauen und in ihrem Wirkungsbereich ausdehnen. Das ist eine riesige Arbeit. Das Alters- und Invaliditätsgesetz zum Beispiel hat den Fehler, daß es ihm an einem selbständigen lokalen Unterbau mangelt und die ganze Ausführung dem Staat übertragen ist. Hier könnte man lokale Institutionen einrichten, die mit den lokalen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in fortwährender Verbindung ständen und dadurch manche Schwierigkeiten und Härten des Gesetzes beseitigen könnten. Aber dazu ist eine Organisation nöthig, die außerordentliche Mittel erfordert.

Der Abg. Bebel ist dann auf das bestehende Koalitionsverbot zu sprechen gekommen. Ich glaube, wenn in irgend einem Lande es weniger nöthig ist, eine solche Arbeiterkoalition zuzulassen, so ist es das in Deutschland; in dem Lande, in dem das allgemeine Wahlrecht besteht, werden schon durch die Schwere der Thatsachen, weil die Arbeiter die große Masse der Wähler bilden, die Interessen der Arbeiter immer eine lebhafte und wirksame Unterstüzung finden. Eine Vertretung der Interessen der Arbeiter in Koalitionen ist deshalb nicht so notwendig wie in anderen Staaten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Donnerwetter!) Von dieser Ueberzeugung abzugehen, werden wir uns schwer verstehen können, so lange die Sozialdemokratie von solchen politischen und wirtschaftspolitischen Phantasten geleitet wird wie gegenwärtig. Ein Theil von ihnen ist bereits davon zurückgekommen. (Sehr richtig!) Bebel selber hat doch auf dem Hamburger Parteitag gesagt: Vom Profit taucht der Schornstein (Große Heiterkeit links), und hat darauf hingewiesen, daß mit Ausnahme des Hamburger Unternehmens alle Partei-Unternehmungen gescheitert sind. Das kann ja auch nicht anders sein. Das Lebensprinzip alles Fortschritts ist der menschliche Egoismus, sich selber eine bessere Situation zu schaffen als die anderen Menschen sie haben. Wenn Sie diesen Lebensprinzip nehmen, dann hoch aller menschliche Fortschritt. — Wenn wir den Arbeiterkoalitionen feindselig gegenüber stehen, so denken wir auch an die Entwicklung in England. Wohin die Streiker kommen, das sehen Sie auch daran, daß sie verlangt haben, es sollten keine neuen Arbeiter sparende Maschinen angeschafft werden. Das wir solche Arbeiterkoalitionen, die zum großen Theil nichts sein würden als Streikervereine, bei uns nicht zu haben wünschen, können Sie uns nicht übel nehmen. (Hört, hört! links.)

Ich komme nunmehr zum Fall Hülke, dessen Schriften ich empfohlen habe. Daß ich diese in den ersten 14 Tagen nach der Uebernahme des neuen Ressorts habe lesen können, wird kein Mensch geglaubt haben. Ich habe ja auch nicht ihre Anschaffung angeordnet, sondern nur empfohlen. Man kann überhaupt in einer solchen Schrift nicht die Verantwortung für jeden Passus übernehmen. Man hält sich vielmehr an die Tendenzen. Auf grund einiger Zitate habe ich wohl Stellen gefunden, die nicht richtig sind, aber die Schriften stehen in ihrer Gesamtheit auf sittlichen, christlichen und monarchischen Boden. Den Vorsehern der Institute ist es vollkommen überlassen, eine taktvolle Auswahl vorzunehmen. Die Angriffe gegen mich verwechseln die Masse der Arbeiter mit der Sozialdemokratie. Gott sei Dank giebt es noch eine große Anzahl Arbeiter, die treue Anhänger der Monarchie sind und die Acht haben, im Schatten der Kirche zu stehen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts.) Nach dem Angebot von Angriffen gegen Hülke muß ich doch annehmen, daß er ein bedeutender Mann und gefährlicher Gegner der Sozialdemokratie ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Bebel hat ferner gesagt, die keine Landwirtschaft soll durch das Schweine-Einfuhrverbot geschädigt sein. Das bestreite ich auf das allerentschiedenste. Das Schwein ist das Hauptthier des kleinen Mannes, ein Verbot der Einfuhr kommt als in erster Linie ihm zu gute. Wir werden nicht daran denken, es aufzuheben, so lange die Gefahr besteht, daß Krankheiten eingeführt werden. (Zuruf! rechts.) Ein Ausspruch Bebel's hat mich sehr überrascht: wenn man die Zustände des Mittelalters wieder herbeiführen könnte, dann würde die Sozialdemokratie verschwinden. Ich hätte nicht geglaubt, daß Bebel die Zünfte, Bauernrechte, Pöbelrecht u. s. w. als Ideal aufstellen kann! (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gerade durch die Arbeitstheilung, daß erst durch hundert einzelne Manipulationen das fertige Fabrikat entsteht, ist eine so billige Produktion möglich. Bebel müßte eigentlich zu der Forderung der englischen Streiker kommen, daß arbeitssparende Maschinen nicht mehr eingeführt werden. (Heiterkeit links.)

Ich kann den Herren Sozialdemokraten versichern: wir werden uns in Anerkennung der sittlichen Aufgaben des Staates bemühen, das Wohl der Arbeiterklasse weiter zu fördern, soweit es sich um berechnete Forderungen für die sittliche und körperliche Gesundheit

der Arbeiter handelt. Aber weder durch die Agitation der Sozialdemokraten, noch durch die Lehren einer mißbräuchlichen Ausdehnung des Staatsbegriffes werden wir uns bewegen lassen, alle Erwerbszweige polizeilich zu reglementiren und schließlich einen Polizeistaat herbeizuführen, in dem die Arbeiter sich nicht wohler fühlen als bisher, in dem aber die besitzenden Klassen sich zu bewußten Gegnern des Staates herausbilden. (Beifall rechts.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenlohe: Wenn ich auf die Ausführungen des Abg. Bebel eingehe, so geschieht dies lediglich aus Achtung vor diesem hohen Hause, die es mir verbietet, Angriffe auf meine Regierung ruhig hinzunehmen. Herr Bebel hat behauptet, daß die sächsische Regierung bei der Wasserkatastrophe nicht mit genügender Energie für die Geschädigten eingetreten sei. Demgegenüber bemerke ich, daß die Hochfluth Ende Juli und Anfang August gewesen ist, und daß meine Regierung noch im August eine Million zur Beflügelung gestellt hat, dann im September einen weiteren erheblichen Beitrag, und im Oktober wieder eine Million. Was die nachjährige Auskunft anlangt, so ist dieselbe keineswegs, wie Herr Bebel meint, in Frage gestellt; die erforderlichen Mittel sind vielmehr bereits bewilligt, ihrer Auszahlung steht jezt nichts mehr im Wege. Ich will hier Gelegenheit nehmen, der obergerichtlichen Unterstützung zu gedenken, die uns aus allen Theilen des Deutschen Reiches zu theil geworden ist, im speziellen das planmäßige Vorgehen der Stadt Berlin. (Zuruf des Abg. Singer: Auf Antrag der Sozialdemokraten Bewegung und Heiterkeit. Redner etwas verwirrt): Ja, das Grrr, das von der Sozialdemokratie kommt, nehmen wir gern an. Was das Vereinsgesetz betrifft, so hat die sächsische Regierung die einfache Aufhebung des Koalitionsverbotes beim Sonntag beantragt. Zu den in der Zweiten Kammer dazu eingebrachten Anträgen hat meine Regierung noch nicht Stellung genommen; sie wird sich bemühen, der Vorlage zur Annahme zu verhelfen. Sollte ihr das nicht gelingen, so wird sie es bedauern, aber nicht ändern können. Sie wird sich aber durch keine Reden und Broschüren des Abg. Bebel davon abhalten lassen, den Staatsgesetzen auch gegenüber den Sozialdemokraten Achtung zu verschaffen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Tzschankowitsch-Pomlan (Pole) [bei der fortgesetzten Unruhe im Hause (Schwer verständlich) wendet sich gegen die Praktiken der Anstaltungs-Kommission, die gegen die preussische Verfassung, gegen das gleiche Recht für alle verstoßen. Besonders willkürlich sei die Handhabung des Heinegesetzes, die polnischen Bauern die Erwerbung von Grundstücken unmöglich mache. (Der Präsident bittet Redner, nicht zu sehr auf preussische Angelegenheiten einzugehen.) Er rügt die Verdrängung der polnischen Ortsnamen und die Parteilichkeit der Landesjustizverwaltung; so z. B. brachte die „Sänger Zeitung“ die Nachricht, daß ein Pole einen politischen Mord begangen hätte; obgleich die Untersuchung die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergab, wurde der betreffende Redakteur doch freigesprochen und der Begründung, daß er ein Interesse daran haben müsse, all' das zur Sprache zu bringen, was auf die Verdrängung des Polenthums zum Deutschthum Streiflichter werfen könne. Endlich geht Redner auf die polenfeindliche Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes ein und bringt verschiedene Spezialbeschwerden vor. In der Behandlung der polnischen Bevölkerung besteht der Grundfalsch: Germanisation geht vor Recht! Das wird in der Behandlung der Beamten, die einmal polnisch gesprochen haben, gereicht, das verländen die Zeitungen täglich, so daß allmählich der Bevölkerung die Ueberzeugung suggerirt wird, die Polen ständen außerhalb der Gesetze. Ein Beispiel dafür: In Ostrowo werden zwei Gymnasien, die auf der Straße polnisch miteinander sprechen, von einem Manne mit einem Stocke geprügelt mit dem Ausruf: „Euch Polen kann man hauen, Ihr seid keine Preußen nicht, Euch gegenüber gelten keine Gesetze!“ Das kennzeichnet die Stimmung der Bevölkerung gegenüber den Polen, daß man sich da alles erlauben dürfte. Es existirt eine amtliche polnische Korrespondenz, die im geheimen Verlage erscheint. Da werden alle polnischen Preßstimmen überseht für die Behörden. Ich habe diese gesehen und die Ueberzeugung gewonnen, daß da stets das gefunden wird, was an untreuen Zeitungsprodukten irgendwo vorkommt, und dann zusammengestellt wird, um Stimmung zu machen. Ein merkwürdiger Terrorismus gegenüber der polnischen Bevölkerung soll großgezogen werden. Dieser kann einmal sehr gefährlich werden. Ich richte daher an alle Mitglieder dieses Hauses, denen der Grundfalsch: Summa cuiusvis! (Leben das Seine!) nicht eine bloße Phrase ist, die Bitte, uns in unserem Kampfe um Gleichberechtigung beizustehen. Ich habe Vertrauen auf die Macht der öffentlichen Meinung. Trotz der Verletzung unserer Rechte, trotz des Druckes, der auf uns lastet, werden wir auf dem Boden des Rechts verbleiben und nicht um Haarebreite davon abweichen. Aber gerade deswegen verlangen wir auch, daß uns volles Recht und Gerechtigkeit zu theil werde! (Beifall bei den Polen.)

Preussischer Handelsminister Bresselt: Auch ich muß auf die vorgestrichene Rede des Abg. Bebel zurückkommen. Er hat der preussischen Staatsregierung Vorwürfe gegen Reichsgesetze vorgeworfen, als er von dem Boykott der streikenden Bergarbeiter durch die Verwaltung des Saarreviers sprach. Der Ausstand hat im September 1895 stattgefunden. Es ging dabei nicht ohne große Unruhe ab, es wurden Revolververfäße abgegeben, es kam sogar ein Pulverattentat vor. Die Niederlegung der Arbeit war ohne Kündigung erfolgt, es handelte sich also um Kontraktbruch. Die Arbeiter hatten sogar unterlassen, vorher der Behörde von ihren Forderungen Mittheilung zu machen. Erst nachher haben sie sich untereinander über ihre Forderungen verständigt. Der Ausstand war also ein im höchsten Grade frivol. (Sehr richtig! rechts.) Der größte Theil der Arbeiter wurde trotzdem wieder in Arbeit genommen, nur ein kleiner Theil wurde ausgeschieden: diejenigen, die sich besonders agitatorisch bemerkbar gemacht hatten und bei der Leitung des Streiks theilhaftig waren. Diese wurden auch noch nicht ein für allemal ausgeschieden, sondern es wurde noch eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß noch ein großer Theil dieser vorläufig ausgeschiedenen wieder eingestellt wurde und nur einige hundert (Auf links: nur einige hundert ist gut!) blieben dauernd ausgeschlossen: Die Anstifter und Heher. (Sehr richtig! rechts.) Die Besordnung ist nicht von mir, sondern von meinem Amtsvorgänger ergangen, den Herr Bebel als klassischen Zeugen für die Auslegung des den Arbeitern gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes anrufen hat. Mein Amtsvorgänger mußte wohl in diesem Falle anderer Meinung sein als es Herr Bebel ist und ich billige seine Anordnung vollkommen und werde sie aufrecht erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Der Ausstand war, wie gesagt, unter Kontraktbruch erfolgt und ohne daß den Behörden die Forderungen der Arbeiter mitgetheilt worden wären. Wenn wir nun diejenigen, die ihre Arbeitsgenossen ausgeheht und verführt haben, wieder eingestellt hätten, so würden wir ja das Gleiche noch einmal riskiren. Die Leute hätten noch einmal zu einem solch frivolten Streik geholt. (Sehr richtig! rechts.) Bedenken Sie doch die Folgen eines allgemeinen Ausstandes der Grubenarbeiter. Da hört der Eisenbahnverkehr auf, die Industrie steht still, es ist vorbei mit der Beleuchtung der Städte, der Heizung der Wohnungen und Krankenhäuser. Die 400 Agitatoren sind nicht eingestellt worden und bleiben ausgeschlossen. Sie sind zweifellos in der erwerbsfähigen Arbeiter, denn sie haben ihre Minderwertigkeit durch das Ausstellen des Streiks dokumentirt. Sie mußten sich um andere Arbeit umsehen und sind wohl auch in Privatbetrieben bei den dortigen Privat-Eisenbahnen und in der Industrie untergekommen.

Der Abg. Bebel sprach dann noch von den hohen Unfallsiffern im preussischen Bergbau und warf der Bergbauverwaltung Unzu-

länglichkeit vor. Auch dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt. Wenn man von Unfällen im Bergbau hört, stellt man sich als Ursache stets die Schlagweite vor. Die Schlagweite-Unfälle bilden aber nur den kleinsten Teil der Unfälle. Die meisten Unfälle geschehen dadurch, daß sich Kohlenstücke ablösen und den Arbeitern auf den Kopf fallen. Sehr häufig ist dabei die Unvorsichtigkeit der Arbeiter selbst schuld. Natürlich werden diese Unfälle um so gefährlicher, je höher die Kohlenflöße sind, je höher also die Kohlenstücke herunterfallen. Gegenüber den belgischen Unfallsiffern sind unsere Unfallsiffern sehr niedrige, obwohl die belgischen Flöße niedriger sind. Zur hohen Zahl der Unfälle trägt auch der Umstand bei, daß bei uns die Zahl der Bergleute sehr stark zugenommen hat, also verhältnismäßig junge und noch unerfahrene Leute beschäftigt sind. Die Verwaltung aber ist eifrig bemüht, alles zu thun, was zur Abhilfe geeignet ist, sie ist nach dieser Richtung auch erfolgreich tätig. Ich habe diese Mitteilungen gemacht, um der Beunruhigung in Arbeiterkreisen, die die Rede Bebel's hervorgerufen könnte, vorzubeugen. Die preussische Bergverwaltung ist der Aufgabe, die sie zu erfüllen hat, gewachsen und verdient im vollsten Maße das hohe Ansehen, welches sie im Inn- und Ausland genießt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Ob die letzten Ausführungen des Ministers berechtigt waren, kann ich so ohne weiteres nicht beurteilen. Dagegen halte ich einige Beschwerden des polnischen Redners für gerechtfertigt. Auch wir müssen uns über die Mahregelung des Oberlehrers beklagen, die deshalb erfolgt ist, weil er sich der Stimme bei der Landtagswahl enthalten hat und dadurch den Sieg des polnischen Kandidaten herbeigeführt hat. Wir sehen in dieser Mahregelung eine schwere Bedrohung der Wahlfreiheit aller Beamten. (Sehr richtig! links.) Doch scheint uns die Sache besser ins preussische Abgeordnetenhaus zu gehören. Was die Ausführungen des Grafen Posadowsky anlangt, so waren sie ja in der Hauptsache Erwiderungen auf Angriffe des Abg. Bebel, die dieser von seinem speziellen Parteistandpunkt erhoben hatte, aber sie geben auch mir zu einigen allgemeinen Bemerkungen Veranlassung. Es hat uns im hohen Grade befreut, daß seitens des Reichsrats des Innern die Empfehlung gewisser Schritte an die Berufsgenossenschaften erfolgt ist. Es ist mir nicht ganz klar geworden, ob der Herr Staatssekretär eine Art Neue über die erfolgliche Empfehlung empfunden hat oder sie rechtfertigen wollte. Als unbedenklich umstand führte er an, daß es ja nur Empfehlungen gewesen seien. Ja, schlimmer wäre es gewesen, hätten sie den Bezug bei Ordnungsstrafe angeordnet. (Weiterkeit.) Wir halten die Sache für einen integrierenden Teil der offiziellen Pressemaschinerie. Die Mittel der Berufsgenossenschaften werden für die offizielle Prekonomie verwendet, es wird sozusagen ein kleiner Reptilienfonds errichtet. Der Herr Staatssekretär warnte davor, allzu viele komplizierte Gesetze zu machen. Schade, daß ihm diese Erkenntnis nicht vor dem so sehr komplizierten Handels-Organisationsgesetz und dem Börsengesetz gekommen ist. (Sehr gut! links.) Die Einbringung des Adelschen Notengesetzes, wovon sozusagen eine communis opinio (allgemeine Uebereinstimmung) herrschte, hätte nicht geschadet. Durch Behinderung des Arbeiters in der Koalitionsfreiheit verweisen Sie den Arbeiter darauf, alle Regelung seiner Wünsche durch die Gesetzgebung zu erwarten und bringen ihn vom Wege der Selbsthilfe ab. Mit Selbsthilfe kann aber manches viel besser und schneller erreicht werden, als durch komplizierte Polizeigesetze, und zur Selbsthilfe gehört auch der Streik. Er mag oft unbedeutend sein, in vielen Fällen ist er berechtigt und notwendig. Eine Hindernis drängt den Arbeiter nur auf die Bahn, von der Staatshilfe alles zu erwarten.

Graf Posadowsky sprach von dem Bezug der Arbeiter vom Lande nach den Städten. Dieser Bezug wird vielfach übertrieben, von einer Entvölkerung des Landes ist gar keine Rede, es hat sich stattdessen nur herausgestellt, daß die Zunahme der Bevölkerung auf dem Lande nicht ganz so groß ist wie in den Städten. Die Landwirtschaft beschäftigt weniger Arbeiter, nicht wegen der zu niedrigen Getreidepreise. Denn es wird genau soviel Getreide wie früher gebaut, und die Frage der Höhe der Preise ist eine Frage der Menge, nicht des Lohnes. Nein, die landwirtschaftlichen Maschinen haben einen Teil der Arbeiter entbehrlich gemacht (Dunkel rechts: Sie verstehen ja von der Landwirtschaft nichts!) Wir verstehen soviel davon, daß wir ihnen sogar die ungünstigen Wirkungen des Zuckergesetzes für die Landwirtschaft voraus sagen konnten. (Große Weiterkeit.) Die Arbeiter gehen fort, weil es ihnen so schwer gemacht wird, eigenen Besitz zu erwerben. Können sie nicht in der heimischen Industrie unter, so gehen sie nach Amerika.

Was Bebel über die schlechten Schulverhältnisse gesagt hat, ist durchaus richtig. Es ist auch keine sozialdemokratische Entdeckung, daß jetzt alle Kulturaufgaben unter den Militärausgaben leiden. Bei den Ueberschüssen der Eisenbahnen legen die Unfälle die Frage nahe, ob sie nicht auf Kosten der Sicherheit erzielt wurden. Das Urteil über die Vorgänge in China muß ich uns vorbehalten. Wie ich höre, sollen uns nähere Aufklärungen leider auch nicht gegeben werden. Die Verhältnisse sind für uns ganz unüberschaubar, einmal sie sich von Woche zu Woche anders gestalten. Wir wissen nicht, ob etwa der Anfang mit der Anfröhlung der großen chinesischen Frage gemacht und der Anfröhlung des Prof. Knackfuß gehorcht wird: „Völker Europas, wahrt Eure heiligen Güter!“ (Große Weiterkeit.)

In einer Beziehung stimme ich Herrn v. Leipziger zu, in seinem Urteil über die Ausschmückung des Innern des Reichstages. Es kommt mir so vor, als seien wir nicht mehr Herren im eigenen Hause, als sprächen hier Zustände mit, die die Sache eigentlich nichts angeht. (Zustimmung links.) Die Beschlußfassung über die innere Ausschmückung ist nur Sache des Vorstandes des Hauses. Bis jetzt habe ich im Reichstage noch keine Ausschmückung gesehen, die irgend eine Andeutung auf den eigentlichen Zweck dieses Gebäudes darstellt. (Sehr gut! links.) Wenn man es abschließend hätte unterlassen wollen, hätte man es nicht anders machen können. Es wäre gut, wenn uns der Vorstand über die Lage der Dinge in einer Zeitschrift unterrichten wollte.

Nun zu dem, worin ich nicht mit dem Abg. v. Leipziger übereinstimme. Das sind natürlich seine agrarischen Anschauungen. Leider ist Graf Posadowsky seiner herabsehenden Kritik der Handelsverträge nicht entgegengetreten. Statt dessen hören wir, daß er den Agrariern immer weiter entgegenkommt und ihnen speziell die Aufrechterhaltung der Grenzsperr gegen Viebeeinfuhr zusichert. Die Grenzsperr aber führt nicht nur eine Zehnerung der Fleischpreise herbei, wir hören jetzt auch Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen über das Einfuhrverbot holländischer Milchläche. Herr v. Leipziger erklärte sich mit der Aufhebung des Getreide-Terminhandels einverstanden. Aber an maßgebender Stelle scheint man doch nicht ganz zufrieden zu sein mit der jetzigen Art der Preisnotierungen. Sie entbehren des allgemeinen Vertrauens, weil sie von einem Interessentenkreise, von den Landwirthen ausgehen, die an hohen Preisen interessiert sind. Unter dem jetzigen Zustande leiden die Käufer, zumal die bewahrenswürdigen Provinzialämter. Durch das Verbot des Terminhandels wird der internationale Ausgleich der Vorräte und Preise erschwert. Wenn Deutschland eine reichere Getreideerde hat, als die übrige Welt, sind hier die Preise niedriger, als anderswo. Jetzt wird mit Vortheil deutscher Weizen in Paris verkauft trotz des französischen Schutzzolles. Auch die Preisbewegung auf dem Getreidemarkte ist durchaus nicht stetiger geworden. Herr v. Leipziger fordert die Aufhebung der gemischten Transatlantiker und Zollkredite. Aber die Regierung hat hier schon alles gethan: es gibt nur wenige Transatlantiker, die dort, wo sie bestehen, notwendig sind. Der Gewinn durch Zollkredit ist sehr gering, 1/2 Pfennig auf den Doppelpfennig. Wenn die Herren (nach rechts) bereit sind, für die Befestigung dieser Liebesgabe an die Getreidehändler auf alle ihre Liebesgaben zu verzichten, könnten wir vielleicht ein Geschäft machen. (Weiterkeit.) Herr v. Leipziger hat dem Reichstagsler vorgeworfen, daß er der Resolution des Reichstages in Sachen des Bimetallismus keine Folge geleistet hat. Nachdem

Balfour sie schmächtig in Stich gelassen, hätten die Bimetallisten wirklich an besten, sich hier ganz still in die Büsche zu schlagen. (Große Weiterkeit.) Leider hat die Bebel'sche Rede den Grafen Posadowsky so ausschließlich gefesselt, daß er auch gegen die bimetallistischen Angriffe der Reichstagsler vollkommen ungedeckt gelassen hat. (Erneute Weiterkeit links.) Alle möglichen Elemente sind in den Ausschuss zur Vorbereitung der Handelsverträge, nur von Arbeitnehmern ist garnicht die Rede, und die müssen doch alles ausessen, was dort gelocht wird. Da läuft die Beratung in diesem Ausschuss doch darauf hinaus, daß man den Vorkommnissen folgen will, und das nennt man eine Vorbereitung der Handelsverträge! (Sehr richtig!) Da möchte ich mir eine Anfrage an die Regierung erlauben. Wie sieht es mit der Wiederanknüpfung der Meißbegünstigungsverträge mit England? England hat sie gelündigt, aber erklärt, daß es bereit sei, neue auf der Grundlage der bisherigen zu machen. Da England auch für die Kolonien dazu bereit ist, wäre es selbstverständlich, daß man möglichst bald zu der alten sicheren Grundlage zurückkehrt; denn eher kann man sich doch nicht weiter an die Kolonien wenden, um in diesen eine Differenzierung der Zölle zu erzielen. -- Die vom Herrn Staatssekretär angekündigte Neuerung im Zollsystem ist in ihrem Werthe sehr fraglich. Eine Schmirgelleit war doch nur dadurch entstanden, daß man in ganz überraschender Weise zu neuen Zollsätzen herangezogen worden ist. Soll sich der Kaufmann über die Zollsätze einzuziehender Waaren erst vorher vergewissern, dann kann doch inzwischen sich die ganze Geschäftskonjunktur verschieben. Warum sollen denn nicht die Verträge darüber selbständig erscheinen können. Ich verstehe nicht, warum man sich dagegen sträubt, klar festzustellen, was der Sinn der Gesetze ist. -- Es hat mich sehr gefreut, daß der Herr Staatssekretär die Zuckereinfuhr dieses Rind des Herrn Posadowsky, als ein mikrobisches Rind bezeichnete. (Weiterkeit.) Die Erwartungen wären nicht enttäuscht, gestand er. Wir haben gar keine anderen Erwartungen gehegt; das war nur eine Frage des volkswirtschaftlichen Sinnleins. Es freut mich ferner, daß er trotz neunmaligen Scheiterns von neuem in die Verhandlungen über die internationale Regelung der Fragen der Zuckereinfuhr muthig eintritt, auch, daß er an dem amerikanischen Vorgehen eine gute Seite entdeckt. Bisher hieß es immer: eine solche Kriegserklärung müsse mit Kündigung oder Bruch des Vertrages beantwortet werden. Nach meiner Ansicht wäre es ganz gut, wenn noch ein zweiter Schritt, der englische, in den Korpsfeldern käme. Ganz mit recht meint er auch, die Vorschläge von Seiten der Interessenten seien nichts werth. Sie laufen in der That nur darauf hinaus, daß man die Liebesgabe auf einen kleineren Kreis vertheilen möchte. (Sehr wahr! links.) Auch könnte der Konsum von Zucker noch eine große Zukunft haben, wenn man den Zoll beseitigt, wenn man so vor allem das Einmischen von Früchten, Konserven erleichtert. Ich möchte auch dem Herrn Staatssekretär bitten, daß er scharf aufpaßt auf die Kartelle, die jetzt die Zuckereinfuhr vorbereiten. Die sind gefährlicher als die Petroleumkartelle und sie sind nur durch die Gesetzgebung, den Ausschluß der Einfuhr u. s. w., möglich.

Ich bedaure ferner, daß man dem Bau der Bahn i Südwestafrika nicht die richtige Würdigung hat zu Theil werden lassen. Die Art, wie dieser in Angriff genommen worden ist, ist ein direkter Bruch unseres Staatsrechtes. (Sehr richtig! links.) Dies ist geschehen ohne vorherige Zustimmung der Volkvertretung. Im Frühjahr wurde uns noch erklärt, der Bau einer Mantelbahn würde dort kostenlos für das Reich von einer Privatgesellschaft geplant. Alle Verträge waren bis auf den letzten Schnörkel fertig. Im Juni wird diesen Leuten nun erklärt: Wir brauchen Euch nicht länger, geht uns Eure Vorarbeiten für billiges Geld, wir bauen eine Reichsbahn! Auch in kolonialen Kreisen wird dieses Vorgehen als bedenklich angesehen. Es giebt wenig Leute, die bereit sind, ihr Geld in Afrika anzulegen. Wie sie sich nun einmischen können, sie gar nicht schlechter behandelt werden als diese hier. Sie haben auch bestritten, daß die Reichs-Eisenbahn früher hergestellt werden würde als ihre Mantelbahn. Dazu kommen die geringeren Kosten der Herstellung und Betriebsart. In einem Lande, wo es kein Holz, kein Wasser, keine Mineralien giebt, was soll da eine Eisenbahn?

Ich komme zu dem Postet al. Es wäre für den neuen Staatssekretär eine so dankbare, bequeme Gelegenheit gewesen, sich mit der Erfüllung von Wünschen, die von allen Theilen dieses Hauses gehegt werden, einzuführen. Nun will man die Postfrage mit einer Erweiterung des Postgesetzes, der Unterbrückung von Privatgesellschaften verbinden. Das hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten. Die 60 Privatgesellschaften in Deutschland haben das Verdienst, den 3 Pfennig-Tarif in den Städten für Briefe eingeführt zu haben. Merkwürdige Art von Idealismus, die den letzten Rest von Verkehresfreiheit beseitigt! Und dann bedenken Sie, daß tausende von Personen in Bezug auf ihre Existenz in Unglück gestürzt würden, die bei den Privatgesellschaften angestellt sind!

In betreff der Repräsentationsgelder für den Reichstag bin ich der Meinung, daß, wenn man an einer sichtbaren Spitze anfängt, sich weitere Ansprüche bei den Staatsministern geltend machen könnten. Der Herr Staatssekretär meint, daß ich mit ihm in Bezug auf die Behandlung der Ueberschüsse einverstanden sein würde. Es handelt sich für mich aber nicht darum, den Miquel'schen Automaten ins Leben zurückzuführen, sondern die Ueberschüsse aus dem Jahre 1898 auf das Jahr 1898 selbst zu verwenden zur Verminderung der Aulischen. Was die Finanzlage im allgemeinen betrifft, so gereicht es mir äußerst zur Genugthuung, daß sie nicht ganz so eigenartig ist. Ich muß aber doch dem Abg. Fritzen beistimmen in dem, was er von der Verschlechterung der Finanzlage sprach. Wir haben allerdings Ueberschüsse, brauchen aber doch für den Etat eine Anleihe von insgesamt 50 Millionen; diese Ueberschüsse brauchen nur einmal anzubringen, und wir sind wieder beim reinen Defizit angelangt. Man hat die Aufwendungen für die Marine auch durch die großen Einnahmen zu rechtfertigen gesucht, mit denen man doch etwas anfangen müsse. Ja, darüber braucht sich doch die Regierung keine Sorge zu machen, daß das Geld etwa übrig bleibt. Wird es nicht für die Marine ausgegeben, so wird man es eben für etwas anderes ausgeben, wenn nicht für öffentliche, so für private Zwecke; damit belästert man doch genau so die Industrie und die Beschäftigung von Arbeitern, wie bei der öffentlichen Verwendung.

Es ist das überhaupt ein Mißstand in unserem Finanzwesen, daß die einmal bewilligten Steuern fortlaufen, daß wir es nicht in der Hand haben, sie von Jahr zu Jahr nach dem Bedürfnis zu bemessen; das führt dahin, daß man immer neue Steuern braucht. Direkte Steuern so zu bemessen, daß nur die leistungsfähigen Schultern getroffen werden, scheint schwierig; aber es wäre sehr gut, wenn die Lasten der Flottenvermehrung den Flottenschwärmern selbst auferlegt würden. Manche der Kommerzienräthe, die in ihrem nationalen Enthusiasmus für die Flottenvermehrung keine Grenze finden konnten, würden dann wohl ein ganz anderes Gesicht machen (Beifall). Wo soll denn das Geld herkommen? Die Militärbeiträge: das wäre nun die nächste Forderung. Wenn aber diese Steigerung der Militärbeiträge durch direkte Steuern aufgebracht werden sollte, dann würde sie eine allgemeine Entrüstung hervorrufen, dann würde sie eine Schädigung der Kulturinteressen bedeuten u. s. f. (Beifall links.)

Ich komme nun zu der Forderung der Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine. Zu diesem Punkte hat der Reichstagsler selbst das Wort ergriffen; er hat seine vorjährige Rede vorgelesen und behauptet, man dürfe aus ihr nicht die Schlüsse ziehen, die wir aus ihr gezogen; von einem Bruch eines Versprechens sei gar keine Rede. Ich habe den stenographischen Bericht seiner vorjährigen Rede mir nochmal durchgelesen und habe gefunden, daß er einen Satz fortgelassen hat, und der war gerade der schönste. (Weiterkeit.) Der Reichstagsler sagte nämlich damals, er wisse nicht daran, daß das Verbot aufgehoben werden würde, und zwar werde dies unter allen Umständen vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches erfolgen. (Hört! hört! Bewegung.) Vorgelesen aber sagte er, daß er wohl wünsche, aber nicht die Hoffnung habe, die Aufhebung durchzuführen. (Hört! hört!) Da kann man nicht mehr sagen; Bei den Diplomaten ist die Sprache

dazu da, die Gedanken zu verbergen — sondern: Die Diplomaten haben die Sprache, um das gerade Gegenübertheil von dem zu sagen, was sie innerlich denken. (Hört! hört!) Auf Herrn Hausmann beruht sich der Reichstagsler auch einen Mann von der jetzt so beliebten vorgeschrittenen Opposition. (Weiterkeit.) Herr Hausmann hat ihm damals aber gerade sein Mißtrauen ausgedrückt, und jetzt beruht er sich auf ihn dafür, wie recht er mit seinem Mißtrauen hatte. (Weiterkeit.) Das Zentrum schenkte Vertrauen und zog daher den Antrag zum Bürgerlichen Gesetzbuch zurück. Herr Sieber sprach damals am 18. Mai von einem Wort, unter ehrliehen Männern abgegeben (Weiterkeit), einem Versprechen in feierlicher Stunde (hört! hört!) und sagte dann: „Meine politischen Freunde haben, dem Versprechen des Reichstagslers vertrauend, vertrauend trotz aller Warnungen von sozialdemokratischer Seite (hört! hört!) auf die Aufrechterhaltung des Antrages verzichtet. Wir sind im guten Rechte, wenn wir die Einlösung des jetzt von uns so verstandenen Versprechens (hört! hört!) nunmehr verlangen.“ Man soll in öffentlichen Dingen offen zu einander reden? Wenn ich mir denke, daß der Herr Reichstagsler einmal ganz offen, ohne nach einer anderen Seite Rücksicht zu nehmen, sprechen könnte, so würde er vielleicht zu uns sagen: „Die Sache ist ja wirklich schlimm, das muß ich zugeben, aber ich bin ein schwacher Mensch, viel schwächer als sie glauben. Ich habe genug zu thun, um eine gefährliche Entwicklung zu hindern, aber positiv vermag ich nichts, selbst nicht, wenn ich mein Wort gegeben habe, es zu thun; das beweist die Militär-Strasprozess-Ordnung, der Umstand, daß sie sich so von modernen Anschauungen entfernt, die ich als maßgebend bezeichnet habe. Und wie viel Mäthe hat es mir gekostet, auch nur diese Militär-Strasprozess-Ordnung bis an die Schwelle des Reichstags zu bringen! Da stand ja schon der bekannte Herr aus Altona hinter der Thüre! Und es wäre vielleicht auch nicht möglich gewesen, wenn nicht das Flottengesetz wäre. So habe ich mir sagen müssen, daß wenn ich ganz mit leeren Händen komme, dann an eine Stimmung für das Flottengesetz von vornherein nicht zu denken wäre.“ Und dann würde der Herr Reichstagsler weiter sagen: „Wenn ich das Flottengesetz durchgebracht habe, dann habe ich meine Schuldigkeit gethan, dann kann ich gehen, dann werde ich mich überall wohler fühlen, auf meinen Gütern, als in Berlin in der Wilhelmstraße und im Reichstag.“ So würde der Herr Reichstagsler offen sprechen, in der bescheidenen Weise, die ihn ziert, um die Situation darlegen. Wenn aber die Situation so ist, so fordert sie auch sich in keiner Weise durch Rücksichten oder gar durch Vertrauen auf irgend eine Person bestimmen zu lassen oder durch irgend welche, noch so feierlich abgegebene Erklärungen. (Lebhafte Beifall.) Wenn eine solche Situation vorhanden ist, dann ist mir unverständlich, wie eine große Partei, die in der Wahrung der Rechte des Reichstags stets mit uns zusammengestanden hat, so leicht zu einer Einigung des Staatsrechtes wie beim Flottengesetz sich bestimmen läßt. Wir halten uns verpflichtet, bei dem bescheidenen Maß von Rechten, das der Reichstag hat, in dieser Situation insbesondere nicht von ihnen aufzugeben, sondern sie unverändert zu wahren. (Lebhafte Beifall.)

Unterstaatssekretär, Direktor der Kolonialabtheilung, Freiherr v. Nitschhofen: Der Bau der südwestafrikanischen Eisenbahn war für uns eine Nothwendigkeit. Als im Juni die Nachricht von der Verbreitung der Rinderpest, der in einzelnen Distrikten bis zu 95 pCt. des Viehstandes erlag, zu uns kam, entstand für uns die Frage: können wir eine Verproviantirung der Schutztruppe im Innern ermöglichen oder müssen wir mangels jeder Zufuhr die Administration nach der Küste verlegen, was gleichbedeutend wäre mit einer völligen Aufgabe des eroberten Schutzgebietes. Ein privates Komitee, an das wir uns wandten, konnte uns den rechtzeitigen Bau der Bahn nicht garantiren. Mit Hilfe der Eisenbahnbrigade ermöglichten wir es schon, Mitte November den schwierigeren Theil der Strecke dem Verkehr zu übergeben. Die Rinderpest in den Schutzgebieten ist zum Sieben gebracht worden. Das finanzielle Resultat der Lage wird ein gutes sein. Das Kapital wird sich nicht bloß verzinsen, sondern auch amortisiren. Die Eisenbahn wird als Pionier dienen und das Beispiel von Madefia, wo sich die Ortschaften wie Schwämme an die Bahnhäuser anheften, zeigt uns den Weg, auf dem wir weiter vorzugehen haben. Ich hege die Hoffnung, der Bahnbau wird auch von Richter und seinen Freunden in der Kommission gutgeheißen werden und daß ich dem ganzen Reichstag dafür im Namen der südwestafrikanischen Kolonien meinen Dank werde aussprechen können. (Beifall rechts.)

Reichstagsler Fürst Dohnböck: Der Abg. Richter hat Recht. Ich habe gesagt: Ich zweifle nicht, daß das Koalitionsverbot für die Vereine bis zum Jahre 1900, dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, aufgehoben werden wird. Diese Hoffnung hege ich auch heute noch. Ich hoffe, daß es bis zum Jahre 1900 zwischen der preussischen Regierung und dem preussischen Landtag zu einer Verständigung über die künftige Gestaltung des Vereinsgesetzes kommen wird.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich freue mich, daß ich wenigstens in einem Punkte mit dem Abg. Richter einverstanden bin. Auch ich wünsche, daß eine aus dem Reichstage gewählte Kommission über die Ausschmückung unseres Reichstagsgebäudes mitzuberathen hat. Die plötzliche Erhöhung des Gehalts des Reichstagslers mag ja einigermaßen auffallend sein. Aber ist es nicht ein unwürdiger Zustand, daß der deutsche Reichstagsler ein geringeres Gehalt bezieht, als die deutschen Gesandten an fremden Höfen? Zudem ist doch der Fall denkbar, daß künftige Reichstagsler sich nicht in so günstigen privaten Vermögensverhältnissen befinden, wie die bisherigen. Die Betriebsunfälle auf den Bahnen gehören mehr in den preussischen Landtag, da meist preussische Bahnen dabei in Betracht kommen. Das Reichs-Eisenbahnamt möchte ich aber bitten zu untersuchen, ob die Gehälter des technischen Personals, welches so große Verantwortung zu tragen hat, mit den an sie gestellten Anforderungen übereinstimmen. Das scheint mir besonders bei den Zugführern und Bremsern nicht ganz der Fall zu sein.

Die Erledigung der Flottenfrage sehe ich seit der Rede des Abg. Fritzen nicht mehr so optimistisch an, wie nach der Rede des Abg. Sieber. Die gesetzliche Festlegung des Planes halte ich für durchaus notwendig. Nun einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Abg. Bebel. Ich habe immer eine gewisse Achtung vor ihm gehabt, daß er als Antididakt ohne die gewöhnlichen wissenschaftlichen Grundlagen so viele Kenntnisse erworben hat. Nach der letzten Rede aber habe ich allerdings die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Kenntnisse ziemlich kraus und ungerichtet in seinem Kopfe nebeneinander wohnen. Sonst hätte er nicht zu der Behauptung kommen können, daß die Holle dem Arbeiter so gut wie nichts nütze. Ich meine, gerade das Gegentheil ist der Fall. An geordneten Staatszuständen hat der Arbeiter ein höheres Interesse als die anderen Klassen. Der Arbeiter ist vielmehr auf eine gute parteiliche Justiz angewiesen als diese Klassen, er ist vielmehr auf unparteiliche Verwaltung angewiesen. (Lachen links.) Auf: Ja, wohl, gute unparteiliche Justiz! Und ebenso ist es bei der Verteidigung des Landes. Bei Revolutionen und Kriegen sind es stets die Arbeiter, die die größten Opfer zu bringen haben. Zwischen Herrn Bebel's Weltanschauung und der meinigen besteht ein direkter Gegensatz. Er glaubt, die Welt ist eine Maschine. Ich aber glaube an einen lebendigen Gott. Da ist eine Verständigung schwer möglich. -- Mit dem Abg. Bebel bin ich darin einverstanden, daß die Hilfe bei den Ueberschneemungen in Schlessen zu lange hat auf sich warten lassen.

Ich habe eine Broschüre des Rorbmachergesellen Fischer gelesen (Aha! links) und weiß freilich nicht, in wieweit seine Angaben richtig sind. Aber wenn sich nur der 10. Theil dessen bewahrheitet, was da über die Führer der Sozialdemokratie geschrieben steht, so wird der Tag nicht mehr fern sein, wo es der deutsche Arbeiter müde sein wird, sich von diesen Herren an Narrenseile herum führen zu lassen. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Herr Richter hat das Börsengesetz einen Schlag ins Wasser genannt und gesagt, die Presse des Getreides seien im Ausland jetzt höher als im Inland. Das ist nicht ganz richtig. Ich werde bei der zweiten Lesung eine Resolution vorlegen, die ein

redigiertes Bankgesetz von der Regierung noch in dieser Session verlangt. Der hohe Bankdiskont ist eine Folge unserer herrlichen Handelsverträge und Währungspolitik. (Sachen links.) Der französische Landwirt genießt doppelt so hohe Getreidesteuern, Viehsteuern, die geradezu prohibitiv wirken, und hohe Prämien. Deshalb erhebt sich auch die französische Landwirtschaft in ganz erstaunlicher Weise. Da steht auch ein Agrarier, Meline, an der Spitze der Regierung, dem gegenüber Herr v. Böttch an zehendes Kind ist. (Große Heiterkeit.) Der Sozialdemokrat ist Herr Meline freilich sehr unangenehm (Beif: Ach, er ist uns sehr gleichgültig!), hat er doch in einer gewaltigen Rede die kollektivistischen Phantasieen an die Wand gedrückt. Und Meline hat den Bimetallismus als Hilfe für die Landwirtschaft bezeichnet. Der englische Minister Balfour hat freilich in der Währungsfrage den Nützlich angetreten, er hat vor den Spekulanten der Londoner City den tiefsten Wackling gemacht. Ich freue mich, daß es kein deutscher Minister war. Die Londoner Börse beherrscht die ganze Welt, wir haben sie durch unsere Goldwährung dazu gemacht. Sie hat es verstanden, die Wertrelation zwischen Silber und Gold in den verschiedenen Ländern verschieden zu gestalten, um die Nemonetisierung des Silbers zu verhindern. Aber Amerika hat die Wichtigkeit der Währungsfrage begriffen, und sie wird nicht sterben. Die Krise in der Landwirtschaft ist durch die Goldwährung verschuldet. Der Abfluß der Bevölkerung vom platten Lande ist unabweisbar, was auch Herr Richter behaupten mag. Daher rührt die Slavifizierung und Polonisierung des ganzen Ostens. An der ganzen Grenze findet ein dauernder Rückgang der deutschen Bevölkerung statt. Wir müssen sehr froh sein, wenn wir nur Polen als Arbeiter erhalten. Nur wenn der Landwirtschaft geholfen wird, kann sie die deutschen Arbeiter halten. Woher kommen denn jetzt die Nowbies, die die Straßen der Großstadt unsicher machen? Da sollte die Polizei eingreifen und alle die, die keine ständige Arbeit haben, wieder auf Land befördern. Wie will nun die Regierung der Landwirtschaft helfen? Vom Antrag Rautz, vom Bimetallismus will sie nichts wissen. Bleiben nur hohe Schutzzölle übrig. Die Industrie würde sie uns bewilligen, denn sie würde durch erhöhten Absatz bei der ländlichen Bevölkerung entschädigt werden. Hoffentlich kommt ein künstlicher Reichstag, wo Landwirtschaft und Industrie Hand in Hand gehen. (Sachen links.) Nehren wir wieder zu der alten Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck zurück. (Bravo! Beif.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozess-Ordnung, zugegangen. Die vorgeschlagenen Abweichungen von der bisherigen Fassung sind zum größten Teil den Vorschlägen der Kommission für die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches oder den Anlagen zu den Entwürfen eines Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, einer Grundbuchordnung und eines Handelsgesetzbuches entnommen.

Wahlprüfungen. Von den Abteilungen des Reichstages wurden heute die Mandate der neuwählten Herren Haase (dritter Friedländer, an Stelle des verstorbenen Abg. Schulze gewählt, Sozialdemokrat) und Dr. Heim (S. Oberpfalz, an Stelle des verstorbenen Abg. Behner gewählt, Zentrum) für gültig erklärt.

Lokales.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die Parteigenossen in Noabit, in der Oranienburger Vorstadt und auf dem Wedding werden ganz besonders auf die heute in ihren Stadtteilen stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht und ersucht, für regen Besuch zu sorgen. Siehe auch Inserat.

Der Arbeiter-Sängerbund hatte am Sonnabend Abend zur Feier seines siebensten Stiftungsfestes einen Liederabend veranstaltet, ein Ereignis, das trotz der für bescheidenere Festlichkeiten recht ungelegenen Weihnachtszeit den geräumigen Saal der Brauerei Friedrichshain bis auf den letzten Platz gefüllt hatte. Das Konzertprogramm war mit gutem Geschmaack zusammengestellt. Weber, Beckhove, Mendelssohn, Wagner figurierten im instrumentalen Theil, der von der 40 Mann starken Kapelle des Herrn Graf mit Präzision ausgeführt wurde. Die auf eine stattliche Anzahl von Vereinen vertheilten Gesangsbeiträge kamen gleichfalls durchweg gut zu Gehör, und ebenso wurden einige Solo-Nummern von Frau Kamilla Wobbe sowie von den Herren G. Seewitz und Richard Wobbe mit künstlerischem Verständnis vorgetragen. Der Abend läßt den Wunsch rege werden, daß der Arbeiter-Sängerbund uns in diesem Winter noch mehrfach mit ähnlichen Konzerten erfreue. Vielleicht lassen sich dann auch einige kleine Fehler vermeiden, die diesmal sich bemerkbar machten. Wir meinen zunächst, daß das städtische, auf 21 Nummern vertheilte Programm etwas flotter als am Sonnabend abgewickelt werden könnte. Bekanntlich will die Jugend auch ihr Recht haben, und ihrer Hoffnung, das Tanzbein schwingen zu können, sollte erst sehr spät in Erfüllung gehen. Dann will uns bedünken, daß der Arbeiter-Sängerbund seiner an der Spitze des Konzertprogramms ausgesprochenen Bitte, jede Störung während der Vorträge zu vermeiden, künftig etwas energischer Nachdruck geben könnte. Eine Störung wenigstens für den Theil des Publikums, der am Sonnabend den Saal besuchte hatte, um ein Konzert zu hören, war zunächst das Seidelglocken der Kellner. Diese Herren servierten während der Vorträge stotter darauf los und betrachteten anscheinend jedes Publikum als einen Anreiz, um so eifriger ihres Amtes zu walten. Wenn wir nicht irren, haben bereits einige Arbeiter-Gesangsvereine, so die „Typographia“, in ihren Konzerten derartige Unannehmlichkeiten dadurch glücklich beseitigt, daß sie, wie dies sich bei jedem künstlerischen Genuß so schickt, während der Vorträge überhaupt keine Kellner in den Saal ließen. Wir meinen, daß eine solche Maßregel auch vom Arbeiter-Sängerbund durchgeführt werden könnte. Ebenso läßlich war es, daß dem Publikum während der Vorträge allerhand Handelsartikel, wie Bilder, Gratulationskarten, Kalender u. s. w. zum Kauf angeboten wurden. Ist es einmal erforderlich, was wir dahingestellt sein lassen wollen, gerade in einem Konzert ein Arbeiterpublikum daran zu erinnern, daß es sein Heim zu schmücken und sein Vesebedürfnis zu befriedigen habe, so könnte dies unseres Erachtens während der Pausen zur vollen Genüge geschehen. Würde außerdem hinfort dafür gesorgt werden, daß die Abfertigung an der Garderobe etwas lebendiger von Hatten ginge, so wären einige kleine Widerwärtigkeiten beseitigt, die an sich gewiß harmloser Natur sind und von manchem garnicht einmal als so etwas Arges empfunden werden, die aber doch in dem Maße, wo einer größeren Menge ein künstlerischer Genuß bereitet werden soll, doch als unstatthaft bezeichnet werden müssen.

Das Berliner Gewerbegericht hat 1896/97 erheblich mehr Prozesse als 1895/96 zu erledigen gehabt. 1895/96 war die Zahl der Prozesse geringer gewesen als 1894/95. Der Bericht pro 1895/96 hatte das daraus erklärt, daß das Publikum, wie überhaupt in der sozialpolitischen Gesetze, so auch mit dem über die Gewerbegebiete immer mehr vertraut geworden sei, — mit dem Gewerbegerichtsgesetz nicht nur durch die Belehrung der Parteien vor Gericht, sondern auch durch die Berichterstattung der Richter und der Presse. Der Bericht pro 1896/97 konstatiert (wie schon in Nr. 283 mitgeteilt wurde) einen weiteren Fortschritt der Gesetzeskenntnis, dessen vermindertes Einfluß auf die Zahl der gewerblichen Streitigkeiten nur deshalb nicht zum Ausdruck gekommen sei, weil die Gewerbestellen u. g. direkt und indirekt zu zahlreichen Prozessen beim Gewerbegericht geführt habe. Unter den direkt durch die

Ausstellung veranlaßten Streitigkeiten hebt der Bericht besonders hervor die bekannte Behandlung der für den „Vergnügungspark“ und für „Kairo“ engagierten bayerischen Kellnerinnen und Araber, der englischen Kutscher der „Matcoach“-Gesellschaft, der Italiener u. s. w. Manche der infolge des geringen Besuches in ihren Erwartungen getäuschten Unternehmer suchten, als sie an den Pachtverträgen nicht rütteln konnten, die aus weiter Ferne geholten, fast ausnahmslos für die ganze Ausstellungszeit engagierten, aber nun überflüssig gewordenen Angestellten schlenkig wieder loszuwerden, wobei sie sich, wie der Bericht sagt, „nicht immer innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen bewegten“. — Die Zahl der Klagen, die 1896/97 (bzw. 1895/96) überhaupt beim Gewerbegericht eingingen, war 13 249 (11 794), ungerichtet 320 (292) unvollständige oder nicht vor diesem Gericht gebliebte. Da 377 (398) noch vorm 1. Termin erledigt wurden, so blieben für die Rechtsprechung 12 872 (11 696) Prozesse. Von diesen wurden erledigt durch Vergleich 6123 (5282), Gericht 1 (3), Zurücknahme 2742 (2447), Anerkennungsurtheil 58 (70), Versäumnisurtheil 1174 (1211), andere Entscheidung 2335 (2254), von letzteren mit Beweisaufnahme 1419 (1403), ohne Beweisaufnahme 886 (851). Noch unerledigt blieben 519 (429). Es kamen auf: Kammer 1 Schneiderlei, Näherei 2087 (2684) Prozesse, II Textil, Leder-, Buchindustrie 955 (891), III Gewerbe 2093 (1871), IV Holz-, Schiffbau 1225 (1082), V Metalle 1290 (890), VI Nahrung, Bergbau, Erziehung 2171 (1924), VII Handel, Verkehr 1523 (1357), VIII Allgemein 928 (997). Der Streitgegenstand war: rückständiger Lohn in 7488 (6816) Prozessen, Entschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung in 5298 (4512), Ausstellung eines Arbeitszeugnisses in 277 (289), Krankenversicherungsbeitrag in 12 (14), Lehrverhältnis in 59 (64), Konventionstrafe in 22 (19), Schadenersatz in 326 (188), Herausgabe von Arbeitsbüchern, Handwerkszeug u. s. w. in 405 (277), Wiederaufnahme der Arbeit in 19 (Vorjahr-Bericht keine Angabe), Prangende von Rautonen in 38 (keine Angabe), sind zusammen 13 964 (12 174) Fälle. (Die Differenz gegen die oben angegebenen 12 872 (11 696) Prozesse erklärt sich daraus, daß in vielen gleichzeitig mehrere Ansprüche geltend gemacht wurden.) Geldansprüche kamen in 13 096 (11 618) Prozessen in Frage, bis 20 M. in 6054 (5484), 20—50 in 4325 (4216), 50—100 in 1947 (1452), über 100 in 670 (466). Die geringste Klagesumme war 50 (5) Pfg., die höchste 5713 (2296) Mark. Die Zeiddauer bis zur Erledigung war unter 1 Woche bei 2254 Prozessen, 1—2 bei 6342, 2—3 bei 2490, 3—4 bei 908, über 4 bei 880. (Der Vorjahr-Bericht brachte hierüber keine Angaben.) Von den 13 249 (11 794) Klagen gingen 12 690 (11 405) von Arbeitnehmern, darunter 2542 (2493) von weiblichen, und nur 559 (386) von Arbeitgebern aus. Wo der Prozeß nicht durch Vergleich zu Ende gebracht wurde, sondern es zum Urtheil kam, wurden die Arbeitnehmer in 85 1/2 (82 1/2) pSt. die Arbeitgeber in 63 1/2 (49) pSt. abgenommen. Hierzu bemerkt der Vorjahr-Bericht: „Aus dieser Thatsache ist klar ersichtlich, daß die militärische Gerichtsbarkeit, beim Gewerbegericht bekommen die Arbeiter mehr Recht als die Arbeitgeber, eine durch und durch irrige ist.“

Imn Gefunde-Verlohnungs- und Unterstützungs-Fonds sind 1896/97 (bzw. 1895/96) von den Diensthöfen 35 556 (37 990) Mark gezahlt worden, also 1896/97 um 2430 M. weniger als 1895/96. Diese Summe setzt sich bekanntlich zusammen aus den 50 Pfenning-Beiträgen, die in Berlin jedes Dienstmädchen bei Antritt ihres ersten Dienstes oder bei einem Dienstwechsel zu zahlen hat. Der Rückgang der Beitragssumme wird diesmal im Bericht pro 1896/97 zum Theil daraus zurückgeführt, daß nach einer Entscheidung des Handelsministers und des Ministers des Innern die Hausdiener, Köchinnen und ähnliche Angestellte der Restaurateure u. s. w., soweit sie nicht im privaten Hausdienst thätig sind, künftig als Gewerbegehilfen anzusehen sind, also der Gefunde-Ordnung nicht mehr unterliegen. Alle diese Personen, deren Zahl in Berlin ziemlich groß ist, haben bisher zu dem Fonds beitragen müssen, ohne jetzt noch auf eine Unterstützung daraus rechnen zu dürfen. Die Angaben aus dem Fonds zu Gunsten des „Gefunde“ stellten sich 1896/97 (bzw. 1895/96) auf 31 516 (29 978 1/2) M. für das Gefundehospital und 17 567 (16 802 1/2) M. für Unterstützungen. Die letztere Summe, die an 169 (168) alte, invalide oder erkrankte Diensthöfen gezahlt wurde, nennt der letzte Bericht „beträchtlich“. In das Hospital wurden 6 (6) Personen aufgenommen. Es war Ende März 1897 (bzw. 1896) von 107 (110) Hospitalbetten besetzt. Das die Diensthöfen den größten Theil der für sie gemachten Aufwendungen selber aufbringen, darauf haben wir früher wiederholt hingewiesen. Sie haben trotzdem nur bei fogenannter anter Führung einen Anspruch auf Unterstützung aus dem Fonds. Es ist das eine Ungerechtigkeit, die man nur verstehen kann, wenn man an die Stellung in der Gesellschaft denkt, die die Gefunde-Ordnung den Diensthöfen anweist.

Schließung einer Markthalle. Der Verkehr in der Markthalle XII (Wesendbrunnen, Grünhofsstr. 3/4 und Wdhfr. 10/10a) geht, trotz der ganz bedeutenden Ermäßigung des Sandgeldes, immer mehr und mehr zurück. So daß die städtische Markthallen-Deputation heute unter Vorbehalt des Stadtraths Schloffer beschloß, beim Magistrat in Vorschlag zu bringen, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres die Anstalt zu schließen. Ferner beschloß die Deputation, die durch das Ausschneiden des Markthallen-Inspektors Vankenstein erledigte Stelle des Inspektors der Markthalle V (Wagdeburger Platz) und X (Arminius-Platz) nicht wieder zu besetzen.

Vom Kampf gegen den Straßenhandel. Aus eine an den Oberpräsidenten den Provinz Brandenburg wegen Beseitigung des Straßenhandels vor den Markthallen gerichtete Petition ist dem Dausbessher-Verein im Norden Berlin nunmehr folgende Antwort zugegangen: „Auf das Gesuch vom 30. Oktober erwidere ich, daß dem Straßenhandel in der Nähe der Markthallen durch Erlass einer Polizeiverordnung entgegengetreten werden soll, durch welche das Halten von Fuhrwerk u. s. w. auf einzelnen, die Markthallen umgebenden Straßen mit Gegenständen des Wochenmarkt-Verkehrs in verkehrspolizeilichen Interesse verboten wird. Wegen der hierzu notwendigen Einverständniserklärung des dortigen Magistrats sind die erforderlichen Verhandlungen von dem dortigen Polizeipräsidenten eingeleitet. Die Erklärung der Zustimmung des Magistrats steht noch aus.“ Somit scheint einem wesentlichen Theil des Straßenhandels das letzte Stündlein geschlagen zu haben. Ob damit aber irgend jemandem und vor allem den Hausbesitzern geholfen wird, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist nur das eine, daß einer Anzahl der ärmsten Handelsteile durch diese Maßnahme die Existenz untergraben wird.

Die Auffassung der mittleren und kleineren Brauereibetriebe in der Umgebung von Berlin durch die hiesigen Großbrauereien macht immer weitere Fortschritte. So ist jetzt die bisher den Erben des Fabrikbesizers Karl Simon aus Charlottenburg gehörig gewesene Schloßbrauerei zu Fürstenaalbe a. S. Sprée in den Besitz der Aktien-Brauereigesellschaft Friedrichshöhe vormalig Pohlenshofer übergegangen. Der Kaufpreis soll etwas über eine halbe Million Mark betragen. Die gedachte Gesellschaft beabsichtigt ebenso wie die Schultheiß-Brauerei-Aktien-Gesellschaft, in der Hauptsache ihren Mälzereibetrieb nach Fürstenaalbe zu verlegen. Der Saal des Schloßbrauerei-Ausschanks ist jetzt das einzige Versammlungsort unserer Fürstenaalder Parteigenossen. Hoffentlich sind sie auf dem Posten, damit ihnen dasselbe unter der neuen Besitzerin erhalten bleibt.

Die Versammlung, welche sich mit der Frage der akademischen Ehrengerechtigten bewegung befassen soll, findet nicht am heutigen Dienstag, sondern morgen, Mittwoch Abend, in den Victoria-Sälen statt.

Am vorgestern „Silbernen Sonntag“ hatte das sonnige Wetter eine zahlreiche Menschenmenge auf die Seine gebracht, die sich namentlich in der Leipzigerstraße und Friedrichstraße dicht zusammendrängte. Zum großen Theil waren es natürlich Arbeiter mit ihren Kindern. Die Kleinen sollten wenigstens den Anblick der Herrlichkeiten genießen, von denen ihnen am Weihnachtstische nur ein ganz bescheidenes Theil, in gar vielen Fällen allerdings auch gar nichts zu eigen gehören wird. Vielfach wurde am Sonntag

auch schon eingekauft. Freilich war der Umsatz nicht überall gleich befriedigend. Die kleinen Wüdeninhaber am Belle-Allianceplatz klagten über schlechte Geschäfte; die großen Bazare waren von einem kausstüftigen Publikum derart überfüllt, daß der neue Wertheim'sche Warenpark in der Leipzigerstraße infolge des beinahe lebensgefährlichen Zudränges bereits um 8 Uhr geschlossen werden mußte. Die Wüdenwahrheit, daß der Kleinbetrieb sich für immer überlebt hat, wird wohl niemals im Jahre deutlicher offenbar, als an den „silbernen“ und „goldenen“ Sonntagen.

Der Präsident des Landgerichts II, Geh. Oberjustizrath Panzer, ist gestern Nachmittag im Alter von 76 Jahren gestorben.

Gegen die Verlegung des Personenverkehrs vom Nordbahnhof nach dem Steintiner Bahnhof hatten die Eigentümer Paul, Sidde und der Buchdruckereibesitzer Mischling in einer von mehreren tausend Interessenten unterzeichneten Petition an den Minister der öffentlichen Arbeiten Protest eingelegt und gebeten, die geplante Verlegung des Personenverkehrs wenigstens nicht in volstem Umfange durchzuführen, sondern einen Theil des Vorortverkehrs der Nordbahn sowie der Cremerener Bahn dorthin belassen zu wollen. Wie wir hören, hat der Eisenbahn-Minister die Petenten unter Hinweis auf die Erlasse vom 4. Mai 1895 und vom 17. Dezember 1896, welche die für die Verlegung des Personenverkehrs maßgebenden Gründe enthalten, abschlägig beschieden.

Nach Mittheilung der Ober-Postdirektion werden des Weihnachtsverkehrs wegen am Sonntag den 19. Dezember bei allen Postanstalten in Berlin die Paket-Aufnahme- und Ausgabestellen, sowie am ersten Weihnachtstages die Paket-Ausgabestellen zu derselben Zeit wie an den Wochentagen für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet sein. Am zweiten Feiertage werden die Schalter allgemein wie an den Sonntagen geöffnet sein.

„Mit mir ist's alle“, erklärte am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr der 44 Jahre alte Kutscher Willenborn, als er die Destillation von Seesfow in der Wilmannsstraße verließ, in der er eine Zeit lang sehr niedergelassenen dageessen hatte. Willenborn diente seit 17 Jahren als Kutscher bei dem Großbäckereimeister Dietert in der Wilmannsstraße 24. Er litt seit Jahren an nervösen Kopfschmerzen und war noch vor vier Wochen fünf Tage lang im jüdischen Krankenhaus am Friedrichshain. Die Aussichtlosigkeit, jemals Heilung zu finden, hat ihn wohl veranlaßt, Hand an sich zu legen. Als am Sonntag Abend um 6 Uhr ein Arbeitsgenosse von ihm nach Hause kam, fand er Willenborn, den Kopf auf die linke Hand gestützt, auf einem Hackelfack sitzen. Nachdem er Licht gemacht hatte, gewahrte er, daß der Mann einen Stein um seinen Hals geschlungen und an einem Haken hinter sich befestigt und sich so in fahrender Stellung erhängt hatte. Willenborn hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine hat an den Magistrat die dringende Bitte gerichtet, die Prämie für die Entdeckung der Urheber der jetzt so häufig vorkommenden Dachstuhlbrände auf 200 M. zu erhöhen. Der Bund ist der Ansicht, daß die Brände auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen seien.

Schwer verbrannt hat sich am Montag der Hausdiener Paul Reudick in der Buchdruckerei von Elser in der Oranienstr. 141. Der junge Mann machte sich unbefugt an der Zentralheizung zu schaffen, mit deren Einrichtungen er nicht vertraut ist. Er wäre bei lebendigem Leibe verbrannt, wenn nicht zu seinem Glück im letzten Augenblick ein Helfer gekommen wäre. Durch Vermittelung der Rettungsgesellschaft wurde er mit schweren Brandwunden dem Krankenhaus am Urban zugeführt, nachdem ihm ein Arzt einen Verbund angelegt hatte.

Einen Selbstmordversuch machte am Sonntag Nachmittag 4 Uhr ein Berliner auf dem Schönberger Bahnhof. Man fand denselben in der Nische des Bahnhofs, wo er sich mittels Revolvers einen Schuß in die linke Schläfe beigebracht hatte. Es war der ledige 26 Jahre alte Kaufmann Martin Seppin, wohnhaft bei seinen Eltern Kirchbachstraße 12, portiere. Sämtliche Seiten des bei ihm vorgelagerten Willkappfesses waren durchstrichen, bis auf die letzte, auf der die Worte standen: „Martin Seppin haben allergnädigst geruht, zu sterben.“ Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Durch den theilweisen Einkurz eines Schuttdaches sind Montag Mittag 3 Personen zu Schaden gekommen. Das Haus Eichenstr. 247 wird zur Zeit niedergelassen und mußte aus diesem Grunde daselbst ein sog. Schutzgerüst angelegt werden, welches in Rücksicht auf die geringe Breite der Straße an den Fenstern des zweiten Stockes befestigt wurde, ohne daß Stützbalken von der Straße aus zur Verwendung gelangen konnten. Das bei der Anbringung des Schutzgerüsts verwendete Holz war jedoch zum Theil morsch. Als gestern Mittag gegen 1 Uhr die beiden Arbeiter Neumann und Wöhrter das Gerüst betreten, um die notwendige Befestigung von einigen Brettern vorzunehmen, brachen einige der Stützen und Bretter und Balken — etwa 3 Meter des Gerüsts — stürzten in die Tiefe. Neumann, der unter den Holzsplittern buchstäblich begraben war, erlitt Brüche an beiden Füßen, Wöhrter einen Bruch des rechten Unterschenkels und anscheinend innere Verletzungen. Beide mußten mittels jüdischer Transportwagen nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschafft werden. Die Frau eines Arbeiters aus der Prenzlauer Allee wurde durch herabstürzende Balken getroffen und zu Boden geworfen; sie erlitt Kontusionen am Kopfe und am rechten Fuße, konnte sich jedoch nach Feststellung ihrer Personalien allein nach ihrer Wohnung begeben.

Arbeitererlöb. Auf dem Pferdebahnhof-Depot Kdstr. 3/4 wird zur Zeit ein Stall abgerissen. Beim Abbruch einer Mauer stürzte gestern Nachmittag 3 1/2 Uhr der Arbeiter Fiedlich vom ersten Stock in die Tiefe und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Verunglückte wurde ins Hedwigskrankenhaus gebracht. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, steht noch dahin.

Die Schussucht nach den Brettern hat einem jungen Manne so weit den Kopf verdreht, daß er vorgestern Morgen Hand an sich legte. Der 24jährige Schlosser Fritz Richter, der seit dem 1. Oktober bei der Röhren- und Eisenfabrik in der Hochstr. 42 wohnt und in der Maschinenfabrik und Eisenfabrik von Jepsen u. Komp. in der Chausseestraße arbeitet, war etwas schwärmerisch angelegt und spielte viel auf Liebhaderbühnen. Mehr und mehr drückte es ihn nieder, daß ihm sein Vater, ein Eisenbahn-Schaffner, nicht die Mittel gewähren konnte, sich zum Schauspieler auszubilden. Weilig wohl nicht ganz gesund mehr, legte er am Sonnabend plötzlich seine Arbeit nieder. Als ihm vorgestern Morgen um 7 1/2 Uhr seine Wirthin den Koffer bringen wollte, fand sie Richter als Leiche auf einem Stuhle liegen. Er hatte sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getödtet. Der Revolver lag auf dem Fußboden. An seine Wirthin hinterließ der junge Mann einen flüchtig geschriebenen, schwer zu entziffernden Brief, aus dem hervorgeht, daß ungebilligte Schussucht nach der Bühne ihn in den Tod getrieben hat.

Durch Umfallen eines Gebirgskranke ereignete sich gestern Morgen in der Arnheim'schen Gasse, Lothringersstr. 40, ein schwerer Unfall. 15 Arbeiter waren damit beschäftigt, einen viele Centner schweren Schranke die Treppe hinunterzuschaffen, als sie die Gewalt über die große Last verloren. Der Schranke legte sich zur Seite, kam dann ins Rollen und fiel auf den 15jährigen Schlosserlehrling Karl Fiedlich. Da es nicht möglich war, den jungen Mann unter dem Schranke sofort hervorzuholen, rief man die Feuerwehr zur Hilfe. Als die Befreiung gelangt war, stellte der zur Stelle gebolte Kräftig, daß der Verunglückte zwei doppelte Beinbrüche, eine Knieverletzung und eine Anzahl Kontusionen erlitten hatte. Junere Verletzungen schienen glücklicherweise nicht vorhanden zu sein. Der Lebling, welcher bei Bewußtsein war, wurde mittels Kapp'schen Krankentragens nach dem jüdischen Krankenhaus in der Auguststraße gebracht.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 59 Jahre alte Handelsmann Davidson aus der Grenadierstr. 87, der vor einigen Tagen in der Oranienburgerstraße in dem Augenblicke, als er von einem Pferdebahnwagen abstieg und nach dem Bürgersteig gehen wollte, von einem Postwagen überfahren und schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht wurde. Er hatte mehrere Rippenbrüche und eine schwere Verletzung der Lunge erlitten.

Feuerbericht. Sonntag Nacht, kurz nach 12 Uhr ging Draußenstraße 141 ein größeres Posten Papier im Keller in Flammen auf. Um 8 Uhr hatte Köpckestraße 144 in einer Lampenfabrik eine Holzwanne Feuer gefangen, wodurch dem Hause beträchtlicher Schaden zugefügt wurde. Eine Stunde später erfolgte Alexanderstraße 60 ein Schuppenbrand. Mittags 11 Uhr mußte Dägelstraße 33 ein Kellerbrand abgelöscht werden, der verschiedene Holzwerkzeuge zerstörte. Nachmittags 5 Uhr brannte Altonaerstraße 7 in einem Schuppen Christbaumschmuck. Bald nach 8 Uhr wurde die Wehr nach Alexanderstraße 55 gerufen, wo Schade und Wollenslage vom Feuer ergriffen waren. Montag Nacht 12 1/2 Uhr erfolgte Maria nach Ruedigstraße 75. Hier hatte ein Bett Feuer gefangen, das auch noch verschiedene Möbelstücke ergriff, durch die schnell herbeigerufene Wehr aber bald beseitigt wurde. Kurz nach 2 Uhr war Sophienstr. 12 in einer Destillation Feuer ausgebrochen, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Der angerichtete Schaden ist erheblich, da ein großer Theil der Wirkstoffe vernichtet wurde. Zur selben Zeit mußte Kleine Andreasstr. 4 in einer Tischlerei ein Feuer abgelöscht werden, das ebenfalls bedeutenden Schaden verursachte. Kurz vorher war die Wehr nach Lothringersstr. 14 gerufen, wo ein Junge unter einen zu transportirenden Weidenschrank getrieben war und derartige Verletzungen davongetragen hatte, daß er ins jüdische Krankenhaus geschafft werden mußte. Abends 5 Uhr erfolgte Maria nach Draußenstr. 60. Hier hatte die 20jährige Verkäuferin Auguste Smollia schwere Brandwunden an Armen und Händen erlitten. Sie war im Begriff, eine vollgefüllte Spiritusflasche in ein Regal zu stellen, als dieselbe in ihrer oberen Hälfte durch unvorsichtiges Anstoßen ein Loch bekam, wobei der ausfließende Spiritus sich theils über das Regal, theils über ihre Hände ergoß und dabei mit der Flamme eines Gasföckers in Verbindung kam, so daß im Nu der gesammte angefüllte Spiritus in Flammen stand. Um größeres Unglück zu verhindern, suchte die S. die gefährliche Spiritusflasche vom Regal zu entfernen, wobei sie sich gefährliche Brandwunden zuzog. Die Somaxiter der alarmirten Feuerwehre leisteten der Verunglückten die erste Hilfe.

Theater. Im Deutschen Theater wird Herrmann Müller, der von seinem rühmlichen Gastspiel zurückgekehrt ist, am Mittwoch wieder die Rolle des Kellners in der „Verurtheilten Gode“ übernehmen. — „Mittler“ ist die nächste Vorstellung des Schiller-Theaters. Sie findet Mittwoch Nachmittag 3 Uhr statt. Die gesammten Plätze des Hauses sind der Stadtbehörde übergeben. Das biblische Weihnachtsspiel „Das Kind in der Krippe“ wird am Donnerstag im Schiller-Theater sowie im Kalkhof gefeiert, die Direction nach in anderer Weise auf die Bühne zu bringen, es soll der Kinderdarstellung des „Verurtheilten Kellners“, die demnächst bevorsteht, einseitig werden als besondere Anziehung und Freunde für die kleinen Theaterbesucher.

Orgelkonzert. Für den Orgelvortrag von Otto Dienel in der Marienkirche am Mittwoch, den 18. Dezember, mittags 12 Uhr, haben Herr Anna Kuschel, Frau Paula Kuschel, Herr Karl Rösch und Herr Rob. Schwiesselmann ihre Mitwirkung zugesagt. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

Beschämende Schulzustände in Köpenick. Nach einem von der Schulkommission an die Köpenicker Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Berichte besteht nämlich die neue Gemeindegasse aus 19 Klassen mit nur 1 Hauptlehrer und 14 Lehrern. Die Klassen aber weisen die Zahl von 77, ja 80 Schülern auf. Demzufolge hat sich die Stadtverordneten-Versammlung nun in der letzten Sitzung mit der Schulfrage beschäftigt und demnächst die Neuanschaffung einer Hauptlehrerstelle und zweier Volkschullehrstellen beschlossen. Ob damit aber die Ueberfüllung der Klassen beseitigt werden wird, dürfte doch sehr zweifelhaft sein.

Im der Leichenhalle auf dem Treptower Friedhofe scheinen recht bedenkliche Zustände zu herrschen. Als sich zur Beerdigung des Glasarbeiters Schnores am Sonntag, den 5. d. M., die Leidtragenden eingefunden hatten, bemerkten sie, daß Kopf und Hände der in der Halle ausgelegten Leiche mit Lappen bedeckt waren. Nach Entfernung derselben sah man an der rechten Seite der Leiche ein tiefes vom Auge bis zum Ohr reichendes Loch, welches augenscheinlich von Motten hineingefressen war. Ein Finger der rechten Hand war gleichfalls zur Hälfte abgenagt. Auf Befragen erklärte der Leichenführer, daß die Leiche bei ihrer Einlieferung unverletzt war. Der Leichnam muß also, während er im Keller der Leichenhalle stand, von Motten benagt worden sein. Man kann sich denken, daß der Anblick der auf diese Weise verfallenen Leiche bei den Leidtragenden peinliches und schmerzliches Ansehen erregte. Hoffentlich wird man nunmehr an zutreffender Stelle dafür Sorge tragen, daß sich derartige höchst unliebsame Ereignisse nicht wiederholen.

Mutterliebe. Der Arbeiterbursche P. Krüger in Schöneberg hatte sich als 14-jähriger Knabe einer stillosen Verirrung schuldig gemacht und war dafür in die Besserungsanstalt zu Wabern bei Staffell gebracht worden. Hier erkrankte er vor ungefähr vier Wochen. Er ging zu Fuß nach seiner in Schöneberg wohnenden Mutter, die ihn trotz der rühmlichen polizeilichen Nachforschungen verborgen zu halten wußte. Gestern Morgen wurde er jedoch in aller Frühe entdeckt. Aus einem Briefe ergab sich, daß der Unglückliche einen Revolver gekauft hatte, mit dem er sich in Südbende erschießen wollte. Krüger, der jetzt 18 Jahre zählt, wurde dem Polizeipräsidenten zugeführt.

Blügelpädagogik. Aus Spandau wird uns berichtet: Auch hier soll kürzlich eine gröbkliche Schülermißhandlung durch einen Lehrer vorgekommen sein. Der sechs-jährige, durch Krankheit zurückgebliebene Sohn des Bauers Huch wurde durch seinen Klassenlehrer mit einem Rohrstock geschlagen, wobei er nach dem dem ärztlichen Attest mehrere Verletzungen am Gesäß erhielt, so daß beim Gehen das rechte Bein heiß ist. Der Vater hat gegen den Lehrer Strafantrag gestellt.

In Spandau wird jetzt mit aller Kraft an Munitionskosten gearbeitet, die nach China geschickt werden sollen. Die Arbeit wird an Privatmeister vergeben. Merkwürdigerweise haben diese Herren sich an die königlichen Directionen um Arbeitskräfte gewandt, obgleich in Berlin genug arbeitslose Klempner vorhanden sein werden. Das Feuerwerk-Laboratorium hat 13 Mann zu diesen Arbeiten beurlaubt.

In der Artilleriewerkstatt zu Spandau besteht eine Einrichtung, unter welcher die Arbeiter der Nachtour recht zu leiden haben. Dieselben haben nach 11stündiger Arbeitszeit morgens um 6 Uhr freierabend. Wenn Döhningstr. ist, wird den Leuten der Lohn jedoch nicht nach Beendigung der Schicht ausbezahlt; vielmehr müssen sie zu diesem Zwecke zwischen 9 und 11 Uhr vormittags nochmals zur Fabrik zurückkehren. Das geschieht in allen Fällen auf Kosten des Arbeiters. Legt man sich zur Ruhe, so ist die Unterbrechung nach zweistündiger Dauer in hohem Grade schädlich; hält man sich so lange im Wirthshaus auf, so wirkt das Vertrieben auf nachherigem Morgen erst recht gefährlich. Sollte es nicht möglich sein, der in betracht kommenden Arbeiterkategorie den Lohn gleich nach Beendigung der Schicht auszuzahlen?

Gewichts-Beitrag.

Die Verhandlungen über die Vorgänge in der Bodelschwingh'schen Anstalt, die am Samstag vor der Strafkammer in Welefeld begannen, brachen an diesem Tage noch wenig Beachtenswerthes. Der Angeklagte P a h l e r berichtete über ein Gespräch, das er mit dem Anstaltsleiter Sch u h e r geführt habe. Dieser redete ihm zu, Herr Bodelschwingh zu malen, es läme aber darauf an, den wahren Charakter des Pastors v. Bodelschwingh zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich um das Grausame, das Kalle in seinem Gesicht, den Mann naturgetreu zu malen, der im Stande sei, mit kaltem Blute hinterücks einen Menschen niederzustoßen. — Der als Zeuge vernommene Pastor Bodelschwingh bestreitet fast alle Behauptungen der Beschuldigung; wenn die Anschuldigungen wahr wären, gehörte er ja ins Zuchthaus. Zeugt Dr. med. H u g z e m e y e r gibt zu, daß ausnahmsweise Butter fast Margarine verarbeitet worden sei, daß schmutzige Kranke oder Kranke mit offenen Wunden mit anderen

Kranken zusammen gebadet werden, sei unwar. Dagegen sei es richtig, daß wenn das warme Wasser knapp sei, Kranke mehrfach zusammen baden müssen; dies geschieht doch aber in öffentlichen Anstalten auch. — Auf Befragen des Angeklagten P a h l e r giebt der Zeuge zu, daß gegen Epileptiker Stacheldraht angewandt werde. Aus sanitären Gründen werden Kranke in Isolirzellen gesperrt, als Strafmittel werde die Isolirung aber niemals angewandt. Ob Wärter in einzelnen Fällen die Isolirung als Strafmittel angewendet, wisse er nicht; es sei nicht möglich, für alle Handlungen des Wärterpersonals die Verantwortung zu übernehmen. — Vertbeiliger Justiz-Rath S o d: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß in dem offenen Leiche der Anstalt Kranke ertrunken sind, weil man diese unbeaufsichtigt hat an das Wasser gehen lassen? — Zeuge: Das ist mir allerdings bekannt, daß S o m m t doch aber in allen Anstalten vor. — Pastor S i e b o l d: Stößen und Schlägen der Kranken sei dem Wärterpersonal aus strengster Verboten. Ebenso sei jeder Zwang den Kranken gegenüber verboten. Auf Befragen des Angeklagten P a h l e r giebt Pastor Siebold zu, daß im Vorlande der Anstalt allerdings zwei leibliche Brüder und zwei Schwägerleute seien. — Pastor M a h n stellt entschieden in Abrede, den Ausdruck „elende Regierung“, oder Kaiser Wilhelm I. sei erst in seinen letzten Lebensjahren kirchlich genannt worden, gebraucht und gepredigt zu haben, daß es Verzehe. — Amtmann v. d. G o l z: Er sei eines Sonntags vormittags einmal durch das Anstaltsviertel gegangen und habe ein furchtbares Geschrei gehört. Bei näherer Untersuchung habe er gesehen, wie eine Wärterin eine Frauensperson gewaltsam in eine Zelle zerzte. Auf sein Befragen sei ihm gesagt worden: es geschähe dies wegen Ungezogenheit. Er wisse aber nicht, ob die Wärterin oder die Kranke dies gesagt habe. — Dr. H u g z e m e y e r: Dieser Fall sei ihm bekannt, die betreffende Kranke sei damals in die Isolirzelle gesperrt worden, weil sie gewaltthätig wurde. — Hier wird gegen 8 1/2 Uhr abends die Verhandlung auf Montag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Aus der Verhandlung am Montag sei folgende Episode erwähnt: Es wird nochmals Amtmann v. d. G o l z über den von diesem am Sonnabend Abend belundeten Fall, betreffs Ein-sperrung einer Frauensperson in eine Zelle, vernommen. Dieser bekundet, daß die Frauensperson in eine Zwangsjacke gelegt war. Er habe keine Untersuchung ange-stellt, ob die Ein-sperrung u. s. w. mit recht vorgenommen werde. Er habe den Fall nur deshalb zur Anzeige gebracht, weil die Prozedur am Sonntag während des Gottesdienstes stattfand und durch das furchtbare Geschrei die Sonntagsruhe gestört wurde. Auf weiteres Befragen bekundet der Zeuge noch: er sei nicht bloß Amtmann, sondern auch Stabesbeamter. Es sei ihm einmal der Tod eines Kindes von dem Vorstande der Anstalt gemeldet worden. Es sei zur Zeit das Gerücht verbreitet gewesen, daß das Kind keines natürlichen Todes gestorben sei. Er habe jedoch keine Veranlassung gehabt, deshalb nähere Untersuchungen an-zustellen. — Angekl. P a h l e r: Tischler Nedermann wird belunden, daß das Kind in eine Wanne gesetzt wurde, die mit Loth und dem Wasser angefüllt war. Das Kind ist dadurch verbrüht worden und an den erlittenen Wunden gestorben. — Es wird beschloffen, den Tischler Nedermann als Zeugen zu laden. — Pastor Siebold bekundet auf Befragen: Es sind mir allerdings, seitdem ich die Anstalt über alle Häuser habe, verschiedene Klagen von Kranken über schlechte Behandlung seitens der Brüder zugegangen. Ich habe stets jede einzelne Beschwerde geprüft und in den meisten Fällen gefunden, daß die Beschwerde grundlos war. In einem einzigen Falle stellte ich fest, daß ein Bruder einen Kranken geschlagen hatte. Ich veranlaßte infolge dessen die Entlassung dieses Bruders. — Angekl. P a h l e r: Ist dem Herrn Pastor erinnerlich, daß Bruder Klein, obwohl er einen Kranken geschlagen hatte, nicht entlassen, sondern nach Wilhelmshorst versetzt wurde. — Zeuge: Klein war kein Bruder, er gehörte nur einmal probeweise kurze Zeit der Bruderschaft an. Dieser wurde, nachdem Klagen über ihn eingelaufen waren, nach der Kolonie Wilhelmshorst versetzt, woselbst er eine ganz untergeordnete Stellung hat.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Verbringung von Gift, in der Absicht einen anderen an der Gesundheit zu beschädigen, fand gestern die 24jährige Kellnerin Pauline W i n l e r vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Sachverhalt, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist kurz folgender: Die Angeklagte war im September dieses Jahres zugleich mit der Kellnerin Görlin in der Schankwirtschaft des Fräulein Gisari in der Fürstendammstraße bedienstet. Es kam zwischen den beiden Kolleginnen häufig zu Streit, am 8. September d. J. hatte Fräulein Gisari für sich und ihre beiden Kellnerinnen Tischsuppen gekocht, sie genossen jeder erst eine Tasse, dem Rest lehrte Fräulein Gisari Eiermehl in und gab die Suppe zu Mittag. Die Kellnerinnen pflegten das Essen in der Stube einzunehmen, die sich neben dem Schankzimmer befand. Quers begab sich die Kellnerin Görlin hinein, um zu essen. Sie nahm ihren gewohnten Platz ein und genoss einige Löffel von der Suppe. Da sie ihr aber zu heiß war und gleichzeitig ein Gast kam, verließ sie den Tisch und begab sich wieder in das Schanklokal. Nun ging die Angeklagte ins Nebenzimmer um zu essen. Nach sie kam nach wenigen Augenblicken wieder heraus mit dem Benutzen, daß die Suppe noch zu heiß sei. Nach einiger Zeit ging dann die Görlin ins Zimmer, um weiter zu speisen. Sie hatte einige Löffel voll Suppe zu sich genommen, als sie aufsprang und die Worte ausstieß: „Nun wollt Ihr mich wohl gar vergiften!“ Sie klagte über bestiges Brennen im Halse und wurde von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, das sich zunächst durch Erbrechen äußerte. Die Angeklagte war außerst blaß und erregt, sie begab sich mit einem gerade anwesenden Gast in das Neben-zimmer und probierte die Suppe der Görlin. Sie schluckte den Inhalt des Löffels aber nicht herunter, sondern eilte ins Kloset, wo sie die Suppe wieder ausspuckte. Inzwischen wand sich die Görlin in Schmerzen. Es wurde ein Arzt geholt, der sofort die notwendigen Gegenmittel anwendete. Als es nicht gelang, der Kranken den Magen auszusaugen, wurden ihr Brechmittel gegeben. Nach einigen Stunden war die Görlin soweit wieder hergestellt, daß sie in einer Droschke nach ihrer Wohnung fahren konnte. Die Angeklagte war bereits verhaftet worden. Sie behauptete bei allen Vernehmungen ihre Unschuld und war auch trotz aller Ermahnungen des Vorstehenden, Landgerichtsdirektor K a l l e r, im Verhandlungstermine nicht zu einem Geständnisse zu bewegen. Die Geschworenen erkannten auf Schuldig, worauf der Staats-anwalt gegen die Angeklagte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und fünfjährigen Ehrverlust beantragte. Das Urtheil lautete auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust. Die Angeklagte erklärte mit ruhiger Stimme, daß sie eine Strafe nicht annehme, da sie völlig un-schuldig sei.

Der lebendwüthige Herr Rosenber. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß der Kaufmann Rudolf Rosenber, Charlottenburg, vom Schöffengericht freigesprochen worden sei von der Anklage, eine Angestellte dadurch beleidigt zu haben, daß er diese wider ihren Willen geküßt, mit Rosenamen belegt und un-gesagt habe. Auf die Berufung des Staatsanwalts hin, wurde die ganze Verhandlung gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II wiederholt. Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte die Be-leidigung, welche im Bureau allein in einem kleinen Raum arbeitete, ausgesucht hatte, um ein Gespräch mit ihr anzu-nähern. Bei dieser Gelegenheit wollte ihm die Beleidigung ein-liche von demselben vor wenig Tagen gezeichnetes Parolen zurück-erhalten. Der Angeklagte weigerte sich durchaus, das Geld zurück-zunehmen, redete ihr zu, dasselbe zu behalten und wurde mit einem Male lebenswüthig, indem er die sich streubende Buchhalterin um-faßte und küßte. Trotz aller Bemühungen gelang es dem An-geklagten nicht, die Glaubwürdigkeit der Zeugin zu erschüttern. Bei der Verkündung betonte der Vorstehende ausdrücklich, daß derartige Fälle öfter vorkämen und hohe Strafe erforderten. In anbetragt

der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen und auf die vom Staatsanwalt beantragte Geldstrafe von 800 M. erkannt.

Der Kaufmann Moritz W i t o m aus Nizdorf stand vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II unter der Beschuldigung, seine noch im jugendlichen Alter befindlichen fünf Bademanns-kinder durch mündliche und thätliche Beleidigungen wiederholt schwer ge-brückt zu haben. Vier von den beleidigten Mädchen haben Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten wegen Beleidigung in vier Fällen zu drei Monaten Gefängnis.

Gegen seine Ausweisung aus Berlin, die der Polizei-präsident auf Grund des § 2 Nummer 2 des Gesetzes vom 31. De-ze-mber 1842 verfügt hatte, machte der Kaufmann J. n. a. geltend, er sei nicht wegen eines Verbrechens, sondern wegen mehrerer Verzehe n bestraft worden. Der § 2 Nummer 2 des angewandten Gesetzes spreche aber nur von solchen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen, die mit Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt worden seien. Außerdem verwies J. darauf, daß er sich seit seiner Ver-strafung drei Jahre tadellos geföhrt habe. Der Oberpräsident und das Ober-Verwaltungsgericht erhielten aber die Ausweisung auf-recht. Den Einwand des Ausgewiesenen, seine Strafen wegen Ver-zehes gegen die Konsumordnung und wegen Betruges seien nur Verzehe n im strafrechtlichen Sinne, erklärte das Gericht für hin-fällig. Nicht die heutigen strafrechtlichen Begriffe von Verzehe n und Verbrechen seien maßgebend, sondern die Terminologie des Gesetzes vom 31. Dezember 1842. Danach seien aber unter Verbrechen auch Verzehe n im heutigen Sinne zu verstehen.

Traurige Sittenzustände. Die Sanneiferer Wolmann'schen Eheleute, Eduard und Wilhelmine Wolmann aus Bankow standen gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Die Angeklagten haben vier Kinder, zwei Mädchen von 20 und 17 Jahren und zwei Knaben von 13 und 7 Jahren. Sie schliessen mit den vier Kindern in einem einzigen Wohnräume und demnach bildeten sie, daß die beiden Mädchen in demselben Räume gewerdbühnigen Verkehr mit Männern führten, zu welchem die Eltern ihre Töchter aus purem Eigennutz zwangen. Das Urtheil lautete für den Ehemann Wolmann auf zwei Jahre Zuchthaus und für die noch schwerer verantwortliche Ehe-frau und Mutter auf zwei und ein halbes Jahr Zuchthaus.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, einberufen vom Vertrauensmann der Möbelpolirer, beschloß sich am Sonntag mit den in Sachen des Eberhard'schen Streits vor dem Einigungsamt getroffenen Vereinbarungen und deren Ausführung durch den Fabrikanten Eberhard. In den Einigungsbedingungen ist unter anderem festgesetzt, daß von den feinerzeit freiliebenden Arbeitern zwanzig innerhalb einer Woche und vierzehn nach Möglichkeit und Bedarf wieder eingestellt werden sollen. Bis es scheint, wird seitens der Beteiligigten diese Verpflichtung nur auf die Tischler, welche damals in den Streit eintraten, bezogen. Die Möbelpolirer sind dagegen der Meinung, daß auch ihre Kollegen, 17 an der Zahl, die sich im Streit mit den Tischlern solidarisch erklärten, vor dem Einigungsamt aber nicht vertreten waren, auf die Wiedereinstellung ein Recht haben, und zwar auf Grund der Einigungsbedingungen, welche nicht ausdrücklich von wiederanzustellenden Tischlern, sondern schlechthin von Arbeitern sprechen. In der Versammlung führte der Möbelpolirer Sch u l z als Referent aus, daß er Herrn Eberhard um Wiedereinstellung der Polirer ersucht, aber den Bescheid erhalten habe, es sei augenblicklich kein Bedarf an Polirern vorhanden. Dann habe Schulz aber erfahren, daß Eberhard einige fremde Polirer eingestellt hatte, obgleich noch 17 der am Streit theilhaftig gewesenen Polirer be-schäftigungslos waren. Nun habe er dem inzwischen gebildeten Arbeiterausschuß der Eberhard'schen Fabrik die Angelegenheit unter-breitet. K r e n d, Mitglied des genannten Ausschusses, bekundete, er habe wegen der Polirer mit Eberhard unterhandelt, dieser habe auch die Wiedereinstellung derselben nach Bedarf zugesagt, aber noch ehe diese Zusage erfüllt werden konnte, sei im Vorwärts die Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung amonciert worden; infolge dessen habe dann Herr Eberhard von dem Arbeiterausschuß die Veröffentlichung einer Erklärung verlangt, des Inhalts, daß Eberhard die Einigungsbedingungen erfüllt habe, diese Erfüllung ist auch im Vorwärts veröffentlicht. K r e n d bemerkte am Schluß seiner Ausführungen, daß Eberhard die schriftlich nieder-gelegten Einigungsbedingungen bis jetzt gehalten habe. Was die mündlichen Abmachungen betreffe, so könne er darüber nichts sagen.

Uhrer's einer der Arbeitnehmer-Besitzer am Einigungsamt, wies unter anderem darauf hin, daß Eberhard bei den Verhandlungen des Einigungsamts ausdrücklich erklärt habe, an dem Verlangen nach Wiedereinstellung der Polirer folle die Einigung nicht scheitern. G l o c k e rügte es, daß seitens der Möbelpolirer eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung behufs Stellungnahme zu der vorliegenden Streitfrage einberufen worden ist. Die Regelung dieses Falles, wie überhaupt aller einen Streit betreffenden Angelegenheiten gehöre in die theilhaftige Organisation. Der Redner wies weiter darauf hin, daß er in der Vertrauensmänner-Versammlung, welche über An-nahme oder Ablehnung der Einigungsbedingungen zu beschließen hatte, ausdrücklich betont habe, daß man diese Bedingungen nicht annehmen könne, wenn man auf der Wiedereinstellung der Polirer bestche. Die anwesenden Polirer hätten sich aber damit ein-verstanden erklärt, daß die Einigung angenommen werde, ohne Rücksicht auf die Polirer. Im weiteren Verlauf der ausgedehnten Debatte machten mehrere Redner den Tischlern, resp. dem Holz-arbeiter-Verband den Vorwurf, daß dieselben sowohl in der vor-liegenden wie auch bei anderen Gelegenheiten die Solidarität mit den Möbelpolirern nicht in wünschenswerther Weise bekundet hätten. G l o c k e und andere traten diesen Aus-sührungen entgegen. Die Versammlung, die sich inzwischen stark gelichtet hatte und schließlich noch etwa 200 Personen zählte, be-schloß, den Arbeiterausschuß der Eberhard'schen Fabrik zu be-schäftigen, daß er energisch auf Wiedereinstellung der Polirer hin-wirke. Ferner wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erblickt in der Nichterfüllung der am Streit theilhaftig gewesenen Polirer ein Nichtinnehalten der Vereinbarungen vor dem Einigungsamt seitens des Herrn Eberhard; sie erwartet die Wieder-einstellung der Polirer und ist der Ansicht, daß, wenn dies nicht ge-schieht, Herr Eberhard die Vereinbarungen nicht halten will.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Gostre (zwei Wuchshaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Brechensunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

Verichtigung. In der Sonntag-Nummer hat der Druckfehlerbezug die fälschlichliche Stadt Johanneburg nach Südamerika verlegt, was hiermit berichtigend erwähnt sei.

Wohler 33. Der Ehemann muß sich an einen Kavalier in London wenden, falls nicht etwa sein blühender Wohlstand geblieben ist. Dann kann er auch hier fragen. — **J. P. P. 16. I.** Die Sachen können allerdings ge-führt werden. Die Eberhard kann dann aber Naturverhältnissen nachgeben. — **G. S. 16.** Eine bestimmte Tage erklärt nicht, 6 bis 15 M. werden für den Bestand bei der Einbindung, etwa 2 M. für jeden Gang für an-gewiesen werden. — **J. P. P. 16. I.** Die Sachen können allerdings ge-führt werden. Die Eberhard kann dann aber Naturverhältnissen nachgeben. — **G. S. 16.** Eine bestimmte Tage erklärt nicht, 6 bis 15 M. werden für den Bestand bei der Einbindung, etwa 2 M. für jeden Gang für an-gewiesen werden. — **J. P. P. 16. I.** Die Sachen können allerdings ge-führt werden. Die Eberhard kann dann aber Naturverhältnissen nachgeben. — **G. S. 16.** Eine bestimmte Tage erklärt nicht, 6 bis 15 M. werden für den Bestand bei der Einbindung, etwa 2 M. für jeden Gang für an-gewiesen werden.

Witterungsbericht vom 13. Dezember 1897, 8 Uhr morgens.
Weiter-Prognose für Dienstag, 14. Dezember 1897.
Zuverlässig ausläudend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Veranstaltungen.

Der Verband aller im Handel und Transport beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am Dienstag, den 7. d. M., in den Kaminhallen seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen durch den Vorsitzenden, aus denen besonders hervorgehoben ist, daß sich im Monat November 74 neue Mitglieder in den Verband aufnehmen ließen und derselbe Monat mit einem Kassenerüchß von 500 M. abschloß, referirte

Dr. Weyl über das Thema: „Ist die Lungenschwinducht heilbar?“. In den Vortrag knüpfte sich eine längere Diskussion und Fragestellung an den Referenten. Sodann überwieß die Versammlung dem Vertrauensmann von Deutschland 50 M. für die Maschinenbauer Englands. Nachdem noch Kamp als Berliner Vertrauensmann bekannt gegeben, daß auch er durch die Listen, welche er veranlagte, in stand gesetzt sei, in den nächsten Tagen ca. 90 M. an die Maschinenbauer Englands abführen zu können, wurde die Versammlung geschlossen.

Im Verein der Plätterinnen sprach in der letzten Versammlung Frau No 10 r i a über „Aberglauben“. Nach kurzer Diskussion fanden eine Reihe Fragen und Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

„Cosmos“, Verein für volksthümliche Wissenschaft. Heute, Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung im Restaurant Seidler, Unterstr. 60, Diskussion über „Haar“ von Goethe. Gäste willkommen.

Naturheilverein Nordost. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Landsbergstraße 109; Vortrag.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 14. Dezember. Opernhaus, Laubhüser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus, Das Buch Odob. Die Philosophin. Meister Andrea. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches, Räubertraum. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner, In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe, Die Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing, Bartel Tauscher. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues, Die Logenbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller, Geling's Funden. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance, Feudalherren. Anfang 8 Uhr. Residenz, Le Sous-préfet de chateau Buzard. La Chanson. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden, Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr. Central, Berliner Hölzer. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia, Bitte recht freundlich. Heut auf Berlin über Alles. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise, Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr. Friedrich, Wilhelmshildes. Das Räthchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr. Chend, Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz, Die Verfälscherin. Anfang 8 Uhr. Urania, Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mitwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschläge!

Urania

Taubenstrasse 48-49. Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater. Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mitwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschläge!

Gastan's Panopticum. Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB.

Passage-Panopticum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. Neues Programm.

Apollo-Theater. Desroches-Bianca Otto Reutter Carmen Faur La Foy's Feuer- u. Flammentanz ferner: 32 Kunstkräfte 1. Ranges. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater. Leipzig-Strasse 77. Das grossartige Monstre-Programm! Die drollig. Musik-Phantasten Gaetano-Olloms. Der brillante Imitator und Original-Humorist Bacchus Jacoby. Der Berliner Liebling Melanie Roberti. Das unerreichte Franklin-Quartett. 26 Kunstkräfte 1. Ranges und der Excelsior-Blograph. Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Reichshallen-Tunnel: Gr. Militär-Konzert in Uniform.

Feen-Palast 22 Burgstr. 22. Dir.: Winkler & Fröbel. Sonntag, den 19. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Auftreten des gesammten Künstler-Personals in den besten Glanznummern. Um 8 1/2 Uhr die erlösig. Poffe Eine nette Weihnachts-Beiseerung. Lebende Photographien etc. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Am zweiten Weihnachtsfesttag mittags 12 Uhr: Extra-Fest-Matinée des gesammten Künstler-Personals unter Mitwirkung von Wilhelm Fröbel.

Volks-Theater im Welt-Restaurant 97. Dresdener-Strasse 97. Mit vollen Segeln. Lebensbild in 3 Akten von S. Schulz. Hauptrollen: August Schuchow: Rudolf Schaub. Wilhelm Scherndorf: Otto Wendt. Marie: Uta Richter. Die kleinste Contortionistin der Welt Little Elsa. Im vorderen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner. Anfang: Sonntag 6 Uhr, Montag 7 1/2 Uhr.

Konzert-Sanssouci Rotbuser Strasse Nr. 4a. Dir. S. Pierru. Kritischer Leiter Jos. Nisinger. Bis her unerreicht. Stimmlicher Beifall! Mit vollen Segeln. Lebensbild mit Musik in 3 Akten von S. Schulz. Vorzügliche neue Spezialitäten. Anfang des Konzerts: Montag 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Anfang der Vorstellung: Montag 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree: Montag 50 Pf., Sonntag 50 Pf. Wochenl. Passe-partouts gültig. Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 16. Täglich: Weihnachtswünsche oder: Ein Traum in der Christnacht. Weihnachtsmärchen mit Gesang in 3 Akten von Jacobson u. Girndt. Jeden Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Circus Busch (Bahnhof Börse). Dienstag, den 14. Dezember 1897, abends 7 1/2 Uhr: Große brillante Vorstellung. Das lebende Karawell von Sign. Corradini. Double-Trio-Act von Giesow, Pövel, Gille-Katharina Gebr. Borgnietti. Bar und Schilzwache. Die vorzüglichsten Freiheitsdresuren des Dir. Busch, 100 Clowns, männliche und weibliche, darunter 20 der besten Parterrepringer. Ausserdem die vorzüglichsten Clowns Eugen Feldmann, Johannes Wirth, Grillo, Margini, Gebr. Hofke, Herold Berger, Emanuel & Modest. Zum Schluss die letzten 3 Akte aus der Pantomime. Nach Sibirien. 1. Weiser Akt. 2. Gefangenentransport mit der Todesfahrt. 3. Bor und in den Weisewercken mit dem Eisenbruch. Morgen: Sport-Abend. Donnerstag, 16. Dezbr.: Wohlthätigkeits-Vorstellung für das 13. Lokal-Kommissariat „Nationalbank für Veteranen“.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstrasse 75. Jub. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koalantem Bedingungen. Vereinzimmer. Noch mehrere Tage frei. „Vormärts“ liegt aus. Restaurant, Rotbuserstrasse 7. 20176. Saal 22795 1. Feiertag sowie Sonnabende im Januar, Februar und März zu vergeben. Schultze, 29.

Web. B. Niefert's Web. Str. 17 Festsäle Str. 17. Sonnabend 1. Jan. 1898 frei geworden. Beuge vor der Noth! Allgem. Volks-Arztentafel G. S. 126. Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptausstellung: Wäckerl. 1741. Telefon-Nr. II. 2436. Kleine Beiträge: Hohes Krankengeld! Krankengeld auch für Sonn- und Festtage wird gezahlt 13 Wochen im vollen und weitere 13 Wochen im halben Betrage. - Hallestr. 4. Statlerstr. 82. Kaiser Wilhelmstrasse 28, Brunnenstrasse 119, Zährstrasse 37, werden Beiträts-erklärungen entgegengenommen. Agenten 30568 gegen hohe Provision jederzeit gesucht.

Möbel auf Theilzahlung u. Darlehen. Das Restaurant Steglitz, Schloss-Str. 74 vermietet wir sofort unter sehr günstigen Bedingungen. Böhmisches Brauhaus, Berlin, Landsberger Allee 11-13. Schrifbaum-Handl. Aste. umfänglich 340 Stck. Neueste Glas-Brillanten, Sohlen, Bögel, Angeln, Eisen, u. s. w. (s. Radnummer 5 M. Gröhe Aken 8-10 M. Jede Aste enthält 2 Schachtein Christbaumtisch u. eine Baumstippe gratis. Anton Dreiser Schuster Sohn, Rindstr. 1. 17880

Nordhäuser garantiert rein. Alter von 50 Pf. aufwärts. Special-Berlin der Kornbranntwein Brennerie Wih. Uhley, Nordhäuser. Neujahrspunschextrakt 1,50 M. pro Liter von 1 M. an. Georg Borstoffs Nachf. Prinzenstr. 53 a. d. Dresdenerstrasse (früher Michaelstrasse).

Sophastoffe in Nipp, Damast, Cröpe, Phantase, Gebelien und Plüsch sportlich! 29522. Proben franco! Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Oranienstr. Nr. 158. Emil Lefèvre, Wiaig: Großer Saug. Wiaig! Niemand lasse sich durch falsche Angaben meiner Waare irreführen; täglich frisch geräucherter Pfeffer, gepulvert, 10 Pf. 2 1/2 M. Pfefferlinge, 10 Pf. 2 M. frische grüne Beringe, 10 Pf. 1 1/2 M. 1a. 4 Utr. Bismarck, ohne Grate 2 20 M. 4 Utr. Delikatess, ob. Dering 1. Größe 1 80 M., 4 Utr. Tafelkaviar 1.00 M. 1.80 M., 4 Utr. russ. Sardinen 1 80 M., 4 Utr. Brath, 1 80, ohne Kopf 2 M., 4 Utr. Salzherb oder Bollerling, sehr schön, 1 80 M. 8 Utr. obg. Kaviar 4 M., 4 Utr. Dillseesal 4 1/2 M., 4 Utr. Setaal Gelbe 3 1/2 M., in 1 Utr. Dof. sortirt, 4 ein Koll, 3 1/2 - 4 1/2 M., 1/2 Utr. Dof, 7 ein Koll, 3 1/2 - 4 1/2 M., gebe auch 2 Utr. ob. Versand gegen Nachnahme. Emil Köpp, Rindstr., Ofize, Konfekt-Fabr. 101/15.

Große Betten 12 M. (Oberst, Unterst, zwei Stufen) mit gereinigten neuen Federn bis 400 Stk. Berlin S., Prinzenstr. 46. Preisliste schenken. Diese Anerkennungs-schreiben.

Franz Beyer, Chaussee-Str. 103. Sämmtliche Möde Alter 1 M. Russ, Cognac Fl. . . 1 M. Sämmtliche Weine zu Engros-Preisen. Nordhäuser (so gut wie Cognac) Alter 65 Pf. 33308. Punsch u. Glühwein Str. 1,50 M.

C. Schuhmacher, Köpstr. 7 feiert heute seinen Geburtstag u. ladet alle Bekannte freundlich ein. 23148

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Gang d. Nisinger Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Dr. Ringelmann Spezialarzt für 35038* Haut-, Harn- und Unterleibsleiden. Friedrichstr. 160, zw. Linden u. Bohrenstr. 11-2, 5-7.

Prkt. Zahnarzt Wronker Blondiren, Zahnziehen (schmerzlos, durch Narkose), künstl. Zahnersatz. Leipzigerstr. 30, 9-6.

Künstliche Zähne. H. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. 14638. Theilzahlung w. Woche 1 M.

Kranzbinderel u. Blumenhandlung von 30320* Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Widmungskränze, Guirlanden, Ballkränze, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Meyer's Lexikon, Brockhaus, Brehm's Tierleben und andere Werke fasti Hannemann's Buchhlg., Berlin, Friedrichstr. 208.

Möbel verkaufen gewesene und neue, stauend billig, Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. 29179* Neue Königstr. 59 II. Gneisenaustr. 15.

Kinderwagen-Paras Max Brinner, Jerusalemstr. 12, Brunnenstr. 6 und Trebbenerstr. 16.

Wochenl. Ausverkauf v Puppenwagen, Sportwagen u. Kinderwagen zu außerordentlich billigen Preisen.

Möbel in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Hr. Lager gebrannter und gebackener Möbel 37162* Oranienstr. 73.

Für 36 Mark fertige feinen Winterpelzet u. Waah, für 36 M. K. Ring nach Waah, für 8-12 M. K. Winterhosen nach Waah.

Man überzeuge sich im Riesenstofflager. Krausenstr. 14, I, kein Laden.

A. Schierwaler Hamburg, Börsenstrasse 48. Witaftverlag u. -Handlung. Hr. Lager von Männerhosen, gem. Ockren, Solt etc. Streng reelle und prompte Verorgung. Katalog grat. Größt. Beifall: „Vob des Arbeiterhandes“. Männerh. v. Müller, 15 Pf.

Möbelverkauf, nachdum, neue beschalt Arbeit, billig, best. Admiralstr. 8, v. I. links.

50 Pst. mit. Vadenpreis taust man Uhren, Goldschm., Brillanten etc. im Verkauf H. Graf, Beutlstr. 5 I.

6 Pfund Brot für 50 Pfg. Heft 30538* Albrecht's Bäckerei, Wrongestr. 8. Langestr. 26. Goldensteinstr. 28. Langestr. 2.

Goldabfälle 36118* Gold, Silber, Redgold, Treifen, Platin lauft die Scheide-Ruß. Zimmerstr. 23.

Christbaum-Konfekt, reizende Neuheiten, nur gemischter Waare, 1 Kiste, sortirt, Inhalt circa 420 Stk., 2 M. 50 Pf.; 1 Kiste, sortirt, Inhalt circa 270 große Stk., 3 M. Berlin, Steglitzstr. 10a. 101/16*

Möbel Theilzahlung. J. Kellermann, Jakobstr. 26.

R. Blobel, Musikinstrumenten- und Musikalienhandlung. Berlin N., Schützenborserstrasse 3. empfiehlt sich zum billigen Bezug aller Musikinstrumente (Pianos, Silber-, Geigen, Spielboien, Accordions, Kinderinstrumente, etc.)

Größtes Schauspiel der Welt. Heute, Dienstag, den 14. Dezember 1897: Grosse Vorstellung. Abends 8 Uhr. Neues OLYMPIA- (Circus Reuz) Riesentheater, Karlstrasse. Bolossy Kiraly's „CONSTANTINOPEL“ Morgen und die folgenden Tage: Constantinopel. Sonntags, 2 Vorstellungen. Ca. 1000 Mitwirkende. 2 Jahre ohne Unterbrechung in London gegeben. Direktion: Hermann Freund-Haller u. L. Saenger.

Die Kasse ist tägl. v. 11-2 u. eine Stunde vor Beginn d. Vorst. geöffnet.

Ein Kaleidoscop in seinem bunten Wechsel bildet das grosse, einzig in seiner Art dastehende Dezember-Programm des I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theaters d. Direktion Donat u. Anton Herrnfeld!!!

In getreuer Wiedergabe ihres Bomben-Erfolges gehen jetzt dort alle die grossen Zugstücke in Szene, welche diese „I. Budapester“ im ganzen Berlin so allgemein beliebt und gefeiert gemacht haben und deshalb wirkliche Sehenswürdigkeiten bildeten! Heute die mythologische Gesangsposse Himmel auf Erden.

Dazu das grosse, neue, ganz unerreichte Brillant-Variété-Programm mit seinen grandiosen Künstlern des Humors: Georg Rösser, Gebrüder Ferré, Geschw. Meinhold, Dreher & Schöber und die neueste Sehens- und Hörens würdigkeit, das Union von Humoristen-Wettstreit zwischen Dr. Steinitz und William Schöff. Also auf nach Kaufmann's Variété.

Zu Weihnachts-Geschenken geeignet: 3850* Fahrräder. Etwa großes Lager erklaff. Fabrikate zu billigen Kaufpreisen auf zu d. feinsten, zahlungsbedingungen.

Adomeit & Landau, Lothringer-Strasse 48, dicht am Rosenhalden Thor.

Quarg's Vaudeville-Theater. Grand-Hotel Alexanderplatz. Die I. Original-Budapester Lantsky & Spitzer ergötzen nach wie vor immensen Erfolg mit den größten Schlägern Das Wodell und Das Armband.

Alcazar Variété-Theater I. Ranges. Drebbenerstrasse 52/53 (City-Passage) Auenstrasse 42/43. Direktion Richard Winkler. Borchmeister Familien-Kaufhall. Dienstag, den 14. Dezember 1897: Grosse Extra-Vorstellung zum Besten der Weihnachts-Beiseerung armer Kinder der Stadt. bräute 133 und 134.

Am Weihnachtsabend. Genrebild in 1 Akt. Rosen aus dem Süden. Große Andachtungs-Poffe mit Gesang und Tanz in 1 Akt. Austr. des gesammten Künstler-Personals. 3. Schluss: Gr. Extra-Verloofung. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reiterstr. Way 50 Pf.

Maehr's Theater Oranienstrasse 24. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Neu! Ein toller Abend. Neu! Ein Fehltritt. Neu! Ein Charakterbild. Mr. Willy, Jongleur u. d. rollenden Angel und Drahtseilkünstler. Anfang: Sonntag 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Abid. Donnerstag, 16. Dezember: Abschieds-Benefiz für Charles Branois.

Concerthaus Leipzig-Str. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Anfang: Sonntag 7 Uhr, Montag 8 Uhr. Alle fünf Barrisons. Zum 243. Male: Tene, liebe Tene.

